

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 1,10 Mark monatlich, 1,10 Mark wöchentlich, 20 Mark frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Multipliziertem Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgeliebte Kolonelle oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereine und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (Zeilgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengelände und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 1. Februar 1907.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Aus der Lügenfabrik des Hottentottenblocks.

„Bürger - Arbeiter - Bauern - Deutsche.“

So lautet die Überschrift eines Flugblattes, das vom Hottentottenblock in alle Wahlkreise versendet ist, in denen ein Sozialdemokrat in Stichwahl steht. Das Flugblatt hat verantwortlich für Verlag und Druck Paul Köhler, Berlin SW. 11, gezeichnet. Hergestellt ist es in der Offizin, dessen Inhaber jüngst mit dem roten Adlerorden zweiter Klasse dekoriert ist, in der Scherlischen („Total-Anzeiger“) Druckeret.

Das ganze Flugblatt ist nichts als eine Sammlung der perfidesten hundertmal widerlegten Verdächtigungen und Verleumdungen der Sozialdemokratie und einiger ihrer Anhänger. Es ist unter all den dreifachen Vögeln des Flugblattes keine einzige, die nicht bereits vom „Vorwärts“ und der übrigen Parteipresse wiederholt als unverschämtester Schwindel gebrandmarkt worden wäre. Das sieht die Skala des Hottentottenblocks und ihre Auftraggeber nicht im geringsten an. Sie verbrettern ihre Lügen von neuem. Da bleibt, so widerwärtig einem vernünftigen Menschen solche Arbeit immer sein mag, nichts übrig, als die Lügen zum erstenmal als bewusste, schamlose Unwahrheit zu brandmarken.

Beginnen wir, der Reihe nach, mit dem Sparfassenschwindel.

Da heißt es in dem Flugblatt:
 „Was die Sozialdemokraten der gegewärtigen Staatsordnung vorwerfen, ist meistens Wahlschwindel. So zum Beispiel, wenn sie behaupten, von dem zunehmenden Reichtum Deutschlands hätten nur die Kapitalisten etwas gehabt. Seit dem Jahre 1875 ist die Zahl der Sparfassenbücher um 400 Proz. gewachsen, die Summe der Einlagen gar um 1000 Proz. Und wer bemittelt die Sparfassen: Der kleine Mann. Und nicht der Kapitalist.“

Beginnen wir diesen Rattenkönig plumpesten Wahlschwindels von hinten zu entwirren. Also nur der „Kleine Mann“, der Arbeiter, soll die Sparfassen zu Einlagen benutzen!

Kun erklärte aber kein Geringerer als der preussische Finanzminister v. Rheinbaben am 20. März 1906 im preussischen Abgeordnetenhaufe:

„Die Sparfassen haben sich vielfach von der Basis entfernt, die sie nach dem Sparfassenreglement haben. Sie waren gedacht als lokale Rezipienten für die Spargelder des kleinen Mannes und sollten auch das Anleihebedürfnis für ihren Lokalbezirk befriedigen. Viele Sparfassen haben aber aus entfernter liegenden Bezirken Spargelder an sich gezogen und sind auch mit der Ausleihung des Geldes weit über die Grenze ihres Bezirkes hinausgegangen, um höhere Gewinne zu erzielen. Die Spareinlagen von über 3000 M. haben in letzter Zeit um 9,9 Proz. zugenommen, diejenigen über 10 000 M. sogar um 11 Proz., während die kleinen Einlagen in derselben Zeit nur um 3-4 Proz. gestiegen sind.“

Doch brauchen wir uns nicht einmal gegenüber den Vögeln des Hottentottenblocks auf die Autorität des preussischen Finanzministers zu berufen. Die nackten Zahlen beweisen am besten, wer am stärksten an den Sparfasseneinlagen beteiligt ist!

Ende des Jahres 1904 befand sich (vergl. die amtliche „Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Landesamtes“ 1906, IV S. 247 ff.) in sämtlichen preussischen Sparfassen eine Einlage von 7762 Millionen Mark.

Davon entfielen, sofern man alle Spareinlagen bis zu 600 M. und die Hälfte aller Spareinlagen von 600-3000 M. als proletarische Spareinlagen rechnet, auf die nicht-besitzende Klasse 2962 Millionen Einlagen, auf die besitzende Klasse 4800 Millionen Einlagen!

Auf jede der 8 300 000 proletarischen Spareinlagen entfiel also im Durchschnitt die Summe von 356 Mark!

Aber die 4800 Millionen Sparfasseneinlagen der nicht-proletarischen Besitzer von Sparfassenbüchern stellen nur einen winzigen Teil des Vermögens der besitzenden Klasse dar. Es besaßen nämlich allein 384 000 preussische Rentiten mit einem Jahreseinkommen von mehr als 3000 Mark (vergl. das amtliche Statistische Jahrbuch für den preussischen Staat 1905, S. 287) ein Vermögen von 58 786 Millionen Mark. Jeder dieser Besitzenden besaß also im Durchschnitt ein Vermögen von 153 000 Mark!

Im Vorbeigehen zwei Worte über einen anderen „nationalen“ Schwindel. Die nationalliberale „Magdeb. Zig.“ bemerkte am 25. Januar zu dieser bereits früher im „Vorwärts“ erfolgten Feststellung:
 „Der „Vorwärts“ vergleicht des weiteren dieses Milliarden-Vermögen der arbeitenden Klasse mit dem angeblichen Vermögen der 894 000 preussischen Rentiten, indem er sich auf S. 287 des „Statistischen Jahrbuches für den preussischen

Staat 1905“ beruft. Da dieses Jahrbuch nur 252 Seiten enthält, muß jener Vergleich einseitig auf sich beruhen bleiben.“

Das ist eine unerhört dreiste Lüge! Die Angaben befinden sich in dem genannten Jahrbuch genau auf der angegebenen Seite! So beispiellos frech flunkert der Hottentottenblock!

Kun könnte das Reichslügenpaar sagen: Wenn auch 384 000 Besitzende wirklich 200 mal soviel Vermögen besitzen wie die vielen Millionen Proletarier: das Proletariat hat doch immerhin auch ein paar Milliarden „sparen“ können. Also muß es doch dem Proletariat ganz gut gehen.

Wie „gut“ es der Masse des Volkes geht, beweist die amtliche preussische Einkommensteuerstatistik. Danach besitzen zirka 60 vom Hundert ein Einkommen von weniger als 900 M. jährlich und etwa 13 1/2 Proz. weniger als 1500 M. jährliches Einkommen! Dagegen besaßen die 88 000 Reichsten ein Jahresdurchschnittseinkommen von 30 000 M.!

250 000 Reiche besaßen pro Kopf ein Jahreseinkommen von 250 000 M.!

Siebenundfünfzig sogar ein Jahreseinkommen von mehr als einer Million Mark!

Warum täuscht das Reichslügenpaar dem Volke in seinen Flugblättern nicht alle diese Tatsachen auf?!

In dem Flugblatt des Hottentottenblocks heißt es dann weiter über

Sozialdemokraten als Arbeitgeber:

„Wehe aber, wenn einmal ein Sozialdemokrat Arbeitgeber wird! Wie hat der „Vorwärts“ seine Arbeiter behandelt? Viel schlechter als die meisten bürgerlichen Betriebe! Und der Vorsitzende der Prekominmission der Parteidruckerien, ein Mitglied des Bauerverbandes, meinte, man könne den Buchdruckern die Löhne nicht erhöhen, sonst würden die Druckschriften für die Bauern zu teuer, worauf die Buchdrucker meinten, da könne man ja auch sagen, man müsse den Bauern „einmal auf den Kopf pruden“, damit durch ihre höheren Löhne die Rieten nicht zu teuer würden. Derselbe Vorsitzende meinte, er könne nicht verstehen, daß in Parteigeschäften die alten und unbrauchbar werdenden Leute auch noch Zulage verlangen.“

Auch das sind bewusste Lügen! Die Buchdrucker werden gleich allen anderen Arbeiterkategorien in sozialdemokratischen Betrieben nicht nur tarifmäßig bezahlt, sondern sie sind auch im übrigen — was Arbeitszeit (die 8 stündige Arbeitszeit ist bereits vielfach eingeführt), Ferien und dergleichen anlangt — besser gestellt, als in den bürgerlichen Zeitungsbetrieben! Das hat denn auch Reichshäuser unumwunden zugegeben!

Eine freche Lüge ist es insbesondere, wenn von einem Vorsitzenden der Prekominmission der Parteidruckerien „gesprochen wird. Es gibt überhaupt keine Prekominmission für die Parteidruckerien insgesamt. Jedes einzelne Blatt untersteht einer solchen besonderen Prekominmission. Und wenn selbst einmal ein Prekominmissionsmitglied solch törichte Aeußerungen machen sollte, so ist niemals und in keinem einzigen Falle nach solch bürgerlichen Auffassungen verfahren worden!

Ein Arbeiter glaubt denn auch solch blöden Schwindel von vornherein nicht; aber dem urteillosen Spiehbürgertum glaubt man solch freche Lügen ungeniert vorsehen zu können!

Die folgenden Stellen des Flugblattes suchen durch die dreifachen, von uns in den letzten Wochen wiederholt dokumentarisch widerlegten Lügen und allerhand gefälschte Zitate

Bauern und Handwerker

gegen die Sozialdemokratie aufzuhehen. Da wird den Bauern erzählt, die Sozialdemokratie wolle ihnen Hof und Habe rauben, da wird den Handwerkern und kleinen Geschäftslenten aufgebunden, die Sozialdemokratie vernichte den Mittelstand!

Als ob nicht die Junker den Bauern das Land genommen hätten, als ob nicht der Mittelstand von den Bannerträgern des Hottentottenblocks, den Großkapitalisten der Industrie und des Handels zerrieben werde!

Ob die Sozialdemokratie in Wirklichkeit der Feind des bäuerlichen und bürgerlichen Mittelstandes ist, mag folgendes wörtliche Zitat aus einem Buche Karl Rauk's, des anerkannten Theoretikers der Partei, beweisen. Es findet sich in seiner Schrift: „Das Erfurter Programm“ (Verlag von J. S. B. Dieck 1892) auf Seite 150 und 151:

„Es ist der Großbetrieb, der die sozialistische Gesellschaft notwendig macht. Die genossenschaftliche Produktion erfordert auch das genossenschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln. Aber so wie das Privateigentum an den Produktionsmitteln in Widerspruch steht zu der genossenschaftlichen Arbeit im Großbetrieb, so ist das genossenschaftliche oder gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln im Widerspruch zum Kleinbetrieb.“

Dieser erfordert, wie wir gesehen, das Privateigentum an den Produktionsmitteln. Die Aufhebung desselben für die Kleinbetriebe wäre um so zweckloser, da ja die Tendenz des Sozialismus dahin geht, die Arbeiter in den Besitz der nötigen

Produktionsmittel zu setzen. Für die Kleinbetriebe ließe also die Expropriation der Produktionsmittel darauf hinaus, daß man sie ihren bisherigen Besitzern nähme, um sie ihnen wiederzugeben, ein sinnloses Vorgehen.

Der Uebergang zur sozialistischen Gesellschaft bedingt demnach keineswegs die Expropriation der Kleinhandwerker und Kleinbauern. Dieser Uebergang wird ihnen nicht nur nicht nehmen, er dürfte ihnen vielmehr gewisse Vorteile bringen. Denn da die sozialistische Gesellschaft die Tendenz nach Erzeugung der Warenproduktion durch Produktion für den direkten Verbrauch mit sich bringt, wie wir gesehen, muß sie auch das Bestreben haben, alle Leistungen an die Gesellschaft, die Steuern oder die etwaigen Zinsen der in gesellschaftliches Eigentum übergegangenen Hypotheken, soweit diese nicht ganz aufgehoben werden, aus Geldleistungen in Leistungen auf Naturalien — Getreide, Wein, Vieh usw. — zu verwandeln. Das bedeutet aber für die Bauern eine ungeheure Erleichterung. Sie streben dieselbe heute schon vielfach an. Aber sie ist unmöglich unter der Herrschaft der Warenproduktion. Nur die sozialistische Gesellschaft kann sie bringen und damit eine Hauptursache des Ruins der bäuerlichen Wirtschaft beseitigen.

Die Kapitalisten sind es, welche tatsächlich Bauern und Handwerker expropriieren, wie wir gesehen. Die sozialistische Gesellschaft macht dieser Expropriation ein Ende. . . .

Heute bedeutet die Verwandlung des Bauern oder Handwerkers aus dem Arbeiter eines Kleinbetriebes seine Verwandlung aus einem Besitzenden in einen Proletarier. In einer sozialistischen Gesellschaft wird dagegen der Bauer oder Handwerker, der zur Arbeit in einem genossenschaftlichen Großbetrieb übergeht, zum Teilshaber an allen Vorteilen des Großbetriebes; seine Stellung verbessert sich bedeutend; sein Uebergang vom Kleinbetrieb zum Großbetrieb ist nicht mehr zu vergleichen der Verwandlung eines Besitzenden in einen Proletarier, sondern eher der eines wenig Besitzenden in einen viel Besitzenden.“

Den albernem Schwindel, die Sozialdemokratie habe sich dadurch, daß sie gegen eine Reihe sozialpolitischer Gesetze stimmte, als Feindin der Arbeiterklasse und der Bedung des Proletariates erwiesen, werden wir noch in einem besonderen Artikel behandeln.

Für heute möge die Aufdeckung jenes faustdicken, in breiter Öffentlichkeit längst widerlegten Schwindels den Beschluß machen, die Sozialdemokratie habe gegen

die Bekämpfung des Wuchers

gestimmt. In dem Flugblatt heißt es, die Sozialdemokratie habe im Jahre 1890 gegen das erste Gesetz zur Bekämpfung des Wuchers, 1894 gegen das verschärfte Gesetz zur Bekämpfung des Wuchers gestimmt.

Trotz der bekannnten altentwählig feststehenden Tatsache, daß die Sozialdemokratie für beide Wuchergesetze gestimmt hat, verlohnt es sich, zur Kennzeichnung des lächerlichen Klopfschertums des unter nationaler Flagge segelnden Hottentottenblocks, das ja in Wahrheit für neue Steuerlasten und gegen die Interessen des Volkes, insbesondere gegen das Wahlrecht und Koalitionsrecht marschiert, den Sachverhalt ausführlich darzulegen.

Wie war nun die Stellung der Sozialdemokratie zum ersten Wuchergesetze?

Das erste Wuchergesetz ist im Jahre 1880 (nicht 1890, wie das Lügenflugblatt vielleicht infolge eines Schreib- oder Druckfehlers behauptet) im Reichstage behandelt. Zu diesem durchaus unzulänglichen Wuchergesetz nahm von sozialdemokratischer Seite nur der Abgeordnete Kayser das Wort. Er führte in der Sitzung des Reichstages vom 20. April 1880 aus (S. 835 Sten. Ver.):

„Meine Herren, ich nehme nur deshalb das Wort, weil in einem Teil der gegnerischen Presse zur Zeit unserer Wehrlosigkeit (bekanntlich waren damals die sozialdemokratischen Zeitungen durch das Sozialistengesetz unterdrückt) und Vorwürfe gemacht worden, daß wir gar nicht unsere Stellung zu dieser Frage klarlegen und uns gar nicht dieser Sache anzunehmen scheinen.“

Zum Schluß führte der Abgeordnete Kayser dann aus (S. 837 Sten. Ver. Sp. 1):

„Wenn ich zum Schluß komme, so gelange ich zu dem Resultat, daß, so sehr ich überzeugt bin, daß in der heutigen Gesellschaft die Notlage des Nebenmenschen auszubedenken, sonst ringen um bestehen bleibt, ich doch trotz aller meiner Bedenken mich mit der Vorlage befreunde. Ich wiederhole, ich habe große Bedenken gegen die Rechtsprechung, weil der Richter das richtige Verständnis für das was Wucher ist, nicht hat. Aber trotz aller Bedenken erkläre ich, daß ich hier, wo mir die roheste und abschlechtigste Form der Ausbeutung entgegentritt, zur Vereitigung dieser Form beitragen will. Ich halte das Gesetz für ein solches, das den Aermeren vor dem Reichen so viel als möglich schützen soll und welches eine Maßnahme zu sein scheint auf die öffentliche Meinung, die wir in den vergangenen Jahren durch unsere Agitation, indem wir ja fortwährend auf das Unrecht der Ausbeutung des notleidenden Menschen aufmerksam machten, hervorgerufen haben. Ich werde also für das Gesetz stimmen.“

Dementsprechend stimmte Kaiser und stimmten sämtliche sozialdemokratische Abgeordnete, die bei der Abstimmung zugegen waren, für das Buchergesetz vom Jahre 1890.

Wie steht es mit der Buchergesetznovelle vom Jahre 1894?

Diese Novelle datiert vom 19. Juni 1893, nicht 1894 wie das Lügenflugblatt schreibt, und im Jahre 1894 ist ebenso wenig wie im Jahre 1890 ein Buchergesetz beraten oder beschlossen oder erlassen!

Die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion zur Buchergesetznovelle von 1893 kennzeichneten im Plenum des Reichstags Frohme (Stenographische Berichte S. 655, 1842), Amert (Stenographische Berichte S. 2059) und Stadthagen (Stenographische Berichte S. 1842, 1846, 1941, 1943, 2053, 2065, 2069), in der Kommission Frohme und Stadthagen. Sie erklärten, daß das Gesetz zur Bekämpfung des Buchers und der Ausbeutung in jeder Form durchaus nicht genüge und nicht genügen könne, die heutige Gesellschaftsordnung sei nicht im Stande, den Bucher zu beseitigen, da sie auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufgebaut sei. Wenn aber auch der Bucher erst aufgehört könne in dem Augenblick, wo die Ausbeutung durch Vergesellschaftung der Arbeitsmittel in sozialdemokratischem Sinne unmöglich werde, so könne doch auch innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung viel mehr zur Beseitigung des verderblichen, verwerflichen und verächtlichen Buchers gehen, als der Gesetzesentwurf vorschlägt. Es sei möglich und erforderlich, auch den nicht gewohnheits- und gewerbsmäßigen Bucher, auch den Arbeitsvertragsbucher, wie er sich in der Ausbeutung des Arbeiters durch besonders niedrige Löhne, durch Koalitionsbeschränkungen usw. zeige, ferner den Miets-, den Agenten-, und Vermittler-, den Grund- und Boden-, den Pfandleih-, den Zoll- und Steuerbucher zu treffen und durch Richter, die aus dem Volk genommen und durch dasselbe gewählt seien, den gegen die arbeitende Klasse gerichteten Bucher zu treffen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten stellten nach dieser Richtung hin in der Kommission und im Plenum Anträge. Wiewohl die meisten derselben abgelehnt wurden, stimmten die Sozialdemokraten, Mann für Mann, geschlossen für das Gesetz, das wenigstens den Anfang zu machte, den Bucher als etwas Unmoralisches zu kennzeichnen.

Ueber die Stellung der Sozialdemokraten zu dieser Buchergesetznovelle äußerte sich recht charakteristisch der damalige Vorsitzende der Buchergesetzkommission, nachmaliger Präsident des Reichstages, Freiherr v. Buol-Berenberg (S. 1851 der sten. Ber.) auf eine Neuerung des Herrn

Vos, Mitgliedes der freisinnigen Partei, die gegen das Gesetz eintrat:

„Der Herr Vorredner hat neu vorgebracht, daß wir uns zu hüten hätten, Gesetze zu machen, die eine Verstärkung des sozialistischen Gedankens seien und daß uns schon der Umstand stutzig machen müßte, daß die Sozialdemokraten sich für diesen Gesetzentwurf so sehr ins Zeug werfen. Ich muß gestehen, das schreckt mich nicht ab. Ich prüfe und entscheide objektiv...; indem wir den berechtigten Kern der Sozialdemokratie aus der Welt zu schaffen suchen und ihre Forderungen, soweit sie berechtigt sind, befriedigen, stützen und fördern wir nicht, sondern bekämpfen wir den sozialistischen Gedanken am wirksamsten. Wenn der Herr Vorredner aber daran noch die Bemerkung geknüpft hat, man müßte noch einen Schritt weiter gehen und dem Antrag Stadthagen beistimmen, daß der Bucher durch Volksgerichte abgeurteilt werde, so erkläre ich jetzt schon, daß ich auch ohne diese Bemerkung auf diesen Punkt zu kommen gedachte, und zwar zustimmend. Ich hätte gar nichts dagegen, sondern im Gegenteil, ich würde es sogar für zweckmäßig halten.“

Von den Abstimmungen waren 2 in zweiter Lesung namentlich, nämlich die Abstimmung über den Hauptparagrafen des Gesetzes § 302a und über Artikel 4. Die Abstimmung über § 302a befindet sich Seite 1907 der stenographischen Berichte über die Sitzung vom 18. April 1893. Sämtliche sozialdemokratische Abgeordneten stimmten mit ja. In der Abstimmung über Artikel 4 stimmten die Sozialdemokraten (mit den Nationalliberalen und den Freikonservativen Camp und von Stumm) gegen Artikel 4, weil dessen Fassung unannehmbar war. Das sahen die Antragsteller selbst ein, darauf wurde zwischen zweiter und dritter Lesung eine andere Fassung für Artikel 4 in einer freien, von allen Parteien besuchten Kommission vereinbart. Diese Fassung war von Stadthagen vorgeschlagen. Sie wurde von den Abgeordneten v. Buol (Z.), Vissing (natl.), Giese (t.), Hahn (t.), Minteln (Z.) und Singer (Soz.) als Antrag auf Nr. 191 der amtlichen Druckfachen eingebracht. Für diese zum Gesetz erhobene Fassung stimmten natürlich auch die Sozialdemokraten. Ebenso stimmten sie bei der Schlussabstimmung für das gesamte Buchergesetz von 1893.

Wann ist die vom Hottentottenflugblatt wieder aufgewärmte Lüge über die Abstimmung der Sozialdemokraten zu den Buchergesetzen ins Leben gerufen?

Im Jahre 1897 erschien sie in Nr. 74 der vom Pastor Hülle redigierten Flugblattfabrik und in dem „Politischen Handbuch für nationalliberale Wähler“ S. 538 und 551 unseres Wissens das erste Mal. Sofort nagelte der „Vorwärts“ die Lügen fest. Die Blätter der verschiedensten Parteirichtungen, auch die „Nationalzeitung“, gaben darauf im Herbst 1897 zu, daß die Sozialdemokratie stets gegen Bucher aufgetreten

und für die beiden Buchergesetze eingetreten ist. Nur der evangelische Pastor Engel vom „Reichsboten“ verharrte in seinem Kampf mit der Wahrheit. Der „Vorwärts“ hängte diese „Unverfrorenheit zu lügen und zum Lügen aufzufordern“ am 17. Oktober 1897 niedriger und führte die in Betracht kommenden Seiten der stenographischen Berichte an. Nummehr gab auch der Pastor Engel sein Beharren in der Unwahrheit auf.

Der Hülle-Schwindel kam auch im Reichstage zur Sprache, Dort erklärte der Staatssekretär Graf v. Posadowsky am 13. Dezember 1897 (Seite 175, Spalte B, Zeile 19 bis 14 von unten):

Nachdem ich eine Anzahl Zitate aus den Hülle'schen Schriften in den Zeitungen gelesen habe, habe ich mir allerdings gesagt, daß einzelne Behauptungen darin sind, die ich für tatsächlich unrichtig halte, wie z. B. die Behauptung, die Sozialdemokratie habe den Bucher begünstigt. Das ist eine Behauptung, die absolut nicht aufrecht zu erhalten ist.

Dann verstummte unseres Wissens die jetzt unter der Verantwortlichkeit des Herrn „Köhler“ wieder aufgebrauchte Rär über eine ablehnende Haltung der Sozialdemokraten zum Buchergesetz. Sie tauchte 1903 in einigen Lügenflugblättern wieder auf. Der Sekretär des Abgeordneten Freiherr Heyl zu Hemsheim verleitete diesen, am 26. Januar 1904 (S. 520 C der sten. Ber.) folgenden Wödsinn zu verzapfen:

Die Sozialdemokratie hat im Jahre 1894 sogar gegen das Buchergesetz gestimmt. Das, meine Herren, ist mir das aller-auffälligste. Das versteht auch der sozialdemokratische Arbeiter nicht, warum die Sozialdemokratie gegen das Buchergesetz stimmt hat.“

Man sieht, auch von Heyls Sekretär schöpfte aus derselben Quelle, wie der Verantwortliche für den Köhlerglauben: auch er veränderte das Datum der Buchergesetze von 1893 in ein erlassenes vom Jahre 1894.

Ihm wurde unbarmerzig im Reichstage am 13. Februar 1904 (Stenographischer Bericht Seite 945—950) und am 15. Februar (Stenographischer Bericht Seite 975 und 976) „an der Hand der Akten dargelegt, daß seine Behauptungen Wort für Wort, von Anfang bis zu Ende, das absolute, attemmäßig nachweisbare Gegenteil der Wahrheit“ waren. Die Zeitungen aller Richtungen mußten das damals zugeben. Und heute ruft Herr Köhler zur nationalen Ehre des Hottentottenblocks die alten Lügen von neuem ins Leben. Ein englisches Sprichwort sagt: wenn er an einer Lüge erstickt könnte, so müßte er jetzt erstickt sein. Der „nationale“, „patriotische“ Ordnungsbret lebt von Lügen, darum ist er an den hunderten von ihm in die Welt gesetzten noch nicht erstickt!

Und mit solchem Lügnerpack muß sich die Sozialdemokratie immer von neuem herumschlagen!

Auch-Mitläufer.

Wir halten die Zeit vor den Stichwahlen nicht für geeignet, lange Betrachtungen über die Schlappe der Sozialdemokratie bei den Wahlen des 25. Januar anzustellen und den Ursachen des Mandatsverlustes nachzuspüren. Zu derartigen Auseinandersetzungen wird sich nach den Stichwahlen, wenn sich das Gesamtergebnis des Wahlkampfes in allen Einzelheiten überblicken läßt, genügend Gelegenheit bieten. Vorläufig gilt es, alle Kräfte einzusetzen, um noch aus den Stichwahlen so viel politischen Gewinn für unsere Partei herauszuholen, als sich irgend herauszuholen läßt. Später, wenn der Wahlkampf vorüber ist, mag die Selbstkritik folgen.

Wenn wir trotzdem aus dem in der Nummer 55 des „Berl. Tageblatt“ enthaltenen Artikel „Die Niederlage der Sozialdemokratie“ einen Auszug veröffentlichen, so geschieht es nicht, weil wir die darin enthaltenen Ausführungen unterschreiben, sondern weil diese Ausführungen charakteristisch sind für die Ideologie bestimmter Kreise der Intellektuellen, die 1903, wenn auch lange nicht in dem Maße, wie der Artikelschreiber annimmt, als „Mitläufer“ für unsere Partei gestimmt und sich bei der am 25. Januar vollzogenen Wahl dem sogenannten entschiedenen Liberalismus angeschlossen haben — weil also der Artikel, der, wie das „Berl. Tagebl.“ versichert, aus süddeutschen Universitätskreisen stammt, einen interessanten Beitrag zur Psychologie der „Mitläuferschaft“ liefert. In dem Artikel heißt es:

Die Wurzel für das Verständnis der sozialistischen Niederlage ist im Schicksal des sogenannten „Revisionismus“ zu suchen. ...

Seit der Jahrhundertwende etwa erobert sich die Sozialdemokratie zusehends die Sympathien der gebildeten Jugend. Nicht daß diese den Glauben an das kommunistische Endziel je ernstlich geteilt hätte; aber sie sah ja Kräfte in der Partei tätig, denen selber dieses Endziel nichts mehr bedeutete, und sie sah im Auftreten der Vollmar, Heine, Schippel, David selbst Regungen nationalen Geistes, militaristischer, marxistischer, kolonialer Regereien, wenn auch vorläufig sehr schwächer, sich hervorzuheben. Kein Zweifel: In der Sozialdemokratie erwuchs die Partei der Freiheit, der Geistigkeit, der Individualitäten, der Ideen und last not least der Begeisterung; der Liberalismus schrumpfte mehr und mehr ein. ...

1903 landbildeten alle Persönlichkeiten des Revisionismus ansichtslos; die Sprache, die die Revisionisten führten, war deutlicher und kräftiger geworden; sie stärker die Sozialdemokratie aus dieser Wahlschlacht hervorging, desto stärker wurde ihr rechter Flügel, desto sicherer mußte sie Gewaltspolitik betreiben. Sie allein konnte das blendende Programm Kaumanns „Demokratie und Kaisertum“ verwirklichen. So rechnete man oder vielmehr so fühlte man. Und so stimmte man... Es kommt einem heute ganz unglücklich vor, wer und was 1903 alles sozialdemokratisch gestimmt hat: Hochschulpromotoren und Studenten, Ärzte und Künstler, selbst Kaufleute und Beamte, Beamte bis in hohe Stellungen hinein — wer es nicht tat im positiven Glauben an die revisionistische Sozialdemokratie, der tat es aus Verzweiflung am Liberalismus jeder Nuance. Und gab nicht der Revisionismus prompt die Antwort auf das Vertrauensvotum, das ihm dargebracht war? Im ersten Heft der „Sozialistischen Monatshefte“, das nach den Wahlen erschien, schlug Bernstein die Beteiligung der Partei am Reichstagspräsidium samt der Erfüllung der dabei unvermeidlichen „höflichen“ Pflichten vor. Die „königlich bayerische Sozialdemokratie“ war auf dem Marsche zu einer kaiserlich deutschen auszuwachsen.

Der Dreimillionensieg der Sozialdemokratie war ein politischer Sieg ihrer Revisionisten. Darüber sind sich gerade die Radikalen von vornherein klar gewesen, und sie hatten den Erfolg nur mit ge-

mischten Gefühlen bejubelt. Bernsteins Vorschlag gab ihnen den willkommenen Anlaß, mit dem Revisionismus abzurechnen, ehe die gefährlich gemäßigten Reichstagsfraktion sich konstituierte — denn dann wäre es wahrscheinlich sehr viel schwerer gewesen. Es kam Dresden...

Dresden ist das Grab des Revisionismus geworden; faktisch und vor allen Dingen moralisch. Wir wissen ja aus der Darstellung Maximilian Harbans, daß die Revisionisten auch ihrerseits einen entscheidenden Schlag gegen den Radikalismus vorbereitet: der sollte Meßring treffen. Wir wissen, wie fein sie den Feldzugsplan ausgedacht, und wie töricht sie ihn ausgeführt haben. Nicht bloß töricht, sondern widerwärtig; unter Wegwerfung aller „fairness“, die man gerade von diesen geistig hochgebildeten Männern als selbstverständlich erwartet hätte. Wir wissen, daß schließlich gerade die eigentlichen Revisionisten für die Resolution stimmten, die ihrem Wirken das Ende setzte.

Die Ernüchterung unter der intellektuellen Jugend war vollständig. Der Revisionismus war abgetan; er ist abgetan geblieben. Er hat keinen ernsthaften Versuch gemacht, sich praktisch zu rehabilitieren; nicht einmal als die Angelegenheit der „Vorwärts“-Redakteure dazu einen Anlaß bot. Vermutlich hätte es ihm auch nichts genügt. Einen Schlag wie Dresden und das, was daraus folgte, verwinden politische führende Persönlichkeiten nur in Jahrzehnten und am ehesten, wenn sie für eine Zeitlang von der politischen Bühne abtreten. Daß die Vollmar, Heine, David usw. mit den Radikalen, von denen sie in der rüdesten Weise beschimpft und gedemütigt worden waren, weiter zu wurseln sich bereit fanden, hat sie um den Rest politischer Ernsthaftigkeit gebracht. Sie zählen nicht mehr.

Darüber hat die jetzige Wahl quitiert. Wer die Wirkung beobachtet hat, die die Lektüre der Dresdener Verhandlungen ausübte, der hat gewußt, daß seit dem Dresdener Parteitag es keine Wahl mehr für die Sozialdemokratie ohne erhebliche Verluste geben konnte. Schon die einzelnen Stichwahlen haben das bestätigt. Der Stimmenverlust war sicher. Den Mandatsverlust hat die nationale und antiliberalistische Wahlparole zuwege gebracht, die die Liberalen und stellenweise überhaupt die nicht liberalen bürgerlichen Parteien einte und die große Partei der Nichtwähler wieder einmal aus der Indifferenz aufrüttelte. Die Niederlage an sich, nur eben nicht in dieser Schwere, wäre auch ohne Auflösung, wäre im Jahre 1908 über die Sozialdemokratie gekommen. Unmöglich konnte der Radikalismus die Geister zurückrufen, die einst der aufstrebende Revisionismus um seine Fahne gesammelt und die der zu Kreuze kriechende Revisionismus enttäuscht und verstoßen hatte. Wir sehen es ja, gerade in den revisionistischen Wahlkreisen haben sich die „Mitläufer“ besonders vollständig empfohlen. ...

Die Gebildeten, und voran die gebildete Jugend, werden nicht mehr die Reichen der Sozialdemokraten verstärken helfen. Sie haben sich, wie es scheint einmütig, dem Liberalismus zugewandt, der damit nach langem Elend heute die zukunftsreichste politische Gruppe in Deutschland geworden ist. ...

Eine Kritik dieser Auffassung liegt nicht in unserer Absicht. Die politische Bildung des Verfassers und der von ihm gekennzeichneten bisherigen „gebildeten“ Mitläuferschaft erhält zur Genüge daraus, daß, wie er selbst erzählt, diese Kreise zuerst „in ihrer Mehrzahl“ der sozialkonservativen Bewegung ihre Sympathien geschenkt, dann unter Kaumann sich für „Kaisertum und Demokratie“ begeistert, einige Jahre darauf für den Revisionismus und die Freiheit der Persönlichkeit geschwärmt und jetzt bei dem Freisinn angelangt sind, weil er nach ihrer Meinung „die zukunftsreichste politische Gruppe in Deutschland“ geworden sei. Nebenbei bemerkt noch eine ziemlich bescheidene Wandlung. Wir kennen aus eigener Erfahrung Leute dieses Schlages, die noch 1903 die Sozialdemokratie in andere „Kulturbahnen“ lenken wollten und inzwischen dazu gelangt sind, an kon-

servativen Blättern mitzuarbeiten. Ob darin ein Gewinn oder Verlust steckt, daß die Mitläufer dieser Gattung sich von uns zurückgezogen haben, überlassen wir dem Urteil der Parteigenossen. Mit unserem Hamburger Bruderblatt, dem „Echo“, sagen wir:

„Die Zeit der „Mitläufer“ ist für uns vorbei; vorbei auch die Zeit des lässigen Sichgehenlassens bei den Bürgerlichen, der gegenseitigen Schadenfreude der Fraktionen und Fraktionchen über die Befestigung des Rivalen durch die Sozialdemokratie. Wir haben damit zu rechnen, daß die Sozialdemokratie auch in der Stichwahl nur mit ihrer natürlichen Macht, mit der Arbeiterklasse zu rechnen hat. Diese Macht aber muß voll ausgenutzt, das Reservoir muß ausgeschöpft werden.“

Politische Uebersicht.

Berlin, den 31. Januar 1907.

Wahlresultat: Telegramme.

Die Wahlkomitees der Stichwahlkreise werden gebeten, am Abend des Stichwahltages spätestens um 11 Uhr das Resultat zu telegraphieren an die Adresse: **Dringend. Sozialdemokrat. Berlin.**

Ist das Resultat noch nicht vollständig, so ist „Teilresultat“ zu bemerken und im Laufe des folgenden Tages ein zweites Telegramm mit dem ganzen Resultat zu senden.

Das Antigerwerkschaftsgesetz kehrt wieder!

Wie die „Nationalliberale Korrespondenz“ mitteilt, wird den neuen Reichstag nach seinem Zusammenritt außer dem Etat und der kolonialen Vorlage auch wiederum der famose Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine beschäftigen. Das nach russischem Muster zusammengestoppelte neue Antigerwerkschaftsgesetz soll also schleunigst wieder aus der Verlesung hervorgeholt werden. Ein Gesetz, das von den Vertretern der Gewerkschaften als Gesetz zur Erdröfelung der freien Berufsvereine bezeichnet worden ist!

Die „National-Zeitung“ hat ja bereits vor Wochen die parlamentarische Wiedergeburt dieses Gewerkschaftsnebelgesetzes angekündigt. Sie hatte sogar die weitere Mitteilung daran geknüpft, daß dies Gesetz die Grundlage bilden sollte für die Schaffung von Arbeiterkammern. Nachdem also durch dieses Gesetz die freie Gewerkschaften gembelt und erdröfelt worden sind, will man endlich Arbeiterkammern schaffen, in denen alle Gewerkschaften, die sich dem Gewerkschaftsdröfelungsgesetz nicht gefügt haben, völlig unvertreten sind!

Diese Mitteilung der „National-Zeitung“ ist trotz unserer wiederholten Aufforderung an die „Nordd. Allgem. Ztg.“, diese Ankündigungen des nationalliberalen Organs zu dementieren, von offizieller Seite vollständig unwidersprochen geblieben!

Arbeiter! Bei der Stichwahl handelt es sich nicht allein darum, das elementarste politische Recht des Volkes zu verteidigen, das Reichstagswahlrecht, sondern auch darum, die gewerkschaftliche Arbeiterorganisation vor Vergewaltigung und Entrechtung zu schützen! —

Nationalliberale Ueberzeugungstreue.

Zu jenen Blättern, die vor dem 25. Januar am rabiatesten in Poesie und Prosa gegen die „Kämpfer“ und das „laudabile Joch des Zentrums“ gewütet haben, gehört das Blatt der rheinisch-westfälischen Kohlen- und Eisenmagnaten, die „Rhein-Westf. Ztg.“ So bald der Wahltag vorüber war, und es sich zeigte, daß die Nationalliberalen in verschiedenen Wahlkreisen des westfälischen Industriebeziers mit sozialdemokratischen Kandidaten in die Stichwahl kommen, z. B. in Dortmund, Bochum, Duisburg, änderte entsprechend dem nationalliberalen Tingeltangelprinzip „Stets wechselndes Pro-

gramm mit den neuesten Schlagern das ehrsame Zeichenblatt die Richtung seiner innersten Ueberzeugung und begann, das Zentrum schmachten anzugreifen. Ungefähr vier Tage hat dieser Wechsel seiner tiefsten vaterländischen Gefühle angehalten; doch seit gestern gilt ihm wieder das Zentrum als die dem deutschen Vaterland — Profit und Vaterland sind seinem Hirn identisch — drohende schwarze Gefahr. Diesen erneuten Umschlag seiner Gefühle und Ueberzeugungen hat die von der Zentrumswahl ausgehende Stichwahlparole bewirkt. Wutentbrannt schreibt das „nationale Blatt“:

„Die durch die Hauptwahlen geschaffene Parteikonstellation und eine Reihe praktischer Erwägungen legen ein Kompromiß zwischen Zentrum und Nationalen, wenigstens für den Westen, nahe. Das Zentrum aber scheute eine offene Erklärung. Anstatt der klaren Frage die klare Antwort zu geben, zieht die Partei-erklärung Dinge in die Diskussion, die mit dem, was heute verhandelt wird, in gar keinem Zusammenhang stehen, die den Wähler in seiner Stimmung nur verwirren können. Den fundamentalen Unterschied zwischen der nationalen und der sozialdemokratischen Weltanschauung kennt jeder Zentrumswähler; auf dieser Grundlage hätte sich eine Wahlparole motivieren lassen. . . .

Zweiterlei hat man im Auge. Zunächst spekuliert man auf die Sezeffionsgelüste der Freisinnigen und spricht ihnen eine Speisesfolge vor, die ganz nach ihrem Gusto ist und sie zum Verlassen der nationalen Tafel bewegen soll. Das Manöver ist so unüberlegt, daß die Freisinnigen unbedingt stutzig werden und sich in erster Stunde nach der Wahrheit des Combrainer Bischofspruches entsinnen sollten, daß Einigkeit die Kunst der geprüften Freiheit ist. Unüberlegbar zielt es aber über die Freisinnigen hinaus nach den Sozialdemokraten. Wenn man von dem Ideal der verbolständigten sozialen Reform absteht, hebt das Zentrum in seiner Stichwahlparole die Programmpunkte hervor, in denen es sich mit der Sozialdemokratie verwardt fühlt. Die Erklärung vermeidet es zwar ängstlich, die Sozialdemokraten zu unterstützen; die Melodie dieser Erklärung ist aber nur auf diesen Ton abgestimmt.

Aus diesem Geiste heraus ist des Zentrums Stichwahlparole geboren. Und wenn es nach diesen Herren ginge, die die Welt nur durch ihre dreimal geschwätzte Fraktionsbrille betrachten, so dürften die Sozialdemokraten sich ins Häutchen lachen. Aber hinter dem Berge wohnen auch Leute. Auge um Auge, Zahn um Zahn. Bleibt diese Parole noch fünf Tage im Industriebezirke bestehen, so verbürgen wir uns, daß Köln, Essen und Düsseldorf zum letzten Male einen Zentrumsmann nach dem Berliner Königsplatz gefandt haben. Es wird abzuwarten sein, ob die lokalen Wahlschlüsse bereitwillig das Stücklein blasen, das ihnen von Köln aus eingeschandt wird.“

Es geht doch nichts über nationalliberale Ueberzeugungstreue. —

Deutsches Reich.

Die sozialdemokratische Stichwahlparole.

Die vom Vorstand der sozialdemokratischen Partei ausgegebene Stichwahlparole hat fast in der gesamten Parteipresse Billigung gefunden. Nur ein Parteiblatt hält die Lösung: „keine Stimme einem Nationalliberalen“ für verfehlt: die „Rhein. Ztg.“. Sie schreibt:

„Diese Anweisung an die Wähler berücksichtigt nach unserer Ansicht zu wenig die Verhältnisse in den westlichen Wahlkreisen, sie schert überdies alle liberalen Kandidaten unzulässig über einen Kamm. Geht die Nationalliberalen aus Grund seiner parlamentarischen Tätigkeit in dem üblen Geruch einer reaktionären, großkapitalistischen Partei, doch darf nicht übersehen werden, daß sich ihm in der jungliberalen Bewegung ein Flügel angegliedert hat, der jenen alten liberalen Geist zu pflanzen vorgibt, der einstmalig über der politischen Bewegung des deutschen Bürgertums geschwebt hat. Und diese Bewegung, die man nicht zu überschätzen braucht, aber ebensoviele übersehen darf, hätte die Stichwahlparole unseres Vorstandes namentlich dort beachten müssen, wo als zweiter Gegner der Sozialdemokratie das Zentrum in Betracht kommt, das trotz seiner Oppositionskomödie vom 13. Dezember regierungsfreundlicher als der Jungliberalismus und reaktionär bis auf die Knochen ist.“

Das Motiv ist klar ersichtlich: in Köln steht unser Kandidat mit einem Zentrumskandidaten in der Stichwahl und den Ausschlag gibt der Nationalliberalismus. Diesen möchte unser Kölner Parteiblatt gerne zur Wahlhilfe heranziehen. Aber der Vorstand einer großen, über ganz Deutschland verbreiteten Partei kann sich nicht auf solche lokalen Sonderwünsche einlassen; er kann auch nicht, nur damit vielleicht das eine oder andere Mandat in der Stichwahl gewonnen würde, Wahlrechtsmedeleien begünstigen, die reaktionären, den Arbeiterinteressen mit größter Feindseligkeit gegenüberstehenden Parteien zu Wahltagen verhelfen. Die Stichwahlparole des Vorstandes unserer Partei ist nach sorgfältiger Prüfung der durch die Wahlen geschaffenen politischen Lage und der sich aus dieser für die Arbeiterinteressen ergebenden Fragen getroffen worden unter Berücksichtigung unseres prinzipiellen Standpunktes; sie kann nicht je nach irgend welchen örtlichen Wünschen umgestaltet oder verändert werden.

Ein Missionar über den südwestafrikanischen Krieg.

Der bekannte protestantische Missionar A. Schowalter äußert sich über die südwestafrikanischen Zustände in der „Gartenlaube“ folgendermaßen:

„In unserem südwestafrikanischen Schutzgebiet oder, wie es bald heißen wird, unserer südwestafrikanischen Kolonie ist immer noch Krieg. Wenigstens berichten die Zeitungen so. Der Reisende im Land, der Bewohner des Landes, ja auch der größte Teil der dort stationierten Truppen sieht aber davon nichts; nur der Truppensieger merkt es an den Preisen, die er läßt, und der Soldat an den endlosen Transporten, die er geleitet. . . .

Ueber die Vorteile des Krieges sagt Schowalter: „Der Krieg haben es die Geschäftleute in Südwest zu danken — und die Leiter öffentlicher Arbeiten nicht minder — daß es an Arbeitern nicht fehlt. Denn der größte Teil dieser Arbeiter sind Kriegsgefangene, die von dem Gouvernement nach Bedarf abgegeben werden. Und während in Kapstadt ein Schwarzer 80 bis 100 R., im Innern des Landes 60 bis 80 R. mehr freier Station im Monat erhält, zahlt man in Südwest 10 bis 15 R. und auf dem Lande selbst 9 R. im Monat. Auch für freie Arbeiter, als da sind Berg- und Klippflacker und Dvambos; die Konkurrenz drückt auf sie.“

Daß es einem großen Teile der Soldaten, deren furchtbare Notlage die Presse des Hottentotten-Blods nicht trübend genug schildern konnte, gegenwärtig gar nicht mehr so entsetzlich geht, beweisen folgende Ausführungen des Missionars:

„Offiziere und Mannschaften sieht man hier fast nur mit Stöcken in der Hand, kaum, daß einmal einer umgeschulzt hat. Und doch sind hier in der Stadt noch Europäer genug, daß es sich mit der Nahrung zu parodieren lohnte; die Sachen in Ordnung zu halten, ist auch hier noch am ehesten möglich. Woraus sich ergibt, daß man im Lande drinnen noch weniger „militärisch“ auftritt.“

Ueber die Trotschke Ausrüttungsstrategie läßt sich der geistliche Landeskenner also vernehmen:

„Unter den alten Kolonisten Südwests gibt es wenige, die nicht mit der Möglichkeit einer baldigen Wiederholung des Aufstandes rechnen; ich glaube nicht, daß die Hereros in absehbarer Zeit wieder an eine Erhebung denken können, und bin gewiß, daß die Gefahr, die ganz Südafrika in dem unausbleiblichen Entscheidungskampf zwischen Schwarz und Weiß droht, für Südwest in weitere Ferne gerückt ist, als irgendwo sonst. Denn der letzte Krieg hat dem Hereroboll mehr als ein Viertel seines Bestandes geraubt. Nach den Kämpfen am Waterberg sind die Ruffindischen nach der Sandwüste, der Omahele, ausgewichen, und hier bleiben die Gebeine von zwölftausend bis fünfzehntausend verhungerten und verdursteten Menschen. Fünftausend mögen in den Gefechten geblieben sein. Tausende sind weiterhin in den Konzentrationslagern gestorben oder beim Eisenbahnbau. Man erschrickt unwillkürlich, wenn man die Zahlen hört, und denkt an die verhängnisvollen Konzentrationslager aus dem Burenkrieg. . . .

Die ehrliche Wahrheit sieht also ganz anders aus, als die Legenden der ehemaligen Südwestafrikaner, die sich jetzt dem Hottentottenblod als eine Art Hagenbedtruppe zur Verfügung gestellt haben! —

Freie deutsche Schwindelpresse.

Die „Freisinnige Zeitung“ hatte in einer ihrer letzten Nummern die Behauptungen aufgestellt, daß die Sozialdemokratie im zweiten Berliner Wahlkreis 1700 Stimmen verloren habe. Diese an sich belanglose, für das Schwindelssystem der „Freisinnigen Zeitung“ aber typische Falschung nagelten wir sofort fest, indem wir nachwiesen, daß nach dem amtlichen Resultat im zweiten Berliner Wahlkreise die Sozialdemokratie nicht 1700 Stimmen verloren, sondern 300 Stimmen gewonnen habe. Die „Freisinnige Zeitung“ gibt heute das amtliche Wahlergebnis wieder und knüpft daran die Bemerkung, daß nunmehr sich „das sozialdemokratische Zentralorgan beruhigen“ werde. In derselben Nummer aber befindet sich eine Notiz, in der behauptet wird, daß die Sozialdemokratie auch in Schleswig-Holstein sehr schlecht abgekommen habe. Selbst in den beiden eroberten Wahlkreisen Altona und Kiel sehe es um die Sozialdemokratie recht bedenklich. In Altona habe sie einen Rückgang von 4000 Stimmen und in Kiel nur einen kleinen Fortschritt von 770 Stimmen aufzuweisen gehabt!

Diese Behauptungen sind echt freisinniger Schwindel. Im Kreise Altona-Stormarn hat die Sozialdemokratie nach dem amtlichen Wahlergebnis nicht 4000 Stimmen verloren, sondern 1908 Stimmen gewonnen! Und im Wahlkreise Kiel hat die Sozialdemokratie nicht 770 Stimmen, sondern 2172 Stimmen mehr erhalten, als im Jahre 1903!

An sich sind diese Festsstellungen ja belanglos. Daß aber die „Freisinnige Zeitung“ in läppischer Weise in derselben Nummer den einen Schwindel widersteht, um zur gleichen Zeit neuen dreisten Schwindel in die Welt zu setzen, ist überaus bezeichnend für die derzeitige Redaction des freisinnig-volksparteilichen Zentralorgans. Prinzipiell stand ja allerdings die „Freisinnige Zeitung“ auch zu Eugen Richters Seiten nicht höher als heute. In dieser prinzipiellen Verleumdung ist indes seit Eugen Richters Tod auch noch eine intellektuelle Unfähigkeit hinzugekommen, die ihres gleichen sucht. Ein siebenjähriger ABC-Schütze vermag besser zu rechnen, als die Redaction der „Freisinnigen Zeitung“!

Eine Abweisung.

Die Nationalliberalen, die noch vor acht Tagen in schwülstigen Kulturkampfspropheten schwelgten, beteln und fluchen jetzt in den demütigsten Tönen um die Gnuld des Zentrums bei den Stichwahlen, allen davor in in Wiesbaden erscheinende „Rhein. Kurier“, denn in seinem Wahlkreis kommt der nationalliberale Kandidat, Herr Wartling, mit dem Genossen Lehmann in die Stichwahl, und den Ausschlag gibt bei dieser das Zentrum mit 8019 und der Freisinn mit 7635 Stimmen. Auf dieses Gewinsel antwortet spöttisch die „Köln. Volkstztg.“:

„Wie ist das alles so hübsch gesagt: vergeben, vergessen, sich beschämen! Wie wollen wir nicht annehmen, daß dem „Rhein. Kurier“ das alles nicht ernst gemeint sei, und daß es sich dem Blatte nur darum handle, für Herrn Wartling in Wiesbaden Stimmung zu machen. Der „Rheinische Kurier“ gehört nämlich zu den Blättern, welche sich zuweilen durch eine gerechtere Haltung gegenüber dem Zentrum vor anderen nationalliberalen Organen auszeichnen. Darum eine kurze Antwort auf seine Auslösung.“

Wenn selbst ein Partieren der Zentrumspartei mit den Nationalliberalen nach allem, was vorgegangen ist, insbesondere nach der ganzen Geschichte der Reichstagsauflösung vom 13. Dezember v. J. und nach den maßlosen Beschlüssen der Zentrumspartei durch nationalliberale Blätter und Redner moralisch möglich wäre — was nicht der Fall ist —, glaubt dann der „Rheinische Kurier“ ehrlich, daß ein Partieren der Zentrumspartei mit den Nationalliberalen für die Zentrumspartei von praktischer Bedeutung sein könnte? In der gestern in Köln abgehaltenen Konferenz, deren Ergebnis an der Spitze der „Wahlbewegung“ mitgeteilt ist, war man allgemein der Ansicht, daß diese Frage zu verneinen sei, zu verneinen im Hinblick auf frühere Erfahrungen, wo trotz der bestmöglichen von dem nationalliberalen Parteivorstande förmlich und feierlich abgegebenen Erklärungen die Mehrheit der eigenen Parteigenossen der ausgegebenen Parole nicht folgte, im Hinblick besonders auf die gegenwärtige wahlpolitische Situation, in welcher die nationalliberalen Führer, selbst wenn sie überall wollten, nirgends in der Lage sein würden, die Mehrheit der eigenen Parteigenossen zur Unterstützung der Kandidaten der Zentrumspartei auch gegenüber den Sozialdemokraten zu bewegen, so daß man den Nationalliberalismus selbst unter dem ausschließlich wahlpolitischen Gesichtspunkte als ländnisfähig nicht erachten könne.“

Polizeiliche Haftstrafen gegen Militärpersonen.

Nach dem Gesetz vom 24. April 1888 kann die Polizei gegen Militärpersonen in Preußen wegen Uebertretungen zwar Geldstrafen nicht aber Haftstrafen festsetzen. Diese Haftstrafen werden aus Grund der Strafgerichtsordnung vom 3. April 1845 durch die Militärgerichte festgelegt. Da diese Strafgerichtsordnung durch § 2 der Reichs-Militärstrafgerichtsordnung abgeändert ist, so will ein dem Herrenhause vorgelegter Gesetzentwurf der Polizei eventuell den bürgerlichen Gerichten die Haftfestsetzung bei Zuwiderhandlung gegen Finanz-, Polizei-, Jagd- und Fischereigesetze der Polizei, beziehentlich den bürgerlichen Gerichten ausdrücklich übertragen. —

Preussische Polenpolitik. In der heutigen Sitzung der Strafkammer zu Gnesen wurde der Defen Ragimilian Wrugas in Worms wegen Vergehens gegen § 130a des Strafgesetzbuchs (Gefährdung des öffentlichen Friedens), begangen in einer Predigt in der Kirche von Potulitz, unter Annahme milderer Umstände zu drei Wochen Festungshaft verurteilt. Ferner wurde der Pastorverweser Leon Formanowicz in Kobyliszewo wegen desselben Vergehens und wegen Verteilung von Schulstreifzetteln zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt.

Ausland.

Ungarn.

Zustizminister Polonzi hat endlich sein Amt niedergelegt. Im Abgeordnetenhause legte er am Donnerstag vor Eintritt in die Tagesordnung die Gründe seiner Demission dar. Seiner Ansicht nach solle ein Minister nicht einen Prozeß wegen Verleumdung aufstrengen, solange er das Vertrauen der Majorität besitze. Da diese Anschauung nicht von allen Teilen der Koalition gebilligt sei, habe er den Prozeß eingeleitet. Damit jedoch während des Verfahrens die Würde seines Amtes keine Einbuße erleide, habe er demissioniert. Er halte unentwegt fest an den

Prinzipien der Unabhängigkeitspartei. (Lebhafter Beifall.) Der Justizminister verließ hierauf unter den Beifallstundgebungen seiner Anhänger den Saal. Der Abgeordnete Pottitz (Unabhängigkeitspartei) widmete den Verdiensten Polonzis die wärmste Anerkennung und verlas hierauf die gestrige Resolution der Unabhängigkeitspartei, die das Bedauern über den Rücktritt Polonzis ausdrückt. (.)

Frankreich.

Ein vorläufig beigelegter Zwischenfall.

In der Deputiertenkammer gab es gestern so etwas wie eine Ministerkrise. Das Haus setzte die Weiterberatung der Vorlage betreffend die Versammlungsfreiheit fort und nahm einen Zusatzartikel an, nach dem die Bürgermeister angewiesen werden, den Veranstaltern von Versammlungen ein Lokal zur Verfügung zu stellen, falls ein solches vorhanden ist. Ein Antrag Meunier, das Inkrafttreten des Gesetzes zu vertagen, wird vom Minister Briand bekämpft, der die Radikalen auffordert, sich klar und deutlich auszusprechen, statt sich heimlich in Raueuschaften zu bedienen und die Regierung zu stützen. Daraus erklärte, er werde gegen den Antrag Meunier stimmen. Nach dem Ministerpräsidenten Clemenceau das Wort zu einer wichtigen Rede, in die er wichtige Bemerkungen gegen Briand einschloß. Ein Privattelegramm des „Verl. Tagebl.“ schildert den Vorgang wie folgt:

Er nennt ihn einen Optimisten, sagt, der Kultusminister habe nach seinen eigenen Worten zwar alles vorausgesehen, nur nicht das, was eingetreten sei. „Wollen Sie“, führt Clemenceau fort, „daß ich Ihnen meine Ansicht über das Dokument der Bischöfe sage? (Die unten im Artikel „Die Bedingungen Romo“ charakterisierte Kundgebung, D. Red.) Es ist nichts als ein schlechter Zeitungsartikel. Wenn man darin die Absicht erblickt, eine Verhandlung mit der Regierung einzuleiten, so erkläre ich: Die Regierung verhandelt nicht. Dies unerschämte Ultimatum stößt die Regierung mit dem Fuße zurück. Man sagt, daß der Grundsatz der Kirche sei: Alles oder nichts! Wenn sie und diese Frage stellt, antworten wir: Nichts!“

Bei diesen Worten steht Briand, der eine Zeitlang ruhig zugehört hat, plötzlich auf und verläßt den Saal. Der Marine-Minister folgt ihm. Eine Anzahl Abgeordneter sitzen den beiden eifrig nach. Nachdem Clemenceau geschlossen hat, kennzeichnet Jaurès die Situation. Er fragt, ob Clemenceau genau überlegt habe, was er getan, als er von Briand in dieser Weise sprach. Dieser Vorgang sei bisher noch nicht erörtert gewesen, und die Kammer habe das Recht, es zu erfahren, wie sich das erklären lasse.

In großer Erregung steigt Clemenceau, während auf verschiedenen Banken mit den Deckeln geschloßt wird, auf die Tribüne. „Wenn mein Kollege von mir beleidigt ist“, sagt Clemenceau, „so spreche ich ihm hier mein Bedauern aus. Seine Mitwirkung ist mir unentbehrlich. Partei und Land schäuden ihm tiefe Dankbarkeit für seine unvergleichlichen Dienste. Herr Jaurès sagte, der Herr Minister habe die Absicht, sein Amt niederzulegen. Das dürfte nicht geschehen. Herr Jaurès spricht meine Empfindungen aus. Ich hoffe, daß es den Vorstellungen der republikanischen Majorität gelingen wird, Briand auf diesen Platz zurückzuführen.“

Auf die Anse: „Wo ist Briand?“ verläßt Clemenceau den Saal und kehrt nach einigen Minuten mit Briand zurück, der leichtenbloß und erhobenen Hauptes neben ihm wieder auf der Ministerbank Platz nimmt. (Donnernder Beifall auf allen Banken.) Die Vorlage über die Annullierung von Versammlungen wird sodann im ganzen mit 550 gegen 5 Stimmen angenommen und die Sitzung vertagt.

Die „Bedingungen“ Romo.

Paris, 29. Januar. (Fig. Ver.)

Die französischen Bischöfe haben gestern eine von der Kurie vorher gebilligte Erklärung beschlossen, in der sie — nach allerlei heftigen Beschimpfungen der „Kirchenräuber“ — schließlich die Möglichkeit einer Unterwerfung unter das Kullusgesetz vom 2. Januar d. J. — nach einer wichtigen Abänderung allerdings — annehmen. Sie verlangen nämlich die Ausarbeitung eines förmlichen Kontrakts, der den Pfarrer außer der Sicherung der im Gesetze bedingungsweise ausgesprochenen unentgeltlichen Ueberlassung der Kirche und ihrer Einrichtung Garantien für die ungestörte Ausübung des Gottesdienstes und die Aufrechterhaltung der hierarchischen Prinzipien gibt. Sie legen sogar ein Formular eines solchen Vertrages vor, dessen Hauptbestimmungen sind: Eine Gültigkeitsdauer von 18 Jahren, den Uebergang der Rechte des geistlichen Kontrahenten an seinen vom Bischof ernannten Nachfolger, das Erlöschen des Vertrages, sobald der Bischof den Pfarrer seines Amtes entsetzt, der Verzicht des Bürgermeisters (für sich und seine Nachfolger) auf die Verwaltung der Pfarre und die Bedingungen der Benutzung des Kirchengebäudes Einfluß zu üben, endlich anschließliche Polizeigewalt des Geistlichen in der Kirche außer im Falle von Aushörung.

Dieses vom Papst gebilligte Angebot der Kirche ist in dieser Gestalt zweifellos für die Republik unannehmbar, um so mehr, als die Bischöfe seine Annahme durch alle Bürgermeister und Präfecten Frankreichs als unumgängliche Bedingung aufstellen. Das Angebot ist auch praktisch unausführbar, weil die 30 000 Bürgermeister sicherlich nicht in ihrer Gesamtheit für die Unterzeichnung eines solchen Vertrages zu haben sein werden, der sie auf ihre Rechte verzichten heißt, im Falle der Verweigerung der Deklaration auf Grund des Versammlungsgesetzes die Kirche nicht unentgeltlich zu überlassen. Vor allem aber stellt die Forderung eines solidarisches Abchlusses des Vertrages offenkundig den Versuch dar, das Konkordat unter einer anderen Form zu erneuern. Die Kirche soll wohl nicht in der Person des Papstes, aber in der Gesamtheit der Pfarrer in ein Vertragsverhältnis mit der weltlichen Macht treten.

Sogar der „Temps“ erklärt die Bedingungen des Aktes für unmöglich, meint aber, die Kirche werde sich wohl damit zufriedustellen, die unentgeltliche Benutzung der Kirchen gesichert zu erhalten. Dazu aber wäre eine Abänderung des Gesetzes vom 2. Januar nötig, und es ist wohl ausgeschlossen, daß die radikale Linke der Regierung ein weiteres Nachgeben gestattet wird. Immerhin scheint sich in dem Angebot die Erkenntnis der Kirche auszuspochen, daß ihre bisherige, auf die Erringung der gläubigen Massen abzielende Politik arg mißglückt ist und daß ein weiterer Widerstand nur ihr selbst zum Schaden gereichen könnte. —

Die „gesekedstreue“ Kirche.

Paris, 31. Januar. Der Erzbischof von Bourdeaux erklärt, keine Schritte unternehmen zu wollen, um die Erlaubnis zur Abhaltung von Gottesdiensten in der Kathedrale erhalten zu können.

Paris, 31. Januar. In Dreil weigern sich die Priester, ihre Wohnungen zu verlassen und die Behörden lehnen die Verantwortung ab, sie mit Gewalt aus denselben zu entfernen. Sie haben sich daher wegen neuer Instruktionen nach Paris gewandt.

Paris, 31. Januar. Für nächsten Sonntag sind vor der Kirche in der Rue Legendre, wo am ersten Male eine öffentliche Messe der schismatischen Kultusgenossenschaften gelesen werden soll, umfassende polizeiliche Maßnahmen vorgesehen, da von vatikanischer Seite Kundgebungen geplant sind.

England.

London, 31. Januar. Bei der Wahl zum Unterhause in Nordost-Derbyshire wurde Garboh (liberale Arbeiterpartei) mit 6644 Stimmen gewählt. Court (Unionist) erhielt 5915 Stimmen. Das Mandat dieses Kreises ist somit der liberalen Arbeiterpartei erhalten geblieben.

Rußland.

Die Räumung der Mandschurei. Aus Petersburg meldet die Petersburger Telegraphen-Agentur vom 31. Januar: Die Räumung der Mandschurei beginnt heute mit der Abfertigung des 65. Moskauer Infanterieregiments.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

3. Sitzung vom Donnerstag, den 31. Januar. Nachmittags 5 Uhr.
Die Sitzung wird vom Vortrags-Stellvertreter Nischelet um 5 1/2 Uhr eröffnet. Der Vortrags-Stellvertreter Nischelet ist noch nicht ganz wiederhergestellt, hofft aber schon in nächster Zeit wieder seines Amtes walten zu können.

Die von der Versammlung zu unbefolgeten Stadträten gewählten bisherigen Stadtv. Raft und Buchow, die die Befähigung der Regierung gefunden haben, werden durch den Oberbürgermeister Kirschner vereidigt und in ihr neues Amt durch eine längere Ansprache eingeführt. Auch Vortrags-Stellvertreter Nischelet begrüßt die beiden neuen Magistratsmitglieder namens der Versammlung.

Der Versammlung haben deren vier Fraktionen, sowie die sozial-fortschrittliche Gruppe folgenden dringlichen Antrag unterbreitet: „Die Stadtverordnetenversammlung bewilligt zwecks Unterstützung der durch die Wetterexplosionen auf der Grube Medien bei Saarbrücken verunglückten Bergarbeiter und der Witwen und Waisen der Verstorbenen aus städtischen Mitteln einen Betrag von 10 000 M. Die Versammlung ersucht den Magistrat, diesem Beschluß beizutreten.“

Der Vortrags-Stellvertreter Nischelet gibt bei der Mitteilung vom Eingange dieses Antrages der tiefen Sympathie der Berliner Bürgerschaft für die Opfer der Katastrophe Ausdruck und spricht insbesondere auch denen seinen Dank aus, die aus diesem Anlaß jenseits der Grenzen ihre Teilnahme für die von der Explosion Betroffenen und ihre Sympathie für die deutsche Nation bekundet haben.

Stadtv. Cassel beantragt die Verhandlung des Antrages vor der Tagesordnung; die Versammlung ist damit einverstanden.

Stadtv. Cassel: Der Vortrags-Stellvertreter hat schon der allgemeinen Trauer Ausdruck gegeben über das menschliche Unglück, welches die Bergleute der Medengrube betroffen hat. Es handelt sich um eine fiskalische Grube, es wird also in erster Linie Aufgabe des Staates sein, das Elend der Witwen und Waisen nach der materiellen Seite hin zu lindern; es wird aber auch eine Aufgabe der freien Liebestätigkeit sein, für die erste Not einen kleinen Beitrag zu gewähren und dadurch anregend und anspornend auf weitere Kreise einzuwirken. Der einstimmige Antrag der Versammlung soll aber auch ein Zeichen dafür sein, daß wir schärfer auf sonst vielleicht in der Versammlung sich Gehörnde geltend machen mögen, wir alle eines Sinnes sind, wenn es sich um die Besserung unbedienten Elends und unbedienter Not handelt. (Ausschrei: Beifall.)

Stadtv. Singer (Soz.): Ich möchte die Diskussion nicht verlängern, sonst würde ich mich den Ausführungen des Vorstandes durchaus anschließen können. Ich schlage vor, da es sich um eine Geldbewilligung handelt, die zunächst von einem Ausschuss zu prüfen ist, einen Ausschuss von 5 Personen sofort vom Vorstande ernennen und ihn noch im Laufe der Sitzung Bericht erstatten zu lassen.

Die Versammlung stimmt dem zu; der Ausschuss wird aus den Mitgliedern Cassel, Singer, Kommsen, Kreitzing und Deutsch zusammengesetzt. Nach wenigen Minuten beantragt Stadtv. Cassel namens dieses Ausschusses die Annahme des Antrages. Ohne Debatte wird einstimmig die Bewilligung der 10 000 M. ausgesprochen.

Darauf tritt die Versammlung in die Tagesordnung ein.

Stadtv. Dr. Paul (M. L.) berichtet über die Ausschussverhandlungen zur Vorlage betr. die bei dem Untersuchungsamt der Stadt Berlin für Nahrungsmittel, Genußmittel und Verbrauchsgegenstände zunächst einzurichtenden Stellen. Der Ausschuss hat fast mit Einstimmigkeit und unter Zustimmung des Magistratsvertreters die Vorlage dahin erweitert, daß 1. die Bezeichnung der Anstalt lauten soll Gesundheitsamt der Stadt Berlin, daß 2. für den Untersuchungsbetrieb und für die Leitung des Amtes a) ein Hygieniker als Direktor mit einem Anfangsgehalt von 10—12 000 M., b) drei Abteilungs-vorsteher für je eine chemische, physikalische und bakteriologische Abteilung (Anfangsgehalt 6000 M.), c) die erforderliche Anzahl von Assistenten (Anfangsgehalt 3000 M.) eingestellt werden. Außerdem soll der Magistrat ersucht werden, im Einvernehmen mit dem alsbald zu wählenden Direktor die Wahl der drei Abteilungs-vorsteher nach der Eröffnung des Amtes vorzunehmen und die Bildung einer Deputation für das Gesundheitsamt möglichst bald zu veranlassen.

Vom Stadtv. Nibler (M. L.) wird beantragt, das Gehalt des Direktors auf 12 000 M. festzusetzen.

Stadtv. Strahmann stellt richtig, daß er nicht etwa vorbehaltlos allen Anregungen des Ausschusses zugestimmt habe.

Stadtv. Herzberg (Fr. Fr.) hält die Wahl des Namens „Gesundheitsamt“ für nicht glücklich. So lange die Stadt die Wahlfahrtspolizei und die Gesundheitspolizei nicht in Händen habe, würde dem Gesundheitsamt der Inhalt fehlen und das Institut unter falscher Flagge segeln. Man solle bei dem „Untersuchungsamt“ bleiben. Die Ausschussvorschlüge unter 2. akzeptierte keine Fraktion, bitte aber um Ablehnung des Vorschlages sub 1.

Stadtv. Nibler (M. L.): Die Bedenken des Vordredners sind im Ausschuss gründlich erwogen worden und dort hat man sich gegen einige wenige Stimmen für das „Gesundheitsamt“ entschieden, welcher Name allein die Gesamtheit der dem Institut zugewiesenen Aufgaben erschöpft. Das Gehalt des Direktors wollen wir auf anfänglich 12 000 M. festsetzen; die Anfügung einer Stala kann vorbehalten bleiben.

Stadtv. Friedemann (soz.-fortschr.) tritt für die unveränderte Annahme der Ausschussvorschlüge ein.

Stadtv. Sachs (M. L.) bemängelt, daß der Ausschuss dem Magistrat vorschreiben wolle, durchaus einen Hygieniker zum Direktor zu machen.

Stadtv. Dr. Jabel (Soz.): Die heutige Verhandlung schüttet viel Wasser in den Wein der Verhandlungen vom 6. Dezember, und nicht zum wenigsten tut dies gerade Herr Herzberg, der damals zu den Verehrtesten gehörte. Alle die Herren haben heute so etwas wie einen Zurückzieher gemacht; es soll auch heute nichts als das städtische Untersuchungsamt herauskommen, nicht das städtische Institut, von dem damals gerade Herr Baurat Herzberg sprach. Herr Herzberg wollte damals etwas anderes, er will heute etwas anderes; von der Schulstufenuntersuchung, auf die Herr Herzberg damals so eindringlich hinwies, hat er heute nichts erwähnt. Die Frage der städtischen Wasseruntersuchung ist eine Frage von der allerwichtigsten Bedeutung; schon vor Jahren habe ich in dieser Versammlung aus Anlaß des Auftretens von Typhusfällen darauf hingewiesen. Wir dürfen doch das Amt in dem Kreise seiner Aufgaben und in seiner Erweiterungsfähigkeit nicht beschränken; wir wollen doch nicht bloß ein simples chemisches Laboratorium schaffen, wie sie längst in Berlin zahlreich existieren.

Stadtv. Professor Landau (M. L.): Der Ausschuss hat sich nicht amgenotigt, dem Magistrat hinsichtlich der Exekutive irgendwie Vorschriften machen zu wollen; auch nicht durch die Wahl des Namens, der gerade das richtige von der städtischen Verwaltung zu erzielende Ziel bezeichnet. Nebenbei legt dar, daß die ganze Entwicklung des städtischen Sanitätswesens dahin drängt, ein solches Amt als Zentralstation zu schaffen. Den Antrag Nibler bitte er gleichfalls anzunehmen.

Oberbürgermeister Kirschner: Nach dem Gange der Diskussion scheinen mir die Meinungen doch sehr auseinanderzugehen und ich glaube auch nicht, daß der Magistrat mit dem Ausschussantrage etwas anfangen kann. Speziell über die Kompetenz des verlangten „Gesundheitsamtes“ besteht noch gar keine Klarheit. Wir leben auch gar nicht in so vertrackten Verhältnissen, wie es nach der Darstellung der Freunde eines solchen Gesundheitsamtes scheinen möchte. Was und fehlt, was eine Notwendigkeit ist, das ist ein Institut für Nahrungsmitteluntersuchungen. Von dieser Forderung ist auch ausgegangen worden; wir haben das Haus abgebaut und jetzt soll plötzlich etwas ganz anderes in dieses Haus hinein, als beabsichtigt war. Auch unser Nahrungsmittelinstitut

steht auf der Höhe der Wissenschaft zu stehen haben, aber es kann keine autoritative Verwaltungsinstante sein. Ein allgemeines Gesundheitsamt würde nicht vom Staate anerkannt bzw. mit Berechtigungen ausgestattet werden. Im zweckmäßig zu verwalten, brauchen wir nicht immer neue Deputationen, sondern wir sollten die alten zusammenlegen.

Stadtv. Ritter (Fr. Fr.) beantragt, die ganze Angelegenheit an den Ausschuss zurückzuverweisen.

Stadtv. Granewald (M. L.) hält auch dafür, daß der Name „Gesundheitsamt“ zu Mißverständnissen führen kann, und schlägt sich dem Antrag Ritter an.

Stadtv. Landau: Neben dem Nahrungsmittelamt brauchen wir notwendig eine Stelle für allgemeine hygienische Untersuchungen. Wir warten auf die letztere schon sehr lange, wie wir auf die erstere gewartet haben, bis die Polizei der Stadt Berlin damit zugekommen ist.

Stadtv. Kommsen (Fr. Fr.): Nach den Erklärungen des Oberbürgermeisters ist nochmalige Ausschussberatung gar nicht zu vermeiden.

Die Vorlage wird mit den inzwischen gestellten Amendements an den Ausschuss zurückzuverweisen.

Die Vorlage wegen Bewilligung von 160 000 M. für Bauarbeiten zur Erweiterung der städtischen Wasserwerke ist nach erschöpfender Erörterung der erhobenen Anträge von niedergelassenen Sonderauschuss schließlich einstimmig zur Annahme empfohlen worden.

Stadtv. Dr. West (Soz.): Nachdem im Ausschuss die Frage wirtschaftlich, hydrologisch, technologisch geprüft worden ist, treue ich mich erklären zu können, daß die früher geäußerten Bedenken hinfällig sind und daß die Wasserwerkvergrößerung für absehbare Zeit in Ordnung ist. Wir werden also heute die Vorlage annehmen.

Die Versammlung genehmigt darauf die Vorlage ohne weitere Diskussion.

Zur Diskussion gelangt nunmehr die neueste Magistratsvorlage zur Gemeindeerschulereinstufungs-Beschlussordnung, welche den langwierigen Streit zwischen Magistrat und Versammlung endlich aus der Welt schaffen soll. Der Magistrat kommt hinsichtlich der Ordnung der Alterszulagen soweit entgegen, daß die erste Stufe (nach 7-jähriger Dienstzeit) nicht, wie er zuletzt verlangt hatte, auf 150 M. erniedrigt, sondern auf 250 M. normiert werden soll, dann sollen die weiteren acht Stufen mit je dreijährigem Zwischenraum auf 300, 300, 300, 200, 250, 250, 250, 250 M. bemessen werden. Das Endgehalt des Lehrers stellt sich damit auf 1450+2250+750 M. Wohnungsgeld = 4450 M. Bei den Rektoren soll das Grundgehalt 2650 M., die Reiseentschädigung 900 M. betragen, bei den Lehrerinnen Grundgehalt 1100 M., Alterszulagen nach 3, 6, 9, 12, 15, 18, 21 und 24 Jahren: 100, 100, 100, 200, 200, 200, 200 M., Reiseentschädigung 500 M., Sachkassen-Lehrerinnen: Grundgehalt 1000, Reiseentschädigung 400, Alterszulagen nach 7mal 3 Jahren jedesmal je 100, zuletzt 120 M. Die neue Ordnung nach dem neuesten Magistratsvorschlag bringt 2044 von 3012 Lehrern Gehaltszulagen zwischen 50 und 300 M. Von zwei Seiten wird Ausschussberatung beantragt.

Stadtv. Singer (Soz.): Ich beantrage, den Ausschuss sofort zu ernennen, da jedenfalls der ganzen Versammlung daran gelegen sein wird, die Beschlußfassung möglichst zu beschleunigen. Nach unserer Meinung wäre Ausschussberatung nicht nötig gewesen. Wir können jetzt nur wünschen, daß im Ausschuss die Vorlage eine möglichst unfreundliche Aufnahme findet, wir sind wenigstens vor ihr aufs allerpeinlichste berührt worden.

Wir haben wiederholt zu erkennen gegeben, daß eine Veränderung der Altersstala nicht mehr unseren Wünschen entspricht. Materiell ist ja der Unterschied zwischen dem letzten Stadtverordnetenbeschlusse und der jetzigen Vorlage nicht von großer Bedeutung gegenüber unseren Eatsverhältnissen, aber selbst wenn das der Fall wäre, darf ich wiederholen, daß die Versammlung bei allem Respekt vor den Rechten des Magistrats doch die geeignetere Beurteilerin ist, weil sie bessere Fühlung mit den Verhältnissen hat, die hier in Frage stehen. Die Stadtverordnetenversammlung, die mit den Vertretern der Schulkommissionen in vielfacher Verberührung steht, auch direkt in der Schulverwaltung zu tun hat, bringt tiefer in die Dinge ein, als der Magistrat, und ihr sich immer wiederholendes Notum muß also doch solche Bedeutung haben, daß es dem Magistrat an seiner Würde nicht geschadet hätte, wenn er sich endlich den Wünschen der Versammlung fügte. Dies zur formalen Seite. Sachlich ist die Vorlage die schlechteste von allen, die wir auf diesem Gebiete bekommen haben. Die Lehrerschaft soll nicht nur in der Höhe der Zulagen differenziert werden; es sollen jetzt auch etwa 1000 Lehrer überhaupt keine Zulagen erhalten. Für den Magistrat ist dabei immer bloß die Gesamtsumme der Aufwendungen für den einzelnen Lehrer maßgebend. Das erinnert mich an die Berechnungsmethode gewisser Statistiker, welche eine Steigerung des Vermögens jedes einzelnen Deutschen herausrechnen, weil in den Händen der Kapitalisten die Vermögen immer stärker anwachsen. (Heiterkeit.) Daß diejenigen, die nichts bekommen sollen, die Selbstlosigkeit, welche man ihnen von Magistrats wegen zumutet, nicht besitzen, kann ihnen niemand verdenken. Zu seinem Resultat konnte der Magistrat überhaupt nur dadurch kommen, daß er jetzt statt der 10 Zulagenstufen bloß 9 vorschlägt. Der Versammlung kann aber damit nicht gedient sein, denn wir haben die Notwendigkeit der Erhaltung der Berliner Altersstala immer in den Vordergrund gestellt. Der Versuch, hier eine Verschiebung zu machen, scheint mir daher kein sehr glücklicher. Bis her bezugeten die Zulagen 2400 M., jetzt werden sie auf 2250 M. reduziert! Diese Differenz von 150 M. soll ausgeglichen werden durch die Erhöhung des Anfangsgehaltes auf 4450 M. Eine solche Verschiebung kann man doch nicht mit dem neuerlichen Hochschätzung magistratsamtlicher Vereinerung als eine Verbesserung hinaus-schreien! Das neueste Gebrauh aus dem Magistratslaboratorium hat uns jedenfalls sehr enttäuscht, sofern darin eine Regelung gefunden werden sollte, die uns befriedigte. Die Erhöhung um 100 M. erhalten nun nicht einmal alle Lehrer. 294 Lehrer werden 50, etwa 300 Lehrer werden 300 M., dazwischen etwa je 500 Lehrer Aufbesserungen von 100, 200 und 250 M. erhalten; aber 968 Lehrer erhalten gar nichts! Nichts wäre falscher als die Auf-fassung, daß die Lehrer überhaupt nichts zu sehen bekommen würden, wenn diese Vorlage abgelehnt wird. Der Magistrat wird hier den Wünschen der Bürgerschaft folgen müssen, er wird gar nicht imstande sein, auf seiner Ablehnung zu verharren. Wegen einer verhältnismäßig geringen Summe kann sich der Magistrat nicht auf einen Standpunkt stellen, der ver-zweifelte Hehlichkeit mit Eigensinn hat. Die Lehrerschaft selbst will ja auch lieber auf dieses Angebot des Magistrats verzichten, als die Regelung preisgeben, wie sie die Versammlung als die richtige hingestellt hat. Ich schließe mit dem nochmaligen, allerlebhaftesten Bedauern darüber, daß auf dem Gebiete der Jugendberziehung ein fiskalisches Standpunkt betriffs der Ausgaben vom Magistrat eingenommen wird, der sich längst unmöglich gemacht haben sollte. Die Vorzüge bessern unaufhörlich ihre Lehrgelälter auf. In den letzten Jahren haben wir bezüglich der Qualifikation der neuen Lehrer, die wir anstellen wollen, unsere Ansprüche erheblich zurückgeschraubt und müssen. (Hört! hört!) Den weitaus größeren Teil unserer neuen Lehrkräfte bekommen wir von außerhalb; Berliner junge Leute ergreifen recht wenig diese Karriere. Charakteristisch ist es doch, daß wir eine gewisse Besorgnis zu hegen anfangen müssen, daß das Lehrermaterial bei der Anstellung zu wünschen läßt. Hoffen wir, daß der Magistrat sich endlich genügt finden wird, unserm Beschluß beizutreten. Ich würde kein Bedenken setzen, die dafür notwendige Summe von uns in den Etat einzusetzen und dem Magistrat zu überlassen, sich event. mit uns deswegen in einen Streit zu verwickeln. Die Handelei, in die er sich schließlich eingelassen hat, wo es sich jetzt vielleicht bloß noch um 100 000 M. handelt, ist kein Einmal gegenüber dem Willensetat der Stadt. Durch Nach-

drücklichkeit des Magistrats sollte diese leidige Streitfrage jetzt ein für allemal begraben werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Oberbürgermeister Kirschner: Auch diejenigen Lehrer, die April 1906 keine Erhöhungen erhalten, erhalten solche im Laufe des Jahres 1906, alle übrigen im Laufe von 1907; es sind also tatsächlich auch die erwähnten 968 nur teilweise von den Erhöhungen ausgeschlossen. Bei der neuen Stala, die wir vorschlagen, hat jeder Lehrer auf die Dauer seinen Vorteil. Wenn ich immer hören muß: „die Bürgerschaft stimmt einmütig dieser Forderung zu“ — ja, wir im Magistrat sind doch auch nach Bürger und wir stimmen nicht zu. Auch aus den Reihen der kleineren Bürgerschaft könnten wir Herrn Singer namhafte Zeugen dafür anführen, daß das jetzt Gebotene ganz richtig ist; viele von ihnen wären mit den Beträgen, wenn sie ihnen zuläßen, recht zufrieden. (Heiterkeit.) Der Magistrat hat der Versammlung fortwährend entgegengekommen gezeigt, auch in der neuesten Vorlage. Eine weitere Erhöhung des Lehrerdienstverhaltens im ganzen erscheint uns nicht angemessen; nur in der Stala können wir entgegenkommen. Wie ich glaube, wird der Magistrat an diesem Standpunkt festhalten. Köme es zu einer dauernden Differenz zwischen Magistrat und Versammlung, so sehe ich in der Städteordnung keinen Anhalt dafür, daß hier etwa die Aufsichtsinstanz eine Entscheidung gegen uns treffen könnte. Die Lehrer haben erst vor einem Jahre 100 M. Aufbesserung erhalten; jetzt eine neue von 150 M. Es ist eine unerhörte Zumutung an den Magistrat, daß er auch das letzte noch zugeföhren soll, weil es die Lehrerschaft fastert! Gefällt Ihnen die frühere Stala besser, so kann ja auf sie zurückgegangen werden; aber eine Erhöhung in materieller Hinsicht im ganzen kann ich nicht in Aussicht stellen.

Stadtv. Cassel (M. L.): Daß wir jetzt auch minderwertige Lehrkräfte anstellen müssen, ist unrichtig, auch fehlt es nicht an genügenden Meldungen. Berlin hat nicht etwa jemals elende Gehälter gezahlt und die Vorgänge unserer Altersstala sind allgemein anerkannt. Die neue Vorlage hat uns mehrfach in Ersäunen gesetzt; sie unterscheidet sich nicht zum Vorteil von ihren Vorgängerinnen. Der Magistrat hat einfach mit unserer bewährten Altersstala aufgeräumt, es ist ihm aber damit nur gelungen, neue Härten zu schaffen, indem er die höheren Zulagen in den mittleren und späteren Dienstjahren reduziert. Das richtige ist und bleibt die Regelung mit dem Grundgehalt von 1350 M. und der Beibehaltung unserer Stala; das hätte auch die Lehrerschaft zufriedengestellt. Von letzterer haben wir uns unsere Stellung niemals diktiert lassen. Bei der eingetretenen Steuervermehrung aller Lebensbedürfnisse muß eine Aufbesserung erfolgen. Die ganze Differenz beträgt jetzt bloß noch 87 000 M. Unter der kleineren Bürgerschaft gibt es auch viele, denen die Gehälter der Beamten viel zu hoch erscheinen. (Heiterkeit und Zustimmung.)

Stadtv. Rosenow (M. L.): Von dieser grundsätzlichen Vorlage weiß ich nach meinen Informationen die Schuldeputation gar nichts! Die hätte doch wohl gefragt werden müssen. Die Schaffung von neun Stufen für Berlin statt der bisherigen zehn würde sogar eine Herabsetzung des Lehrerbesoldungsgeleges involvieren. Mit dem Kalkulatorstift hätte man nicht gegen uns vorgehen sollen; die Vorlage sieht wie ein Hohn auf die Stadtverordnetenversammlung aus. Ich nehme aber an, daß der Oberbürgermeister sein letztes Wort noch nicht gesprochen hat.

Stadtv. Kommsen steht der neuen Vorlage auch vorwiegend kritisch gegenüber, hofft aber, daß der Ausschuss in einer Frage, in der bereits drei Magistratsvorlagen und drei Versammlungsbeschlüsse vorhanden sind, endlich zu einer Einigung komme.

Damit schließt die erste Beratung. Die Vorlage geht an einen Ausschuss, der sofort ernannt wird und dem auch die Stadtv. Krons, Borgmann, Bruns und Singer angehören.
Schluß 9 Uhr.

Letzte Nachrichten und Depeschen

Neues Urteil im Schulstreit.

Gnesen, 31. Januar. (B. Z. B.) In einer weiteren Sitzung der Strafkammer wurde Propst Walbert Anderh in Starobozjedow wegen Vergehens gegen § 100a des Strafgesetzbuchs (Gefährdung des öffentlichen Friedens), bezogen in einer in seiner Kirche gehaltenen Predigt, zu einem Monat Zerknaußhaft verurteilt.

Der Schneefall im Reich.

München, 31. Januar. (B. Z. B.) Der Durchgangsverkehr auf der Bahnlinie über Lindau kann ebenso wie gestern auch heute nur unter großen Schwierigkeiten aufrecht erhalten werden, da die Strecke Oberhausen-Rothenbach durch ungeheure Schneemassen verweht ist. Die von der Schweiz über Lindau kommenden Schnellzüge, die heute früh um 7 Uhr und mittags um 12 Uhr in München fällig waren, lagen mittags in Rothenbach und Gergau noch fest. Der mittags 1 1/2 Uhr fahrplammäßig abgegangene Schnellzug nach Lindau und der Schweiz wird über Buchloe-Remmingen durch Württemberg nach Gergau und Lindau geführt.

Karlsruhe, 31. Januar. (B. Z. B.) Aus dem badischen Oberlande kommen Meldungen über ungewöhnlich starke Schneefälle, besonders aus dem Schwarzwald. Die Jüge erleiden zum Teil erhebliche Verspätungen, einzelne bleiben im Schnee stecken. Zwischen Rittsee und Hinterzarten englische infolge des festigen Schneewechens die Lokomotive eines Zuges. Auf Neuad bei Furtwangen hat der Schnee eine Tiefe von 2 1/2 Meter erreicht. Der Postverkehr stößt ebenfalls.

Bergmanns-tod.

Virgenti, 31. Januar. (B. Z. B.) In einem Salzbergwerk in der Nähe der Gemeinde Biancini erfolgte in der Nacht ein plötzlicher Einsturz, durch den drei Bergleute verschüttet wurden. Beamte und Karabinierie eilten herbei und schritten sofort zu dem schwerigen Rettungswehr. Ein Bergmann wurde als Leiche geborgen, ein zweiter war so schwer verletzt, daß er heute gestorben ist, der dritte ist noch nicht geborgen.

Hungernde Bauern.

Petersburg, 31. Januar. (B. Z. B.) Der Gouverneur von Saratow meldet, daß knollende Bauern sich in offenem Aufruhr befinden und die Getreidespeicher plündern.

Dumawahlen.

Petersburg, 31. Januar. (B. Z. B.) Nach den bis zum 30. Januar eingegangenen telegraphischen Berichten über die Dumawahlen ersten Grades ist das Ergebnis folgendes: In den Kommunen sind 7835 Wahlmänner gewählt, darunter 2292 Nonar-chisten und diesen nahestehende und 4024 gemäßigte. Unter den übrigen befinden sich 99 Kadetten. Unter 3301 Wahlmännern der Kleingutbesitzer sind 1516 Priester.

Attentat.

Warschau, 31. Januar. (B. Z. B.) Der Referent der Geheimpolizei, Viktor Gruen, wurde heute bei einer Ausfahrt von Zerkowitz getötet und sein Kutscher verwundet. Die Täter entkamen.

Der Henker an der Arbeit.

Odessa, 31. Januar. (B. Z. B.) Fünf vom Feldgericht verurteilte Revolutionäre wurden heute nach Hingerichtet.

Ein gelungener Coup.

Odessa, 31. Januar. (B. Z. B.) Heute mittag drangen 20 bewaffnete Männer in eine Druckerei ein, banden sämtliche Arbeiter, bemächtigten sich der Typen und druckten mehrere tausend Exemplare eines Aufrufs an die Seeleute. Dann luden sie diese auf einen Fieber und fuhrten eilends fort.

Schlagwetter.

Aus dem Katastrophengebiet von Neunkirchen schreibt man uns: Amliche und nichtamtliche Vergleichte haben selbstgefällig hundertmal versichert, ein deutsches Courriéres sei unmöglich. Nun plötzlich ist in jenem vielgepriesenen saarabischen Musterbetrieb eine furchtbare Schlagwetterexplosion mit einem Grubenbrande im Gefolge eingetreten, die selbst die Vorrustkatastrophe an Größe und Schrecken weit übertrifft.

Die Explosion erfolgte am Montag früh nach 7 Uhr. Von der eingefahrenen Frähschicht, die 600 Mann betrug, konnten sich etwa 400 Mann durch einen Gegenstoß bei Wildstoch retten, der vor kurzem erst zu Rettungszwecken mit der Grube Reden verbunden wurde. Der Rest ist mit geringen Ausnahmen dem Würger Tod verfallen. Die Belegschaft fuhr etwa eine halbe Stunde vor der Explosion an. Die Verletzten waren noch nicht am Betriebsort angelangt und konnten noch entfliehen, erfolgte die Explosion zehn Minuten später, so hätte sie 600 Opfer verschlungen. Furchtbar!

Die Ursache der Explosion ist noch nicht enthüllt. Der amtliche Apparat und die Hurrapresse schweigen! Hat man etwas zu fürchten? Das steht fest: Die giftigen bezw. explosiven Gase sind nicht durch einen Schuß in Brand gesetzt worden, weil zu Beginn der Schicht eben nie geschossen wird. Was mag die Ursache sein? Waren Vorfahrer da, die die Wetter untersuchten? Das scheint beinahe unmöglich. Eine Quantität Gase, die mit solcher Behemung explodiert, kann von den Vorfahrern unmöglich unbeachtet bleiben. Zwar meldet die Ordnungspresse, daß die Vorfahrer wie immer zwei Stunden vor Beginn der Schicht die Grube besahen und alles in Ordnung befunden hätten. Das kann aber schon deshalb unmöglich zutreffen, weil die Verunglückten mit der Arbeit noch gar nicht begonnen hatten. Nach der Explosion fand man die Leute mit der Kaffeeflasche um den Hals tot auf den Werkzeuglisten liegend. Wie bei den Vergleuten üblich, sitzen sie vor Beginn der Arbeit in der Regel noch einige Minuten im sogenannten Vergamt, und hier scheint sie auch die Katastrophe überrascht zu haben.

Von den Beamten ist keiner verunglückt, ein Beweis, daß sie noch nicht an ihrer Stelle waren. Ueblich ist auf den fiskalischen „Musterbetrieben“, daß die Beamten erst zwei bis drei Stunden später anfahren. Wir mit unserem beschränkten Untertanenverstand halten es für eine Pflicht — und in Privatgruben wird es auch so gehalten — daß die Beamten vor der Belegschaft anfahren. Wäre es in den saarabischen Musterbetrieben ebenso, dann hätten die Beamten unmöglich dulden können, daß die Vergleute in die furchtbare Gefahr ahnungslos hinein liefen. Diejenigen, die Aufsicht über die Schuldigen geben könnten, sind auf ewig verstummt; und man muß befürchten, daß jetzt Ursachen konstruiert werden, die keinen Schuldigen erkennen lassen.

Drei Tage lang feierte man den Sieg der „nationalen Ehre“ und bejubelte das „Geburtsstagsgeschenk“ und branten in der Grube sammelten sich während dessen die giftigen Gase, bereitete der Tod seine furchtbare Ernte vor! — Nichtsahnend, marschierten 600 königliche Schatzgräber ins Verderben, während oben das letzte Hipp-Hipp-Hurra! der nationalen Heißhorne ausklang. Ein furchtbarer Kontrast! Eine schelle, markerschütternde Dissonanz in das nationale Totenwabihi!

Der Leiter der betreffenden Inspektion, Bergrat Tiefenhoff, ist augenblicklich krank, weil er sich bei der Kaisergeburtstagsfeier ein Bein gebrochen haben soll.

Der Umfang der Katastrophe läßt sich noch nicht feststellen, weil die Betriebsleitung anscheinend nicht weiß, wieviel Leute angefahren sind, oder weil man sich fürchtet, die ganze Größe des Unfalls aufzurollen. Die Streifen liegen größtenteils zu Bruch, so daß es erst einer riesigen Aufräumungsarbeit bedarf, ehe zu den Verunglückten vorgedrungen werden kann. Die nicht zu Bruch gelangenen Streifen stehen im Feuer, so daß selbst der amtliche Bericht mittelst, daß die Grube unter Wasser gesetzt werden müsse. Die Rettungsmannschaften müssen trotz der besten Apparate immer wieder zurückweichen.

Soweit der Tatbestand, der erst die richtige Beleuchtung erfährt, wenn man an die Geschichte Saarabiens und der preussischen Vergesetzgebung erinnert. Aus dem Krämer-Prozess ist bekannt, daß ein Grubeninspektor ein Grubenausschuhmitglied, das es wagte ins Rechenbuch einige Mißstände einzutragen, ansah: „Solche Eintragungen lassen Sie nur sein, wir brauchen niemand, der uns Vorschläge macht oder Kritik übt.“

Ein anderer Bergbeamter bezichnete eine Eintragung von Mißständen ins Rechenbuch als — Frechheit. Bei der sozialdemokratischen Interpellation gelegentlich der Vorrustkatastrophe wurde auf die Hinweise Hues, daß auch in Deutschland ein Courriéres möglich sei, vom Regierungssitz und in den fiskalischen Organen mit großer Entschiedenheit eine derartige Möglichkeit für den deutschen Bergbau gelehnet. Die sozialdemokratische Forderung nach einem Reichs-Vergesetze und der Anstellung von Arbeitern als Grubenkontrollseuren wurde von den nationalen Parteien mit Entschiedenheit bekämpft und die Vergarbeiter stießen ab mit einem Vergarbeitertrutzgesetz, das ihre Lage noch verschlechterte. Einundeinehalbe Milliarde wirt man in die Sandwüste Afrikas, für die armen Grubenproleten sind keine 100 000 M. übrig zur Sicherung ihres Lebens. So wahr man in Deutschland die nationale Ehre.

Etwas weniger Hurrastimmung und etwas mehr Vergarbeiter-schutz hätte Hunderte Vergleute vor dem Tode bewahrt und Tausende Witwen und Waisen den Ernährer erhalten. Die nationale Ehre fand in Reden ihr — Courriéres.

Weiter schreibt man uns: Unmöglich wird es möglich, einen klaren Ueberblick über die Tragweite der Redener Grubenkatastrophe zu gewinnen. Glücklicherweise erfüllen sich die schlimmsten Befürchtungen nicht. Die Gesamtzahl der Opfer wird mit 180 erschöpft sein, so daß diese Katastrophe diejenige von Camphausen (Saarrevier) im Jahre 1886, die 184 Menschenleben vernichtete und bisher die größte Deutschlands war, nicht ganz erreichen wird. Die Unglücksgrube Reden bildet mit dieser Katastrophe zum zweitenmal ein Nationgrad für brave königlich preussische Schatzgräber; 1894 ereignete sich hier eine Schlagwetterexplosion, die 34 Bergmannsleben erforderte, zu deren Andenken sich ungefähr 600 Meter vom Unglücksort ein Denkmal erhebt, auf dem die Namen der auf dem Schlachtfelde der Arbeit Befallenen verzeichnet sind.

In Denkmälern und schönen Worten erschöpft sich im Saarrevier der Dank des fiskalischen Grubencapitals für seine Opfer. Bis Mittwoch früh waren 149 Tote und 29 Schwerverletzte geborgen, während sich nach Angabe der Grubendirection noch zirka

sechs weitere Tote im Schacht befinden sollen. Die Vergleute selbst befürchten jedoch, daß die Zahl der noch Vermissten beträchtlich höher ist. Zunächst wußte niemand, wieviel Mann von der auswärts wohnenden Belegschaft am Montag früh eingefahren waren. Das ist Bezeichnung für die „mustergültige“ Ordnung, die auf den Saargruben herrscht. Ein Verlesen vor der Schicht kann kaum stattgefunden haben, da selbst die Abteilungsleiter über die Zahl der eingefahrenen im unklaren waren. Eine nette Wirtschaft auf „Musteranstalten“.

Endlich rüden auch die saarabischen erzogenen Vergleute mit der Sprache heraus. Die uns gut unterrichtete Vergleute mitteilen, fand die Explosion in der Abteilung des Steigers Klein, hauptsächlich im Hühlerstrecke statt, das seit Wochen nie weiterfrei geworden sein soll. Dieses Hühler hat eine Mächtigkeit von 2 Meter reiner Fettkohle und bildet gegenwärtig den ergiebigsten Ausbeutungsort der Grube. Mit welcher fieberhaften Hast hier geschuftet wurde, dafür spricht die Tatsache, daß eine Kameradschaft von sieben Mann in einem Monat 1040 Wagen Kohle gefördert hat. Das ergibt pro Mann und Monat zirka 74 Tonnen. Die Durchschnittleistung des Saarbergmannes beträgt pro Monat nur 19 Tonnen. An einigen Tagen des Monats war bei der fraglichen Kameradschaft ein achter Mann beschäftigt, was das Gesamtergebnis nicht wesentlich verschleibt. Die Temperatur an der Arbeitsstelle betrug durchschnittlich 35 Grad Celsius. Tropen wurde neun Stunden pro Schicht geschuftet! Die Vergpolizei-Ordnung schreibt vor, daß bei Temperaturen über 20 Grad nur sechs Stunden gearbeitet werden darf. Wahrscheinlich die Bedenke ist ein Musterbetrieb. Weiter erzählen die sehr vorichtigen Vergleute, die das Schweigen unter der saarabischen Fuchtel gründlich gelehrt haben, daß die Wetterführung im Revier des Steigers Klein durchaus zu wünschen übrig ließ. In einem Bremsberg, der mit 18 Streben (Arbeitsorten) besetzt war, soll der Leberhau (Durchbruch zur Luftstrecke) nach der Nichtstrecke mehrere Wochen zu Bruch gelegen haben, so daß ein durchziehender Wetterstrom unterstunden war.

Die saarabische Hurrapresse behauptet ganz ungeniert, die Vorfahrer (Wetterkontrolleure) seien regelmäßig zwei Stunden vor der Belegschaft eingefahren, auch am Unglückstage, und sie hätten die Wetter gut befunden. Was davon zu halten ist, beweist die Tatsache, daß die beiden Vorfahrer noch vermisst werden und sich sicher bei den noch nicht geborgenen Toten befinden. Von der Explosion ist nur die Steigerabteilung des Steigers Klein betroffen und sind die Knappen dieser Abteilung sämtlich getötet und furchtbar verbrannt. Die Explosion war derart intensiv, daß das ganze Revier dieser Abteilung vollständig zerstört ist. In der dahinter liegenden Abteilung des Steigers Groß, aus der die Leichen jetzt erst geborgen wurden, hat die Explosion nicht tödlich und zerstörend gewirkt, was aus dem Umstande zu schließen ist, daß die Leichen unverteilt und vielfach in ineinander und betender Stellung aufgefunden wurden. Zweifellos erlitten diese Knappen erst den Erschütterungsdurchbruch durch Raschschwaden. Für diese Abteilung gab es keinen anderen Ausweg als zurück durch die zerstörte Abteilung Klein nach dem Einfahrtsschacht Reden. Das ist ein Umstand, der nach unserer Meinung nicht mit den bergpolizeilichen Vorschriften in Einklang zu bringen ist.

Das Unglück erhebt furchtbare Anklage gegen das saarabische System und die kapitalistische Ausbeutung.

Noch Lebende in der Grube?

Ein Telegramm aus Reden meldet:

Nicht Mann sollen in der Grube noch leben; sie machten sich durch Klopfen in der Richtung nach dem Heinrich-Schacht wahrnehmbar. Von dort sind zwei Feststellungen mit Rettungsmannschaften zur näheren Feststellung eingefahren.

Außerdem sollen noch neun Leichen in der Grube liegen. An ihrer Vergung wird gearbeitet. Man hofft sie im Laufe des Tages zu finden. Der erste Staatsanwalt in Saarbrücken, Rigge, leitete gestern die Untersuchung und vernimmt die Vergleute über die Ursache der Katastrophe. Am Vormittag ist eine Kommission in den Schacht eingefahren, bestehend aus dem Geheimen Oberbergamt Wehner (Berlin), Geheimen Bergamt Klose und Bergmeister Finer. Die Kommission untersucht an Ort und Stelle die Ursache und Wirkung der Explosion, um den Grund der Katastrophe festzustellen.

Neu, 31. Januar. Die Verginspektion der Reden-Grube zu Neunkirchen erklärt die Gerüchte, wonach die Möglichkeit bestehe, daß noch acht verschüttete Vergleute am Leben seien, für gänzlich unbegründet. Von den im Knappschachtslazarett Neunkirchen eingelieferten Vergleuten sind alle bis auf zehn entlassen worden; von diesen ist heute früh einer gestorben; die anderen sollen bald entlassen werden.

Die Leichenfeier.

Ueber die Leichenfeier am Mittwoch wird berichtet: Rings an den Wänden der Verleschalle waren 110 Särge aufgestellt. Jeder Sarg trug ein Blechschild mit dem Namen des Toten. 15 000 Menschen sammelten sich auf dem freien Raum vor der Leichenhalle in den verschiedenen Höfen und auf der Straße an.

Nachdem die Klänge eines Choralis verklungen waren, hielt Prinz Friedrich Leopold eine Ansprache. Sodann folgte eine Ansprache des Handelsministers Delbrück, in der wie in der vorausgehenden viel die Rede war von den reichen Mitteln, die zur Beseitigung der Not zur Verfügung gestellt werden würden. Es folgten noch Ansprachen der Geistlichen, dann zum Schluß noch der Vortrag eines Choralis.

Die Menge blieb nach der Feier noch am Plage und beschäftigte die Särge. Die 110 Toten, die man anwesend hatte, wurden in ihren Heimatsdörfern beigesetzt, während die nichterkannten Leichen noch aufgestellt blieben.

Aus der Partei.

Noch ein Aufreizungsurteil vor dem Reichsgericht.

Wegen Vergehens gegen die öffentliche Ordnung ist am 30. Mai v. J. vom Landgericht Breslau der Genosse Franz Klähs von der Breslauer „Volksmacht“ zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er hat ein 1. Mai-Gedicht von Leon Hally: „In Glanz und Glorien steigt der Tag empor“ veröffentlicht. In diesem, der „Bremer Bürgerzeitung“ entnommenen und nur mit einer kleinen Aenderung — eines Gedankenstriches — versehenen Gedichte hat das Gericht den Tatbestand der Aufreizung zu Gewalttätigkeiten erblickt. Genosse Klähs hat umsonst eingewendet, es sei in den Aufforderungen des Gedichtes selbstverständlich nur der friedliche Zusammenschluß der Arbeiter gemeint. Das kann nach Ansicht des Gerichts nicht aus dem Gedichte herausgesehen werden! „Die Wendungen lassen sich“, so heißt es im Urteil weiter, „auch harmlos auslegen; betrachtet man aber — wie es die Leser tun (?) — nur den Wortlaut und Sinn des Gedichtes, so ergibt

sich Aufreizung zur Gewalt.“ — Die Revision des Genossen Klähs rügte Verlesung des § 130. Der Reichsanwalt hielt aber den strafbaren Tatbestand für „annähernd festgestell!“ Der Angeklagte hätte prüfen müssen, ob die Leser das Gedicht so auffassen würden, wie er es angeblich wollte.

Das Reichsgericht erkannte auf Verwerfung der Revision.

Damit ist wieder ein Klassenjustizurteil bestätigt, das von der deutschen Arbeiterklasse mit Kopfschütteln und Ingrimm aufgenommen wurde. Denn jeder Klassenbewußte deutsche Arbeiter weiß, was die gelehrten Richter aus der Bourgeoisie nicht wissen, daß Genosse Klähs nimmermehr am 1. Mai 1903 zu Gewalttätigkeiten aufreizen wollte und daß kein halbwegs sozialistisch denkender Leser der Breslauer „Volksmacht“ eine andere Absicht in das Gedicht hineingelesen hat!

Deutsche Justiz.

Zu dem Prozeß des Genossen Thiele in Halle a. S., worüber wir bereits telegraphisch berichtet haben, wird uns noch mitgeteilt: Den ganzen Pfarrerstand des Konfistoriums Magdeburg sollte Genosse Ad. Thiele beleidigt haben. Er hat im Herbst 1905 für den Regierungsbezirk Merseburg einen Volkskalender herausgegeben, in dem er unter der Spitzmarke: „Der tugendhafte Pfarrer und der sündige Sozialdemokrat“ ein kleines Erlebnis eines sozialdemokratischen Dorfbewohners mit einem Pfarrer erzählte. Der Name des Pfarrers und der des Ortes waren nicht genannt worden. Thiele wies zunächst darauf hin, daß die Sache durch seine frühere Immunität als Abgeordneter verjährt und daß das Konfistorium der Provinz Sachsen zum Straf Antrag nicht legitimiert sei. Der Pfarrer, dessen Namen er vorläufig nicht nenne, könne ja im Königreich Sachsen oder in einem anderen Bundesstaate wohnen, denn es heiße ausdrücklich in dem Artikel: „In einem Dorfe, eine ganze Anzahl Meilen von Halle entfernt usw.“ Der Staatsanwalt kam zu der Ansicht, so etwas, wie in dem Artikel geschildert worden sei, passiere einem Pfarrer nicht, auch nicht in solcher Hall komme vor. Der ganze geistliche Stand sei durch den Artikel beleidigt worden und es sei gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von acht Monaten zu beantragen. Das Gericht hielt es ebenfalls für ausgeschlossen, daß ein Pfarrer sich in Freudenäußern umhertreibe und erkannte auf fünf Monate Gefängnis. — Das ist das erste Urteil gegen einen Sozialdemokraten nach den Stottentotenwahlen.

Eine Enthüllung bürgerlicher Lügen wider die Sozialdemokratie.

Mit der Beleidigungsklage der sozialdemokratischen Gemeinderatsmitglieder Emmel und Pfeffer zu Wülhausen i. G. gegen die „Straßburger Post“ und die „Wülhauser Bürgerzeitung“ beschäftigte sich am Montag die Strafkammer zu Wülhausen i. G. als Berufungsinstanz. Die „Straßburger Post“ hatte im Sommer vorigen Jahres der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion zu Wülhausen i. G. den Vorwurf gemacht, sie hätte auf dem Gemeindebau „Betteln- und Günstlingswirtschaft“ getrieben. Außerdem benutzte die „Straßburger Post“ die einfache Tatsache, daß Genosse Pfeffer vor Jahren einmal einige Tage hindurch die Stellung eines Portiers am Apollo-Theater versah und dabei die Ablebung eines französischen Tuchtrug, dazu, den Genossen Pfeffer in der rohesten Weise zu beleidigen. Die Mehrheit der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion strengte gegen die „Straßburger Post“ und gegen die „Wülhauser Bürgerzeitung“ sowie gegen den „Eppreh“, die die Anschuldhigungen durch Abdruck weiter verbreitet hatten, Klage an.

Im Urteil des Schöffengerichts wurde seinerzeit ausdrücklich festgestellt, daß der Vorwurf der Günstlingswirtschaft und Bettelnwirtschaft, der gegen die sozialdemokratische Gemeinderatsfraktion erhoben wurde, im Falle des Genossen Oiger, der bei der Einstellung in den städtischen Dienst begünstigt worden sein sollte, im Falle des Genossen Goldschagg, dem städtische Drucksachen zugeschlusst worden sein sollen, im Falle der Genossenschaftsbücherei, die bei Wolllieferungen für die Spital- und Armenverwaltung bevorzugt worden sein sollte, u. dergl. mehr in keiner Weise berechtigt war. Die drei genannten Blätter wurden bestraft. Nur in der Tatsache, daß Genosse Emmel wegen ihm zu Ohren gekommener Klagen über die Behandlung des Publikums durch den Gewerbegerichtsführer Köhler in einer Gemeinderatsbesitzung das vorgeschlagene Gehalt des Herrn Köhler als Kaufmannsgerichtsführer belämpft hat und in einer späteren Sitzung wieder dafür eingetreten war, nachdem ihm Herr Köhler inwieweit über sein Verhalten Aufklärung gegeben hatte, hielt das Schöffengericht den Wahrheitsbeweis einer Begünstigung für erbracht, weshalb Genosse Emmel Verurteilung gegen dieses Urteil einlegte. Genosse Pfeffer, dessen Einzelklage wegen Beleidigung seiner Person vom Schöffengericht seinerzeit abgewiesen wurde, erhob ebenfalls Berufung gegen das Urteil in seinem Falle.

In der Verhandlung vor der Strafkammer wurden nun, nachdem der Rechtsbeistand des Genossen Pfeffer, Herr Dr. Drehsch, wiederum erklärt hatte, es komme seinem Klienten keineswegs auf eine hohe Strafe an, die „Straßburger Post“ und die „Wülhauser Bürgerzeitung“ wegen Beleidigung des Genossen Pfeffer zu einer Geldstrafe von je 3 Mark verurteilt. In der Verhandlung machte der Vertreter der beiden besagten Blätter, Herr Rechtsanwalt Weich, den Versuch, durch Verbeugung einer harmlosen Angelegenheit, die mit der Sache gar nichts zu tun hatte, dem Genossen Pfeffer eine unehrliche Handlungsweise nachzuweisen. Als Kronzeugen in dieser Angelegenheit marschierten die Herren Wehbecher und Kufbauer auf. (Diese mußten vor längerer Zeit aus der Partei ausgeschlossen werden). Die beiden Zeugen sagten aus: Sie hätten „gehört“ (1), daß sich Genosse Pfeffer in der Zeit, als er die Stelle eines Portiers im Apollo versah, von einem Unterstützungsverein Krankenunterstützung ausgaben ließ, und Herr Wehbecher wollte speziell „gehört“ haben, daß Genosse Pfeffer deshalb der betreffenden Klasse einen Nebenunterschied habe, worin er sich selbst des Betrugs für schuldig erkannte. (1) Durch den Vorsitzenden und den Kassierer der betreffenden Unterstützungsvereine, die ebenfalls als Zeugen erschienen waren, wurde festgestellt, daß Genosse Pfeffer während der Zeit, als er die Portierstelle versah, überhaupt keine Unterstützung bezogen hat. Der ganze Vorfall reduzierte sich darauf, daß Genosse Pfeffer in einer anderen Zeit, als er einmal tatsächlich Kranke war und aus der Klasse die vorgeschriebene Unterstützung bezog, von einer Frau beim Holzzerkleinern und beim Belofahren einmal gesehen worden sein soll.

Die Verurteilung des Genossen Emmel im Falle Köhler wurde aus formalen Gründen — weil wegen desselben Urteils schon einmal Verurteilung erfolgt ist — abgewiesen. In der Urteilsbegründung wird aber ausdrücklich hervorgehoben, daß Genosse Emmel im Falle Köhler sich vollständig korrekt benommen habe und daß auch in dem Falle gegen ihn der Vorwurf der Günstlingswirtschaft in keiner Weise erhoben werden könne.

Damit ist endgültig gerichtlich erwiesen, daß die Vorwürfe der „Straßburger Post“ gegen die sozialdemokratische Gemeinderatsfraktion, daß sie auf dem Gemeindebau Betteln- und Günstlingswirtschaft getrieben habe, vollständig aus der Luft gegriffen sind.

Die russische Revolution.

Regierungs-Wahlmacherei.

Stolypin hat von Wilow gelernt. Er sucht nach Wilsons Muster Wähler zu fangen durch Wahlkundgebungen, die allerlei Schönes, aber möglichst wenig Greifbares, Bestimmtes versprechen und es an den obligaten Drohungen gegen den Umsturz nicht fehlen lassen. Es wird gemeldet:

Petersburg, 30. Januar. Der Präsident des Ministerrats sandte an die Generalgouverneure, Gouverneure, Präfekten und an den kaiserlichen Statthalter des Kantonus ein telegraphisches Rundschreiben, in dem darauf hingewiesen wird, daß seit Beginn der Wahlen gewisse politische Parteien die Propaganda für ihre Ideen mit Hilfe der Presse übertreiben, indem sie bemüht seien, die Handlungen und Absichten der Regierung falsch zu interpretieren, um den Erfolg der oppositionellen Kandidaten zu sichern. Der Präsident des Ministerrats stellt mit Bezug hierauf fest, daß die Vertreter der Regierungsgewalt sich nicht in den Kampf der Parteien mischen und die Wahlen nicht beeinflussen dürfen (!) und erklärt zum wiederholtenmal, daß die Generalgouverneure und Gouverneure die volle Freiheit bei den Wahlen sichern, stets nur gegen die revolutionäre Propaganda einzuschreiten und alle falschen Gerüchte über Handlungen und Pläne der Regierung dementieren sollen. Obgleich das Programm der Regierung bekannt sei, sei es immer wieder nötig, darauf hinzuweisen, daß ihre Politik nicht durch zufällige und vorübergehende Umstände beeinflusst sein kann. Die Regierung gibt die Versicherung, daß die Reichsduma, die der Hauptfaktor der Regeneration der Staatsordnung und der Staatsprinzipien sei und die das Recht der Initiative auf dem Gebiete der Gesetzgebung habe, in der Regierung einen aufrichtigen Mitarbeiter an ihrer fruchtbaren, schöpferischen und verführerischen Arbeit finden werde. Die Regierung, heißt es weiter, ist sich der ungeheuren Schwierigkeit bewußt, die die Lösung der mit der Umwandlung der politischen und sozialen Ordnung verbundenen Fragen unter den gegenwärtigen ungewöhnlichen Umständen bietet, deshalb ist die Regierung sicher, daß die Umwandlung des Reiches nur gelingen wird, wenn ihre Absichten in der Duma einer Kritik unterzogen und ihre Vorlagen dort eine eingehende praktische Erörterung erfahren. Unter voller Berücksichtigung der Rechte der Reichsduma bezüglich der Gesetzgebung, der Budgetbewilligung und der Interpellation wird sich die Regierung bei allen ihren Handlungen unswandelbar an die bestehenden Gesetze halten. Die strenge Beobachtung der Gesetze bietet die einzige Möglichkeit, das Vertrauen des Monarchen in die Regierung sowohl wie in die Reichsduma zu bewahren, sie ist daher die einzige Bedingung einer gemeinsamen Arbeit. Es ist notwendig, auf die Falschheit der Gerüchte hinzuweisen, nach denen die Regierung beabsichtige, die Reichsduma zusammenzuberufen, nur um sie aufzulösen und zu dem vom Kaiser verworfenen Regierungssystem zurückzukehren. Die Regierung verfolgt das Ziel, die Selbstregierung der Semstwo zu entwickeln und die Mittel der Semstwo und der Gemeinwesen vermehrt finanzielle Reformen zu vermehren. Ihr Hauptziel ist die Besserung der Lage der Bauern nicht nur durch Schaffung von Bodensonds, sondern auch dadurch, daß sie für jeden energischen und fleißigen Arbeiter die Möglichkeit einer eigenen Wirtschaftsführung schafft, ohne daß das Recht von anderen verlegt wird. Die Regierung bereitet ferner Gesegentwürfe zur Lösung der Arbeiterfragen, zur Regelung der Schulerhältnisse und der Lokalverwaltung vor. Daraus ist ersichtlich, welche großes Wert der Reichsduma, dem Reichsrat und der Regierung beborsteht. Die Umgestaltung des Reiches wird sich auf der Grundlage der Sicherung der Prinzipien der wahren Freiheit vollziehen, wie sie von dem Monarchen befohlen worden ist. Deshalb wird die Regierung alle verfolgen, welche Rechte antasten, wird Unruhen mit Strenge unterdrücken und über die Ruhe des Landes wachen. Sie wird zu diesem Zweck bis zur vollkommenen Verhinderung aller gesetzlichen Mittel anwenden, die ihr zu Gebote stehen.

Das Wahlmanifest betont sehr energisch den Entschluß der Regierung, die Duma, die Verfassung zu respektieren. Das mag als ein Zeichen der Tatsache gelten, daß eine Rückkehr zum unterdrückten Absolutismus den Herrschenden Ansehens angeht, aber die zeltliche Lage doch nicht rätlich erscheint. Der Zweck der Kundgebung ist der Rang bürgerlicher und bäuerlicher Wähler für die Regierung. Deshalb einerseits die kräftige Hervorhebung der Absicht der Regierung, sich nur gesetzlicher Mittel zu bedienen — was übrigens nicht viel heißen will, da die russischen Gesetze den Behörden alles zu tun gestatten — andererseits die mehrmalige Drohung wider den Umsturz. Denkende Wähler werden freilich fragen, wie die Regierung zum Beispiel die Landfrage, richtiger die Bauernfrage lösen will, ohne die Rechte anderer zu verletzen, das heißt wie sie den Bauern das ihnen so nötige Land verschaffen will, ohne es den Großgrundbesitzern zu nehmen. Bieviele solcher denkender Wähler es in Rußland gibt, müssen die Wahlergebnisse zeigen. Die Anstrengungen der Regierung, von denen dies Wahlmanifest ein Zeichen ist, den Wahlausfall günstig für sie zu gestalten, läßt fast darauf schließen, daß die bisherigen Resultate der Regierung nicht gefallen. Daraus deutet auch die folgende Meldung hin:

Petersburg, 31. Januar. Immer größer wird die Zahl der Klagen über die offizielle Wahlberichterstattung, die immer wieder von der Wahl eines Gemäßigten berichtet, während zuverlässige Privatberichte die Gewählten als Angehörige der extremen Linken, als Trudoviki oder als Kadetten bezeichnen.

Die Petersburger Telegraphenagentur wehrt sich allerdings gegen diese Anschuldigung und fordert die Zeitungen auf, in ihrem Bureau die Originalmeldungen einzusehen, die ihnen zeigen würden, daß die Agentur die Meldungen nicht fälsche, bezw. durch die Regierung nicht dazu gezwungen werde. Indes haben die Ableugnungen der Petersburger Telegraphenagentur in Rußland gerade so viel Wert wie die Dementis der „Nordd. Allg. Ztg.“ in Deutschland.

Wahlnachrichten.

Ueber die Reichstagswahlen in Mecklenburg

wird und von dort geschrieben:
Mit dem Ergebnis, das die Hauptwahl am 25. Januar in den sechs Wahlkreisen des Großherzogtums Mecklenburg-Schwerin und im Großherzogtum Mecklenburg-Strelitz, das einen einzigen Wahlkreis bildet, gebracht hat, können wir keineswegs befriedigt sein. Im 6. Wahlkreis (Rostock-Doberan), den wir 1903 sofort in der Hauptwahl behaupteten, nachdem wir ihn 1898 in der Stichwahl erobert hatten, sind wir jetzt wiederum in die Stichwahl gedrängt und im 1. Wahlkreis (Hagenow-Grevesmühlen), wie im 3. Wahlkreis (Parchim-Ludwigslust) sind wir an dritte Stelle gedrängt, obwohl wir seit 1890 in diesen Kreisen jedesmal in die Stichwahl gelangten. Was weit schwerer wiegt als diese Rückschlüsse, das ist die Tatsache, daß wir in allen sieben Wahlkreisen einen Stimmenrückgang verzeichnen müssen, der sich insgesamt auf 5813 Stimmen beläuft. Im einzelnen ergibt sich nach der amtlichen Ermittlung folgender Aufstellung:

Die Sozialdemokraten erhielten Stimmen bei der Hauptwahl

	1907	1903	
im 1. Wahlkreis	5675	6361	— 686
„ 2.	9676	10390	— 707
„ 3.	5762	6905	— 1143
„ 4.	5907	6298	— 391
„ 5.	12314	13998	— 1079
„ 6.	5541	6451	— 910
Mecklenb.-Schwerin	44 272	49 778	— 5506
„ Strelitz	6 059	6 898	— 807
In beiden Mecklenb. 50 331	56 144	— 5813	

Von je 100 gültigen Stimmen erhielten die Sozialdemokraten

	1907	1903	
im 1. Wahlkreis	29,9	36,2	— 6,8
„ 2.	36,7	43,5	— 6,8
„ 3.	29,7	38,8	— 8,9
„ 4.	28,6	34,9	— 6,8
„ 5.	43,0	51,0	— 8,0
„ 6.	32,4	38,6	— 6,2
„ 7.	29,9	34,1	— 4,2

Die Liberalen erhielten Stimmen bei der Hauptwahl

	1907	1903	
im 1. Wahlkreis	6 464	4 267	+ 2 197
„ 2.	8 071	6 704	+ 1 167
„ 3.	6 176	5 720	+ 456
„ 4.	4 357	2 784	+ 1 623
„ 5.	7 973	8 542	— 569
„ 6.	4 056	3 058	+ 998
Mecklenb.-Schwerin	37 097	31 025	+ 6072
„ Strelitz	5 483	4 653	+ 830
In beiden Mecklenb. 42 580	35 678	+ 6902	

Die Konservativen erhielten Stimmen bei der Hauptwahl

	1907	1903	
im 1. Wahlkreis	6 858	6 918	— 65
„ 2.	8 572	6 732	+ 1 840
„ 3.	7 438	5 218	+ 2 220
„ 4.	8 957	9 211	— 254
„ 5.	8 288	9 951	— 1 663
„ 6.	7 483	7 193	+ 290
Mecklenb.-Schwerin	47 588	50 168	— 2 580
„ Strelitz	8 622	7 496	+ 1 126
In beiden Mecklenb. 56 210	46 662	+ 9 548	

Die Rechtspartei bezw. zerstückelte Stimmen.

	1907	1903	
Im 1. Wahlkreis (Hagenow-Grevesmühlen)	11	32	— 21
„ 2. (Schwerin-Doberan)	18	62	— 44
„ 3. (Parchim-Ludwigslust)	11	69	— 58
„ 4. (Parchim-Baren)	4	45	— 41
„ 5. (Rostock-Doberan)	57	370	— 313
„ 6. (Rostock-Ribnitz)	—	43	+ 43
Mecklenburg-Schwerin	101	621	— 520
„ Strelitz	119	190	— 71
Weide Mecklenburg	220	781	— 561

In beiden Mecklenburg sind demnach Stimmen abgegeben worden:

	1907	1903	
für die Sozialdemokratie	50 331	56 144	— 5 813
für alle bürgerlichen Parteien	90 010	83 121	+ 6 889
also mehr für die bürgerlichen Parteien	48 679	26 977	+ 21 702

Aus dieser Aufstellung ergibt sich, daß alle Wahlkreise verhältnismäßig gleich an dem sozialdemokratischen Stimmenrückgang beteiligt sind; am stärksten ist von ihm der dritte und fünfte Wahlkreis, am geringsten der Strelitzer betroffen. Während die größeren Städte Rostock, Schwerin, Wismar der Sozialdemokratie einen Stimmenzuwachs gebracht haben, weisen viele der kleineren Städte einen wenn auch nicht erheblichen Stimmenverlust auf. Den weitesten größten Stimmenrückgang brachten in allen Wahlkreisen die Landbezirke. In den Bauerndörfern haben sich die kleinen Grundbesitzer (Widder nennt man sie hier zu Lande), als durchaus unüberlässige Wähler bewiesen. Diese kleinen selbständigen Existenzen bilden eine ähnliche soziale Schicht, wie die kleinen Handwerker und die kleinen Geschäftsleute in den Städten. Die eigentlichen Landarbeiter, soweit sie in den Bauerndörfern wohnen, sind uns durchweg treu geblieben, trotz aller Verleumdungsversuche des Reichsvereins. Sie haben sich als treue Kerntruppe bewährt. Einen weiteren Lichtblick in dem Wahlergebnis bildet die Tatsache, daß sich in allen Wahlkreisen die Zahl der Gutsdörfer ganz erheblich vermehrt hat, in denen von den Tagelöhnern, wenn auch nur vereinzelt, sozialdemokratische Stimmenzettel abgegeben sind. Diese Tatsache ist nur richtig zu würdigen, wenn man bedenkt, daß jedes Gutsdorf einen eigenen Wahlbezirk bildet, daß also die Arbeiter direkt unter den Augen ihres „Herrn“ an den Wahlzettel treten müssen.

Um die Schwierigkeiten, mit denen die sozialdemokratische Agitation in Mecklenburg zu rechnen hat, richtig zu bewerten, darf nicht außer acht gelassen werden, daß in ganz Mecklenburg mit Ausnahme von Rostock, Wismar und dem kleinen Flecken Lübbow, wo seit einigen Jahren ein Kalibergwerk in Betrieb gesetzt ist, so gut wie gar keine Großindustrie besteht, und daß der Bevölkerungszuwachs gleich Null ist. Im letzten Jahrzehnt hat sich nur die Einwohnerzahl in den größeren Städten vermehrt, die Kleinstädte und die gesamten Landbezirke sind sogar in ihrer Bevölkerung zurückgegangen. Es liegt auf der Hand, daß es die energischsten und intelligentesten Elemente sind, welche abgewandert sind.

In allen sieben mecklenburgischen Wahlkreisen findet am 2. Februar Stichwahl statt. In fünf Wahlkreisen haben wir Sozialdemokraten mit den Konservativen um den Sieg zu kämpfen. Zwar nennt sich im fünften, im Rostocker Wahlkreise, der Stichwahlgegner nationalliberal, aber da er vom konservativen nationalliberalen Nichtswasch auf den Schild erhoben ist, so find in der obigen Aufstellung seine Stimmen den Konservativen zugerechnet. Im ersten und dritten Wahlkreise kommt der liberale Kandidat in Stichwahl. Hier würden die sozialdemokratischen Wähler für die Liberalen die Entscheidung geben, vorausgesetzt, daß die liberalen Kandidaten die vom Parteivorstande geforderten Garantien darbrächten.

Mögen die Stichwahlen ausfallen wie sie wollen, darauf können sich die Parteigenossen in ganz Deutschland verlassen: wir Mecklenburger werden alles daran setzen, den am 25. Januar erlittenen Rückschlag weitzumachen.

Ein recht bitterer Vermutungsstropfen im Freudentropfen der sächsischen Prozentpatrioten

ist der Wahlausfall im 16. sächsischen Reichstagswahlkreise, Chemnitz. Im Jahre 1903 erhielt Genosse Schippel einen riesigen Stimmenzuwachs. Von 24 772 Stimmen im Jahre 1898 schenkte die sozialdemokratische Stimmenzahl auf 34 286 empör. Infolge der Mandatniederlegung Schippels fand am 18. Februar 1906 eine Nachwahl statt. Kurz vorher hatten die sozialdemokratischen Wählerrecht-demonstrationen das Kleinbürgertum und viele Mittläufer auf das bestigste erschreckt. Bei einer während betriebenen Agitation der Gegner, besonders der Freisinnigen, die ihren Landtagsabgeordneten Günther-Flauren als Kandidaten aufgestellt hatten, ging die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen, die Genosse Roske erhielt, auf 31 628 herab. Bei der jetzigen Wahl haben die bürgerlichen Parteien auch im Chemnitzer Wahlkreise dieselbe ständische Agitation betrieben, wie in Dresden und anderen Orten und am Wahltag selbst den umfangreichsten Schlepperdienst eingerichtet, während unsere Genossen keine Wahlstimmen besaßen. Die Gegner haben auf das bestimmteste, wenn auch nicht auf ihrem Sieg, so doch mit einem abermaligen Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen gerechnet. Sie sind gehörig enttäuscht worden. Genosse Roske erhielt nach der amtlichen Feststellung 34 547 Stimmen, das sind gegenüber der Nachwahl vom Februar vorigen Jahres 2019 mehr und 281 mehr als im Jahre 1903. Die Gegner vermochten zwar ihre Stimmenzahl etwas zu steigern, doch erhielt

Genosse Roske noch 10 878 Stimmen mehr als alle Gegner, das Zentrum eingeschlossen, zusammen. Auch in einem sächsischen Kreise war es also möglich, trotz der unerhörtesten Degeneration der bürgerlichen Parteien neue Anhänger für den Sozialismus zu gewinnen.

Wahlanfechtungen.

Man schreibt uns aus Baden:

Nach den aufregenden Debatten, welche im vorigen Jahre in der Zweiten badischen Kammer wegen der Wahlbeeinflussungen geführt wurden, durfte man erwarten, daß bei der Reichstagswahl die Versuche gegen die Wahlordnung nicht mehr so reich ausgeübt würden. Aber der „patriotische“ Charakter der Hottentottenwahl machte es dem guten Bürger geradezu zur Pflicht, das Wahlschlückburrupatriotisch mit den verwegendsten Mitteln zu korrumpieren. Als Beispiel diene folgendes Bild, welches unsere Kehler Genossen bei einer am 25. Januar vorgenommenen Orientierungskreise durch einige Orte des Amtbezirks Kehl (sog. Hanauerland) zu sehen bekamen. Der Isolierraum war häufig so hergestellt, daß man ein Stück Tuch im Wahllokal irgendwo aufgehängt hatte. Die Wähler wurden in manden Bezirken dem Ortspolizeidiener in Vormundschaft gegeben. In Kork sah er in seiner Werkstatt, die Wähler mußten bei ihm den offiziellen Umschlag in Empfang nehmen und ließen sich dabei zugleich den nationalliberalen Wahlsattel hineinstecken, damit sie über jeden Zweifel an ihrer politischen Gesinnung erhaben sind. In dem Dorfe Ling bemerkten unsere Genossen, daß in der „Dunkelkammer“ mehrere Personen zugleich verlehrt. Der Polizeidiener war in dem Isolierraum und half den Bauern, die liberalen Zettel in die Umschläge stecken. Als auf Befragen durch unsere Genossen der Wahlvorsteher — der sich diese Einrede verbat — es so darstellen wollte, als sei der Polizist nur zufällig hinter der Gardine, weigerte sich der Vertreter der Hermandad herauszukommen, und berief sich auf den bei der Wahlöffnung ihm erteilten Befehl. Er blieb weiter im Isolierraum. Wie unangenehm den Wahlvorständen diese unerwartete, von den Sozialdemokraten ausgeübte Kontrolle war, zeigt die Tatsache, daß in mehreren Orten telephonisch beim Bezirksamt in Kehl angefragt wurde, ob man die lästige Aufsicht nicht hinausbefördern soll. Es liegt ein systematische, übrigens nach alter Gewohnheit verübte Wahlbeeinflussung vor, derenwegen das Wahlkomitee des 7. Kreises einen Protest einreichen muß. Würde es sich um eine Landtagswahl handeln, so erfolgte die Festsetzung der Wahl auf prinzipiellen Gründen. Anlässlich einer früheren Reichstagswahl ist in einem Orte dieses Bezirkes das Wahlkomitee mit Gefängnis bestraft worden, weil für alle nicht erschienenen Wähler die Zettel in die Urne gelegt wurden, um ein einmütiges Resultat zu erzielen. Es gehörte früher zu den Eigentümlichkeiten dieses Bezirkes, daß in den meisten Orten familiäre Wahlberechtigte abstimmten und familiäre Stimmen für den liberalen Kandidaten abgaben. Da auch Verstorbene und Ortsabwesende gewählt hatten, kam man in einem Falle hinter die Schliche. Die Zentrumspresse erinnert daran, daß man einmal dem Kehler Oberamtmann empfahl, den Hanauer Bürgermeister-ämtern die genaueste Befolgung des Wahlgesezes noch ganz besonders einzuprägen, namentlich die Bestimmung, daß die Wahl öffentlich und die Stimmenfeststellung kontrollierbar ist; da soll der Herr Oberamtmann haben, aus den Wahllokalen wegzulaufen, weil die Kontrolleure befürchten mußten, geprügelt zu werden.

Wahlschwindel in Franken.

In Puncto Wahlschwindel hat der „nationale“ Nichtswasch besonders auch in den fränkischen Wahlkreisen ganz erhebliches geleistet. Hauptächlich war dies der Fall in dem durch die Sozialdemokratie stark gefährdeten Wahlkreise Bayreuth. Hier arbeiteten die zahlreichen Abgeordneten des Reichsverbandes mit den allerbedenklichsten Mitteln, um den Blokkandidaten herauszureißen. Ein geradezu gemeingefährliches Spiel wurde mit den Arbeitern der im Wahlkreise stark vertretenen Textilbranche getrieben. Am Tage vor der Wahl wurde ihnen von den Leitern in den Fabriken ein kleines Stückchen Baumwolle präsentiert, das angeblich aus unseren deutschen Kolonien stammte. Dabei sagte man ihnen, daß in drei bis vier Jahren der ganze Baumwollbedarf der deutschen Textilindustrie aus den Kolonien gedeckt werden könne, die Produktionskosten sich dann ganz bedeutend verringern und die Arbeitslöhne um den Betrag, um den die Produktion sich verbilligen werde, erhöht würden, was für jeden Arbeiter einen Mehrverdienst von wünschlich 3 bis 5 M. bedeuten würde. Ein großer Teil der Arbeiter, die politisch noch wenig geschult sind, ließ sich durch solchen Schwindel einfangen.

Einen ähnlichen Versuch verübten die Liberalen an den Steinarbeitern im Mainlandsteingebiet. Man suchte sie durch die Drohung einzuschüchtern, daß, wenn in diesen Bezirken eine bestimmte Anzahl sozialdemokratischer Stimmen abgegeben würden, die Gebrüder Bletter, die bedeutendste Steinbrudfirma, ihre Betriebe schließen würden. Auch auf diesen Schwindel fielen viele Arbeiter hinein, da sie vielfach etwas Grundbesitz haben und an die Scholle gefesselt sind. Den Arbeitern der Maschinenfabriken wurde vorgeschwunden, daß die Maschinenindustrie ohne den Absatz nach den Kolonien (!) nicht existieren könne.

Auch kleinere Betrügereien kamen vor. So kamen unsere Genossen in Schweinfurt dahinter, daß ein nicht wahlberechtigter Zimmermeister, der Armenunterstützung bezieht, von Liberalen Herren überredet wurde, für seinen kranken Sohn abzuhimmeln. Werktüchtig ist, daß der Wahlvorsteher nicht hinter den Schwindel kam; der Sohn ist 30, der Vater 72 Jahre alt.

Biefsach arbeitete der ganze behördliche Apparat für den Blokk. Aus zahlreichen Orten werden amtliche Wahlbeeinflussungen gemeldet. Das originellste wurde in Wunsiedel geleistet. Dort ließ der Stadtschreiber, um die patriotische Begeisterung anzufachen, am Wahltag mittags vom Turme herab die „Wacht am Rhein“ blasen!

Zu welchen Mitteln gegriffen wurde, um liberale Wahlversammlungen zustande zu bringen, zeigt folgender Fall. In der Ortshaupt Sacherreuth bei Wunsiedel ließ der Bürgermeister bei den männlichen Gemeindegliedern ein Schriftstück zurücklegen, in dem die Herren Oekonomen, alt und jung, im Auftrage des Herrn Oberamtsrichters von Bunziedel aufgefordert wurden, zu einer bestimmten Stunde in einem Gasthaus in Alexandersbad zu erscheinen. Die Leute waren der Meinung, es handle sich um eine Kellerverkehrsversammlung, und sanden sich pünktlich in dem bezeichneten Gasthause ein, wo sie zu ihrem Erstaunen gewahrt wurden, daß sie in eine liberale Wahlversammlung geraten waren.

Wilhows Sommerfisch wählt rot.

Auf Rorderney sind 169 sozialdemokratische Stimmen für den Genossen H. Wagner-Vant abgegeben worden; dagegen erhielt der konservative Standesgenosse des Reichsanzlers, Fürst Antyp-hausen, auf Wilhows Sommerfisch nur 130 Stimmen. Auch in dem „Jubentreiben“ Nordseebad Worium erhielt der Sozialdemokrat eine ganz beträchtliche Stimmenzahl. Im ganzen hat in dem überwiegend ländlichen ersten hannoverschen Wahlkreise die Sozialdemokratie um 2000 Stimmen zugenommen.

Aus dem Wahlkreise Eisenach-Deumabach

wird uns zu unserem vorgestrigen Bericht über die Wahlen im Großherzogtum Sachsen-Weimar mitgeteilt, daß der Stimmenzuwachs des Antisemiten Schack kein wirkliches Reden von antisemitisch gesinnten Wählern bedeutet, sondern daher rührt, daß ihm annähernd 2000 Zentrumstimmen im ersten Wahlgange zufielen. Die Zentrumspartei hatte diesmal keinen Wahlkandidaten aufgestellt. Nur dadurch ist der Antisemit in die Stichwahl gekommen. Schack, der mit seinen Hamburger Handlungsgehilfen alle möglichen Wahlmanöver gemacht, hat dem Zentrum, um seine Stimmen zu erhalten, die größten Versprechungen gemacht. Er wurde vor der Hauptwahl darauf festgenagelt, war aber so led, alles zu leugnen. Jetzt bringt die „Huldaer Zeitung“ einen Artikel, wonach Schack wirklich, um die Stimmen des Zentrums zu erhalten, ihnen größere Konzessionen gemacht hat! Eine feine Sorte Politiker, diese Antisemiten!

Stichwahltermine.

Die Stichwahlen in Oldenburg sind auf den 5. Februar anberaumt. - Die Stichwahlen in der Pfalz finden am 4. Februar statt. - Für Völkfeld - Biedendbrück ist die Stichwahl auf den 4. Februar anberaumt worden. - Für den schleswig-holsteinischen Wahlkreis Dittensen - Sinneberg, wo Genosse v. Elm zur Wahl steht, auf den 2. Februar.

Stichwahlparolen.

Aus der Pfalz wird gemeldet: Im 1. pfälzischen Wahlkreis Ludwigshafen hat sich das Zentrum in einer Versammlung für strikte Wahlenthaltung ausgesprochen. - Dadurch scheint die Wiederwahl des Genossen Ehrhart entschieden. Für den 4. Wahlkreis (Pirmasens) hat die Sozialdemokratie Stimmhaltung beschlossen. - Es streiten Zentrum und Nationalliberale. Das Zentrum hat 480 Stimmen Vorsprung.

In Wochum haben die Vertrauensmänner der Zentrums-Partei beschlossen, den zur Stichwahl stehenden nationalliberalen Kandidaten energisch zu unterstützen unter der Bedingung, daß sich die Nationalliberalen bindend verpflichten, in Köln für die Wahl des Zentrums kandidaten einzutreten.

In Mainz wollen die Nationalliberalen für den Zentrums kandidaten eintreten, in der zuversichtlichen Annahme, daß das Zentrum in Hanau den nationalliberalen Kandidaten unterstütze. (7) Nach Blättermeldungen soll das Zentrum dazu entschlossen sein. (7)

In Frankfurt a. M. treten die Konservativen und die Mittelständler für den Kandidaten der demokratischen Volkspartei Dejer ein.

Weiße Raben sind die Linkliberalen Nürnbergers. Aus dieser Stadt wird vom 31. Januar gemeldet: Eine zahlreiche öffentliche Versammlung der demokratischen Vereine Nürnbergers, an welcher Vertreter aller linken Parteien teilnahmen, faßte zu den Stichwahlen folgende Resolution: Angesichts des Ausgangs der Reichstagswahlen erachtet die Versammlung es als dringend erforderlich, bei den bevorstehenden Stichwahlen 1. überall da, wo ein Sozialdemokrat mit einem Reaktions- gleichviel ob liberaler oder agrarischer Herkunft - im Kampfe steht, jeder Demokrat und Liberale für die Wahl des Sozialdemokraten nicht und stimmt, 2. desgleichen überall dort, wo ein Demokrat oder ein entschieden Liberaler mit einem Reaktions- um das Mandat ringt, die Sozialdemokratie entschieden und entschlossen für die Wahl des Liberalen eintritt.

Wenn der Liberale nicht selbst ein Reaktions- ist, oder, gegen den Kandidaten der zweiten Stichwahlpartei gehalten, nicht geringere Garantie für die Erfüllung der in der sozialdemokratischen Stichwahlparole angeführten Punkte gibt als jener, wird die letztere Forderung der Linkliberalen Nürnbergers sicher erfüllt werden.

Zu den weißen Raben gehören auch die Freisinnigen in Jena. Ein Privattelegramm meldet uns von dort unterm 31. Januar:

Der freisinnige Verein beschloß, in der Stichwahl für den sozialdemokratischen Kandidaten Luterer einzutreten.

Anders geartet ist leider der Freisinn des benachbarten Altenburg. Dort hat der liberale Landesverein beschlossen, für die Wahl des freikonservativen Kandidaten Kommerzienrat Schmidt-Altenburg einzutreten, für einen der schlimmsten Scharfmacher und erklärten Wahlrechtsfeinde! Um die Ehre des Freisinn etwas zu verdecken, ist freilich folgendes Abkommen zugegriffen worden:

1. Schmidt wird für die Verbeibehaltung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts eintreten. Er erhält zugesanden, daß sein Eintreten für einen ebenbürtigen Antrag auf Einführung der Wahlpflicht nicht als Verstoß dagegen angesehen werden soll. Sollte seitens der Regierung eine Milderung des bestehenden Reichstagswahlrechts beabsichtigt werden, so verpflichtet er sich, beim ersten Bekanntwerden dieser Absicht, sofort sein Mandat niederzulegen, um auf alle Fälle eine Neuwahl vor der ersten Abstimmung zu ermöglichen. 2. Geh. Kommerzienrat Schmidt verpflichtet sich, gegen jede Erhöhung vorhandener oder Neueinführung weiterer indirekter Steuern zu stimmen. 3. Geh. Kommerzienrat Schmidt wird überhaupt gegen Maßnahmen stimmen, die zu einer weiteren Belastung der großen Masse der Steuerzahler durch Zölle und andere Maßnahmen führen könnten. 4. Geh. Kommerzienrat Schmidt verpflichtet sich, für die Weiterführung der Sozialgesetzgebung einzutreten.

Der Herr Kommerzienrat hat's ja offenbar dringend nötig, in den Reichstag zu kommen, da er eine solche Verleugnung des freikonservativen Programms auf sich nimmt. Aber der Verrat des Freisinn wird dadurch nicht um ein Haar besser. Daß die Mandatniederlegung Schmidts im Falle eines Anschlages auf Reichstagswahlrecht einfach die Altenburger Wähler von jeder Einwirkung auf die wichtigste Angelegenheit, die es für deutsche Wähler geben kann, ausschließen würde, haben das die freisinnigen Politiker nicht erkennen können? Und was ist „erstes Anzeichen“ der Regierungsbildung? Solche Pläne verrät die Regierung nicht vor dem Einbringen im Reichstag und nichtamtliche Redaktionen, die wahrheitsgemäß von der „Nordd. Allgem. Ztg.“ prompt dementiert wurden, wird Herr Schmidt jedenfalls für bedeutungslos erklären. Bei der Einbringung einer Wahlrechtsreformvorlage aber kommt die Niederlegung des Mandats viel zu spät! Man bemerke ferner, daß Herr Schmidt offenbar seine sehr eigenen Ansichten darüber haben wird, was eine „Belastung der großen Masse“ ist. Man beachte ferner die unbestimmte Fassung des Punktes „Weiterführung der Sozialreform“! Darunter wird Herr Schmidt wahrscheinlich die Annahme des Gesetzesentwurfs über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, dieses Anschlages auf die Gewerkschaften, auf das Koalitions- und Streikrecht verstehen, und von seinem Standpunkt aus mit Recht. Man beachte endlich, daß des Koalitionsrechtes, das von einer konservativ-nationalliberalen Koalition aufs schärfste bedroht ist, in dem Abkommen gar keine Erwähnung getan wird. Kurz - freisinniger Verrat an freisinnigen Programmpunkten.

Auch in der freisinnigen Vereinigung gibt es Kreise, die lieber die Reaktion als die Sozialdemokratie unterstützen. So schreibt das Blatt der Freisinnigen Vereinigung zu Danzig, die „Danziger Zeitung“:

„Unserer Erachtens hätte der Vorstand besser getan, diese leicht nur zu neuen Mißdeutungen führende „Entscheidung“ zu unterlassen. Die Wähler im Lande sind wahrhaftig selbständig und verständig genug, um ganz von selbst darüber klar zu sein, was sie bei den Stichwahlen zu tun haben. Von den Freisinnigen im Wahlkreis Danzig-Land wissen wir, daß sie, ebenso wie gegebenenfalls wir in Danzig, nicht erst auf Parole von Berlin zu warten, sondern ohne weiteres für den freikonservativen Kandidaten einzutreten gewillt sind.“

Stichwahlparolen.

Eine nette Sorte „Linkliberale!“

In den Stichwahlen in Nordbayern.

In Nordbayern steht die Sozialdemokratie in den Kreisen Würzburg und Fürtz mit den Blockkandidaten in Stichwahl. In Würzburg hat unser Kandidat Ungel 8278, der Block 7014, der Bauernbündler 4581 Stimmen, außerdem wurden 998 Zentrumsstimmen abgegeben. Hier wird es davon abhängen, wie die Bauernbündler sich verhalten, ob sie sich zum Teil der Stimme enthalten. Wir werden noch einige tausend Stimmen aus der Reserve herausbringen können. Die Zentrumsleute werden jedenfalls Stimmhaltung abgeben.

Im Wahlkreis Fürtz hat unser Kandidat Segly 14142 Stimmen, der Blockkandidat 11059, der Bauernbündler 6167, der

Zentrumsmann 1513 Stimmen. Auch hier hängt die Entscheidung zum Teil von dem Verhalten der Bauernbündler ab.

In Ansbach-Schwabach steht der Blockkandidat Quibbe gegen den Bauernbündler Gufnagel (6161 gegen 7421 Stimmen). Die Sozialdemokratie hat bei der Hauptwahl 5100 Stimmen erzielt, so daß bei ihr die Entscheidung liegt.

In Würzburg hat der Block mit dem Zentrums kandidaten die Stichwahl ausgesprochen. Das Zentrum hat 10022, der Block 6016, die Sozialdemokratie 5840 Stimmen, so daß wir auch hier den Ausschlag geben können.

In Forchheim-Kulmbach haben Zentrum und Block ebenfalls miteinander zu strecken, das Resultat entscheidet die Sozialdemokratie.

Das Nürnbergger Zentrumsorgan veröffentlicht eine Aufforderung des Wahlkomitees der Zentrums-Partei, worin die Zentrums wähler im Wahlkreis Fürtz-Erlangen aufgefordert werden, bei der Stichwahl für den sozialistischen Kandidaten zu stimmen, während in den sozialdemokratischen Blättern Nordbayerns der Hauptvorstand unserer Parteiorganisation die sozialdemokratischen Wähler auffordert, in Forchheim-Kulmbach für den Zentrums kandidaten zu stimmen und in Würzburg sich der Stimme zu enthalten.

Der Wahlkampf in der Provinz Brandenburg.

Aus dem Kreise Stettin-Sprengberg.

Die bevorstehende Stichwahl zwischen Dr. Vornstein (Soz.) und dem Reichsparteiler v. Dirksen ruft unsere Parteigenossen noch einmal auf den Plan. Die Gegner machen die größten Anstrengungen, um die den Ausschlag gebenden Freisinnigen zu reklamieren. Keine Kosten werden gespart, um den Stimmeneingang zu treiben. In alle Schichten der Bevölkerung werden entsprechende Flugblätter verschickt, in welchen die gemeinsten Lügen über die Sozialdemokratie verbreitet werden. In welchem geradezu erbärmlicher Weise die sog. Geistesheroen der bürgerlichen Gesellschaft ihre politischen Gegner beschimpfen, geht aus einer Rede des Kandidaten der Reichspartei, dem bekannten Gräywurstragator v. Dirksen hervor, der am Dienstagabend in Gemeinschaft mit dem Hauptling des Reichsbundes Grözell v. Liebert in Stettin eine Vorstellung für unsere Kolonialschwärmer inszenierte, die denn auch den Erfolg hatte, daß sich einige der freisinnigen Partei angehörige Herren für den reaktionären Kandidaten erklärten. Der gebildete Geh. Legationsrat entwarf in seinem Schlusswort unter dem tosenden Beifall seiner Trabanten folgendes Bild von den Führern der Sozialdemokratie: Ein Autrid, der den Kreis Stettin-Sprengberg vertritt, predigt die freie Liebe, die er im Ehebruch mit der Frau seines besten Freundes in Paris durchführte. Kronz und Bebel wollen mit ihrem sonst verächtlichen Wammion keinesfalls für die Gleichheit und Brüderlichkeit eintreten. Rosa Luxemburg, die trotzdem, daß sie verheiratet, in treuester Seelengemeinschaft mit ihrem Sekretär in Russland lebte, hat auch nicht einen Finger krümmen gemacht, als der fäule Sekretär verhaftet und zu fünfjähriger Strafe verurteilt wurde. Stadthagen, der einst gelobt hatte, künftig noch ruppiger zu werden, der ehrenrätlich wegen Gebührensüberhebung aus dem Rechtsanwaltsstande ausgestoßen worden ist, kann es nie von seinen Hochschätzen abschütteln, daß er als Sozialdemokrat Vortracher getrieben hat, indem er selbst Terminspekulationen in Getreide im großen Stille betrieb hat. Ede Vornstein, die lächerlichste Figur unter den roten Volksvertretern, den aber Breslau glänzend an die frische Luft gesetzt hat, hat sich und seine Partei damit unsterblich hianiert, daß er auf dem Tische des Reichstages eine Krugel niederlegte, die angefüllt von der Polizei gegen Unschuldige abgeschossen worden war. Zum allgemeinen Gaudium entdeckte aber ein Sachverständiger, daß das vermeintliche Anschauungsobjekt eine noch unabhagelose Patronen war. Vornstein versuchte also ganz nach sozialdemokratischem Muster, „mit erstuntem Material Kamm zu schlagen“. Koch erwähnte Herr v. Dirksen den 1867 wegen Desertion aus dem Heere ausgeföhrenen v. Bollmar in Bayern, freiste den delikaten Singer - Mantelträgerin Frau Schettler - um darzutun, daß solche sozialdemokratischen Volksvertreter geradezu eine Beleidigung für das deutsche Reichsparlament sind.

Gläubte der edle Baron mit diesen - gewöhnlichen Verdächtigungen bei den Arbeitern Stimmeneingang zu treiben, so hatte er sich gründlich getäuscht. Der Unwille, der in der von über 16000 Menschen besuchten Versammlung am Mittwochabend zum spontanen Ausdruck kam, als Genosse Schubert-Verlin diese Annäherung auf ihren wahren Wert zurückführte, bewies, wie von den Arbeitern diese Pädlerade aufgenommen wurde. Sollten wir, so führte Schubert aus, auch nur im entferntesten alle die Personen der honesten Bürgerlichen, ja selbst nur Parlamentarier, auf ihren sittlichen Wert hin prüfen, der famose fröhliche Führer der Konservativen, Freiherr v. Hammerstein, würde einen sehr großen Kreis von Gefinnungs-genossen erhalten, so zahlreich sind die Verfehlungen dieser Eblen. Welche Enttäuschung würde sich erheben, wenn die Sozialdemokraten derartige persönliche Angelegenheiten zum Gegenstand ihrer politischen Kampfesweise machen würden.

Auf einen großen Klotz gehört ein großer Keil und so siehe er nicht an zu erklären, daß dieser Dirdien teils unerhebliche Vor-kommnisse entstellt, teils große Unwahrheiten (der Redner gebrauchte einen schärferen Ausdruck) vorgebracht habe, um elenden Stimmeneingang zu treiben. Mit dem Versprechen, am Tage der Stichwahl nur auf eigene Kraft zu bauen, schloß die imposante Versammlung.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

An die Arbeiterschaft Berlins und der Umgegend!

Die Automobilroschäfenführer, welche von einem großkapitalistischen Unternehmern jetzt die fünfte Woche ausgesperrt sind, weil sie sich nicht die unerhörte Lohnreduzierung von 33 1/2 Proz. und Aufhebung einer für die Führer unannehmbaren Fahrordnung gefallen lassen wollen, treten mit der Bitte an das geehrte Publikum und die Arbeiterschaft heran, sie in ihrem Kampfe weiter zu unterstützen. Die Unternehmer erlassen in bürgerlichen Blättern Aufrufe und Warnungen, worin sie die Arbeit und den Verdienst der Führer sehr rosig schildern, und sinkern von einem täglichen Verdienst der Führer von 8 M., welcher Lohn wohl ab und zu mal von einigen Führern, die ganz besonders vom Glück begünstigt sind, erreicht werden kann, aber lange nicht der Durchschnittslohn derselben ist. Der Durchschnittslohn, den die Führer im letzten Jahre erreicht haben, beträgt nach dem Lohnbüchern vom vorigen Jahre nicht mehr als 5,50 bis 6 M. pro Tag. Das heißt, auch dieser Verdienst kommt nur für 295 Tage im Jahre in Frage, während in der übrigen Zeit die Wagen zur Reparatur sind. Nach der neuen Ordnung würde sich der Verdienst auf zirka 4 bis 4,50 M. reduzieren, wodurch der Führer nicht imstande ist zu existieren, denn man muß in Betracht ziehen, daß sich die Automobilroschäfen in nächster Zeit bis auf zirka 1000 vermehren und sich der Arbeitsverdienst dann dementsprechend verteilt. Außerdem fordern die Unternehmer eine Kaution von 80 M., welche nach Lage der Sache nie wieder zu beziehen ist. Von dem Verdienst gehen aber noch die hohen Steuern ab, mit denen die Polizei die Autoführer bei der geringsten Kleinigkeit belegt. Diese Strafmandate lauten selten unter 20, oft aber über 100 M. Der polizeilich vorgeschriebene Anzug kostet 150 bis 200 M.

Die Betriebsordnung zu besprechen würde hier zu weit führen. Es sind darin nur Pflichten enthalten, aber keinerlei Rechte. Außerdem sollen sich die Führer einem von den Unternehmern selbst eingerichteten Arbeitnachweis unterwerfen, also der Einführung einer Straf- und Folterkammer zusehen nach Art der Knechtmänner-Nachweise, wogegen sich die Führer mit aller Macht wehren. Wenn ein Arbeitnachweis geschaffen wird, kann dies nach Ansicht der Führer nur auf partieller Grundlage geschehen.

Wir machen darauf aufmerksam, daß die Kollegen, welche jetzt auf der Straße fahren, bei den 65 Firmen beschäftigt sind, welche zu dem früheren Lohnsatz und Bedingungen fahren lassen, und daß die Führer von der Organisation mit Legitimationskarten versehen sind. Die Führer sind Mann für Mann organisiert und steht die Sache für sie sehr günstig.

Aus den Reihen der Führer ist noch nicht ein einziger abtrännig geworden. Bis jetzt haben sich zwölf Arbeitswillige ausbilden lassen, welche glauben, jetzt die Zeit ausnützen zu müssen, um ihr Heu ins Trockene zu bringen. Es sind meist kleine Geschäfteleute. Da nun aber aus anderen Verufen sich noch so viel Leute durch die verlodenden Annoncen im „Lokalanzeiger“ fangen lassen und nach derartigen Betrieben anfragen gehen und viele organisierte Genossen glauben, jetzt billig fahren zu lernen, bemerken wir, daß dies Käufchung ist. Dem Anfänger wird erst die erwähnte Kaution abgenommen und nach einiger Zeit wird ihm zu verstehen gegeben, daß er noch 50 M. Lehrgehd zu zahlen habe!

Die Halsketteigkeit ist in diesem Kampfe nicht auf Seiten der Führer zu suchen. Sie haben den Unternehmern dadurch die Hand zum Frieden geboten, daß sie einen Vermittelungsvorschlag machten von 17 Proz. und Festlegung eines Tarifvertrages. Aber auch damit sind die Herren nicht zufrieden, sondern sie wollen alles haben.

Wir bitten um keine materielle Unterstützung. Vor Sorgen sind wir durch unsere Organisation geschützt. Aber wir bitten dringend, daß ihr alle diejenigen aufmerksam macht, die das Bestreben zeigen, jetzt Autobroschäfenfahren zu lernen und ihnen abrätet. Wenn es uns gelingt, die Betriebe ferner so rein von Arbeitswilligen zu halten, wie es uns jetzt 6 Wochen lang gelungen ist, und die Arbeiterschaft uns darin unterstützt, werden die Unternehmer sich wohl bestimmen, ob sie leicht gut tun, sich mit ihren alterfährhundigen und dadurch verletzlicher gewordenen Fahrern wieder zu einigen.

Die Kommission der ausgesperrten Automobilroschäfenführer.

Der Kampf in der Holzindustrie.

Am Donnerstag vormittag fand wieder eine Versammlung der Aussperrten in der „Neuen Welt“ statt. Etliche gab den Situationsbericht. Unter anderem besprach er ein vom Unternehmerverband verbreitetes Flugblatt, welches den Arbeitgebern aus neue die Verhaltensmaßregeln einschränkt. Im Anschluß daran führte der Redner eine Reihe von Tatsachen an, welche zeigen, daß die Verhaltensmaßregeln durchaus nicht immer beachtet werden und daß es nicht wenige Arbeitgeber gibt, welche die Beschlüsse ihrer Organisation umgehen und die Kontrolle der Meister zu täuschen suchen. In vielen Fällen ist nach dem 12. Januar, dem Tage, wo die Aussperrung überall beginnen sollte, noch abge schnitten worden. Vielfach wird sogar jetzt noch neue Arbeit abge schnitten und zwar durch Lohnarbeiter. In solchen Fällen machen es jedoch die Verbandsmitglieder zur Bedingung, daß die Aussperrung zurückgezogen wird, anderenfalls schneiden sie nicht ab. Ein Arbeitgeber, der in der Treasfonstraße eine kleine Werkstat hat, nimmt durch Zeitungsinferat Arbeiter an, die er nach einer Werkstat in der Pappel-Allee schickt. Da sich in unmittelbarer Nähe dieser Werkstat ein Betrieb befindet, der ausgesperrt hat, so wird vermutet, daß es sich hier ebenfalls um eine Schleichung zur Umgehung der Meisterbeschlüsse handelt. Ein anderer Arbeitgeber, gleichfalls im Norden der Stadt, ließ seine Arbeiter am Montag feiern, weil er die Kontrolle erwartete. Als diese eintraf, war ja die Werkstat leer, am folgenden Tage aber wurde flott weiter gearbeitet. Der Verband der Treppengelfabrikanten tritt jetzt ebenfalls der Aussperrung bei, nachdem soeben der Vertrag für diese Branche abgelassen ist. Der Vorsitzende dieses Verbandes, Herr Hubn, suchte sich nun dadurch vor der Aussperrung zu retten, daß er den von ihm beschäftigten Mitgliedern des Holzarbeiterverbandes ein Schriftstück zur Unterschrift vorlegte, wodurch sie ihren Austritt aus dem Verbands erklären sollten. In diesem Falle hätte ja der Beschäftigten nichts im Wege gestanden. Die Unterschrift wurde selbstverständlich von allen Arbeitern verweigert, denn sie fürchten sich nicht vor der Aussperrung. In den Verhaltensmaßregeln wird den Arbeitgebern zur Pflicht gemacht, nicht mit ihren Arbeitern oder mit dem Holzarbeiterverband zu verhandeln. Trotzdem laufen täglich bei der Verbandsleitung Gesuche um Verhandlung seitens verschiedener Arbeitgeber ein. Ein Beweis, daß sich der Zusammenhalt der Arbeitgeber schon stark zu lockern beginnt. Für Arbeiter, die auf Bauten beschäftigt und bei solchen Unternehmern tätig sind, die sich nicht an der Aussperrung beteiligen, gibt der Holzarbeiterverband Arbeitsberechtigungsarten aus, welche den übrigen Bauarbeitern gegenüber als Ausweis dafür dienen, daß die Betroffenen nicht als Streikbrecher anzusehen sind. Am Schluß seines Berichts gab der Referent unter allseitiger Zustimmung und großem Beifall der Heberzeugung Ausdruck, daß es den Unternehmern auf keinen Fall gelingen werde, die Organisation der Arbeiter zu besiegen. Diese würden vielmehr kein Opfer scheuen, um den aufgezwungenen Kampf bis ans Ende durchzuführen.

In der Diskussion nahm ein Mitglied des christlichen Verbandes das Wort. Er führte aus, daß seine Organisation sich vor dem Kampf bemüht habe, mit der Arbeitgeberorganisation in Verhandlung zu treten; sie hätten aber auf ihre brieflichen Anfragen gar keine Antwort erhalten. Da die christliche Organisation nun mit den Mitgliedern des Holzarbeiterverbandes zusammen ausgesperrt worden sind, so würden sie sich in jedem Falle solidarisch verhalten. Streikbrecher zu sein würden sie sich schämen.

Bekannt gegeben wurde noch das Resultat der Kontrolle für die zweite Woche der Aussperrung, also vom 30.-26. Januar. Am Schluß der Woche waren 580 Betriebe an der Aussperrung und am Streik beteiligt, das sind 61 weniger als in der ersten Woche. Die Zahl der Arbeitslosen und Streikenden hat sich in der zweiten Woche durch Abreise und Arbeitsannahme in anderen Branchen um 572 vermindert und betrug am Wochenende 6233. Seit dem Beginn der Aussperrung sind 726 Mitglieder abgereist und anderweit in Arbeit getreten. - Die Abreise der Aussperrten ist eine sehr zahlreiche, obgleich von der Verbandsleitung noch gar nicht dazu aufgefordert worden ist. - Die Aussperrten werden angewiesen, alle am Kampf beteiligten Betriebe durch Posten überzuwachen zu lassen. Wo mehrere Betriebe in einem Hause sind, sollen die Arbeiter das Ausstellen der Posten unter sich regeln.

Achtung! Damenkonfektionsschneider und Schneiderinnen, Hüter und Stepper. Wegen Maßregelung und Lohnifferenzen ist über die Firma Heller und Krüger, Lindowstr. 18/19, die Sperre verhängt.

Verband der Schneider und Schneiderinnen. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Kleber, Bauhandwerker!

Die durch fortwährende Tarifbrüche rühmlichst bekannte Firma Achilles, Pfandstr. 4, hat es wieder einmal verstanden, die jetzt schlechte Konjunktur zum Nachteil der dort beschäftigten Kleber auszubenten.

Der Arbeitgeber-Kommission, die im Auftrage der Kollegen mit der Firma verhandelte, wurde nur eine teilweise Erhöhung der Akkordpreise zugestanden. Dieselbe konnte sich jedoch damit nicht einverstanden erklären und forderte strikte Erfüllung des Tarifs. Nun erklärte Herr Achilles die bei ihm beschäftigten Gehäfen für Trunkenbolde, denen er den Tarif nicht zahlen könne und wies der Kommission brüst die Tür. Folgedessen sind folgende Bauten der Firma gesperrt: Jalonsstr. 18/19, Bienenstr. 3, Leinbachstr. 3 (Boghan, Rummelburg), Klorastr. 14 (Pankow). Der letztere Bau soll erst angefangen werden.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschl.

Zweigverein Berlin und Umgegend.

Achtung! Sonntag, den 3. Februar, vormittags 10 Uhr: **Achtung!**

Mitglieder-Versammlungen

in allen Bezirken mit der Tagesordnung:

1. Wahl der Delegierten zum Verbandstag.
2. Einträge zum Verbandstag.
3. Stichwahlen zum Zweigvereins-Vorstand.
4. Verbandsangelegenheiten.

Recht regen Besuch zu diesen für uns so wichtigen Versammlungen erwartet

Der Zweigvereins-Vorstand.

Zentral-Verband der Maurer Deutschl.

Zweigverein Berlin. — Sektion der Püger.

Sonntag, den 3. februar, vormittags 10^{1/2} Uhr, in den Arminhallen,
Kommandanten-Strasse 20:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Kaschenbericht vom 4. Quartal und Jahresabrechnung pro 1906.
2. Wahl des Vorstandes eventuell Beschlußfassung über den Antrag, die Vorstandswahl in den Bezirken vorzunehmen.
3. Verbandsangelegenheiten.

In Anbetracht der wichtigen und reichhaltigen Tagesordnung werden die Mitglieder ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Die örtliche Verwaltung. J. A. S. Neumann.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:
Zimmer 34, Amt 4, 3353. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt 4, 9479.

Sonntag, den 3. Februar cr., vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“,
Engel-Ufer 15 (Saal I):

Versammlung der Bauanschläger.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Cohen über: „Das Unterstützungswesen in unserer Organisation.“
2. Diskussion.
3. Branchengelegenheiten.
4. Diveres.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Kollegen ist notwendig.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Sonntag, den 3. Februar cr., vormittags 10 Uhr, im Saale von Franke,
Sebastianstr. 39:

Versammlung aller im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Bohrleger und Helfer.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Agitationskommission.
2. Diskussion.
3. Neuwahl der Agitationskommission.
4. Verbandsangelegenheiten.

Kollegen! Mit Rücksicht, daß anlässlich der Wahl-Bewegung unsere regelmäßige Versammlung nicht stattfinden konnte, und in dieser Versammlung wichtige Angelegenheiten besprochen werden, ist es Pflicht eines jeden Kollegen, pünktlich zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin

Sonntag, den 3. Februar, abends 7 Uhr,

im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15 (Saal I):

Vortrag des Genossen Paul Bernstein:

Einiges über öffentliche und private Gesundheitspflege.

Nach dem Vortrag: Gemütliches Beisammensein u. Tanz.
Eintritt 30 Pf. Garderobe frei.

Freitag, den 8. Februar, abends 8^{1/2} Uhr, im Schullokal,
Grenadierstr. 37:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes, des Lehrer-Kollegiums und der Revisoren.
2. Schulangelegenheiten.
3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Beiträge werden entgegen genommen.

Verband der Sattler

Ortsverwaltung Berlin.

Die nächsten Branchen-Versammlungen finden an nachfolgenden Tagen statt:

Geschirrbranche: Mittwoch, den 6. Februar.

Treibriemenbranche: Montag, den 4. Februar.

Taschen, Roffer- und Galanteriebranche: Donnerstag, den 7. Februar.

Militärbranche: Sonnabend, den 2. Februar.

Sinoleumleger und Teppichnäher: Donnerstag, 7. Februar.

Wagenbranche: Donnerstag, den 7. Februar.

Eisenmöbel-Branche: Donnerstag, den 7. Februar.

Sektion Charlottenburg: Montag, den 4. Februar.

Zahlreichen Besuch dieser Branchensammlungen erwartet

Die Ortsverwaltung.

Sonntag, den 3. März, nachmittags 1 Uhr:

Urania-Sonder-Vorstellung „Die feurigen Welten der Erde.“

Billets inklusive Garderobe 70 Pf.; dieselben sind im Bureau und bei den Vertrauensleuten zu haben.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Meise, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagshaus Paul Singer & Co., Berlin SW.

Folies Caprice

Linienstr. 132
Ecke Friedrichstr.

Dir. Felix Berg.
Am 1. Februar:

Premiere.

Gastspiel des Budapest

Liebings Jaques Aabach.

Im Café Abelles.

Ein Klavierprozeß.

Solree bei Löwy.

Anfang 8 Uhr. Vorverk. 10-2
a. d. Theaterk. u. b. Wertheim.

Walhalla-Variété-Theater

Weinbergsweg 19/20, Holenth. Tor.

Heute abend 8 Uhr:

Das jünglich neue großartige

Februar-Programm.

15 Spezialitäten, jede einzelne

eine Sensation.

2 urkomische Pantomimen 2

1. zu Wasser — 2. zu Lande.

Leonhard Haskel

der allberühmte Volks-Sänger.

Anna Müller-Lincke

Soubrette. Metropol-Th. 1. Berlin.

Aryama

der fabelhafte Seiltänzer, ufm.

für Theaterbesucher freier Eintritt

zu den Bockbierfesten im Tunnel:

Eintrittsbillets-Kapelle.

— Folies-Caprice-Ensemble.

Tischler-Verein (E. N. 89)

Sonnabend, den 2. Februar, abends 8^{1/2} Uhr, Melchiorstr. 15:

Versammlung.

Vortrag des Herrn A. Störmer: Arbeiterschaft und Kirche.

Ausgabe der Billets zum Rastball in „Sanssouci“.

Der Vorstand.

Passage-Theater.

Wiederauftreten von

GEORG KAISER.

Lezte Vorstellungen von

Berlin paß' auf!

Die glänzendsten

Februar-Spezialitäten.

Dienstag, den 5. Februar,

zum 1. Male:

Mal was Anderes!

Wisse von Leop. Alp.

Josefine Dora, Georg Kaiser,

Martin Bandix, Ernst Kettner.

Palast-Theater.

Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börse.

Täglich abends 8 Uhr:

Sonntags ab 4 Uhr

Große Münchener

Bockbierfeste.

Karl Kamborger

mit seinen drei Kapellen: „Original

Oberländer“, „Waldschützen“ und

„Scharhörner“. Schupplattler, Sänger

und Sängertinnen.

Liederbücher zum Mitnehmen gratis.

Erhöhter eigener Dekorations.

Eintritt an Hochtagen 30 Pfennige.

UGGENHAGEN

— Moritzplatz. —

Täglich: Konzert der Ober-

bayer. Kapelle

und

Donaubachantanten.

Rezit!!!

Der Besondere

mit seinen

Hundertstücken.

Dr. Simmel

Prinzen-

Str. 47,

Spezialarzt für

Haut- und Harnleiden.

10-2-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Greift zu!

den besten

Monatsanzüge . . . v. 9.50 R.

Abonnementsanzüge . 10.50

Anzüge, Erjak f. Moh. 20.00

Planbleiansätze . . . 12.50

Wohnsitzanzüge . . . v. 9.50 R.

Joppen 5.00, Beinkleider 3.00

alles auch für corpulente Figuren.

Zentral-Keller, Berlin SO.,

Neanderstraße 35.

3 Min. von Stadtb. Jannowitzbrücke,

an d. Köpenickerstr. Strahenb.-Berggl.

H. Zimmermann

Berlin SO. Juwelier Oranienstr. 206

Gold- und Silberwaren-Fabrik,

Uhren-Großhandlung. 35357

Eigene Werkstatt für Neuarbeit u. Reparatur.

Strong reall. — Billigste Preise.

Alpen-Trachten.



Baer Sohn

Chausseestr. 24a/25 • 11 Brückenstrasse 11
Gr. Frankfurterstr. 20.
Katalog (Alpen-Kleidung) gratis und franko.

Partei-Expeditionen:

Zentrum I: Rich. Hinte, Mauerstr. 89.

Zentrum II: Albert Dahnisch, Ringstr. 50, Eingang Kochmeisterstr.

2. Wahlkreis, Süden und Südwesten: Hermann Berner, Wittenmoabitstr. 30.

3. Wahlkreis, Westen: Gustav Schmidt, Böhmstr. 52, Hof.

4. Wahlkreis: St. Rich, Brünnerstr. 31, Hof rechts part.

4. Wahlkreis, Osten: Robert Engels, Rübendorferstr. 3, am

Küchenerplatz. — Wilhelm Rann, Petersburgerplatz 4 (Laden).

4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Kaufplatz 14/15 (Laden).

5. Wahlkreis: Leo Sucht, Reibstr. 42 (Laden).

6. Wahlkreis (Noblit und Hansviertel): Karl Uderz, Solmsdorferstr. 8, im Laden.

Wedding: Karl Weihe, Wiesenstr. 41/42.

Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Hermann

Rafalte, Allee 36, Eingang Linkerstraße.

Gesundbrunnen: F. Trapp, Köpenickerstr. 21, vorn part. links.

Schönhauser Vorstadt: Karl Mars, Köpenickerstr. 123.

Alt-Glienicker: Reinhold Schulz, Rudowstr. 83.

Charlottenburg: Gustav Schwarze, Seefeldenerstr. 1, Ecke

Goethestr., vorn I.

Wilmerdorf-Halensee: Georg Fests, Berlinstr. 46, Laden.

Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg: Otto

Seifert, Kronprinzentr. 50, I.

Rummelsburg, Boxhagen: A. Rosenzweig, Alt-Boxhagen 56.

Grünau: Otto Schröder, Wilhelmstr. 21.

Rixdorf: R. Deitrich, Redarstr. 2, im Laden.

Schmargendorf: Gustav Kaminski, Sunolstr. 2.

Schöneberg: Wilhelm Baumier, Martin Lutherstr. 51, im Laden.

Tempelhof: R. Müller, Berlinstr. 41/42.

Ober-Schöneberg: Julius Brunow, Edisonstr. 10, I.

Nieder-Schöneberg: Bonafors, Havelstr. 14.

Johannisthal: Franz Händl, Gismarstr. 7.

Adlershof: Erich Steuer, Köpenickerstr. 8, I.

Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Ludenwalder-

str. 4b.

Köpenick: Friedrich Wold, Grünstr. 4.

Friedenau-Steglitz-Südende: D. Berner, Schölkstr. 115.

Gartenhaus I in Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz:

D. Wold, Büppelstr. 22, und Dr. Schellhase, Hohenstr. 15a.

Mariendorf: Paul Müller, Bergstr. 35, Hof I.

Baumsculenberg: E. G. Ernst, Hofstr. 2, II.

Treptow: Ad. Gramenz, Rießhölzerstr. 412, Laden.

Neu-Weißensee: Rudi Fuhrmann, Sedanstr. 105, portiere.

Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz:

R. G. Ulrich, Gropingstr. 108, II.

Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust,

Hermesdorf und Reinickendorf-West: Paul Riens, Borsigwalde, Schubarthstr. 43.

Pankow-Niederschönhausen: G. Freinhardt, Brühlstr. 73.

Bernau: Heinrich Brose, Köpenickerstr. 74, part.

Eichwalde, Zenthen, Miersdorf und Hankels Ablage:

Wilhelm Gräß, Eichwalde, Kronprinzentr. 82, I.

Teltow: Wilhelm Rehler, Köpenickerstr. 7.

Nowawes: Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 1.

Spandau: Ad. Kopp, Ragowstr. 8.

Überdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen

Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für

den „Vorwärts“ entgegengenommen.

Bitte ausschneiden.

Das größte Brot! 6 Stück 10 Pf.

Backware

Albrechts Bäckereien:

Zentrale: Boxhagenstr. 13. Pücklerhalle 222/223, Andreasstr. 18/18.

nur allein in:

Kraustr. 19, Wrangelstr. 135,

Lausitzerstr. 2, Falckensteinstr. 32,

Pücklerstr. 18/19, Potsdamerstr. 108/109.

Sanssouci: Köpenickerstr. 5a.

Dirktion Wilhelm Reimer.

Sonnt., Montg., Donnerst.: Hofmanns Nordd. Säger

Stärklicher Erfolg!

Stets neues aktuelles

Programm.

Sonnt. 8g. 6. Wochent. 8 U.

Dienstag: Theaterabend.

Englischen Unterricht,

einzelu und im Pükel, erteilt 36372

Gertrud Swienty,

Schöneberg, Sedanstr. 57, III.

Das Große Berliner-Flascho.

Wieder hatten wir gestern Schneefall und wieder versagte die Große Berliner — diesmal hat sie keinen Entschuldigungsgrund mehr. Was sie auch durch ihren Offiziösen der Presse übermitteln mag, das gestrige Flascho verbannt sie ihrer Unfähigkeit, unter nicht normalen Verhältnissen zu arbeiten. Vor Jahren benutzte sie einen Schneefall, die teuren Akkumulatoren loszumerden; vor wenigen Wochen einen anderen zur Veseitigung der ihr unbedeuten Unterleitung Unter den Linden. Aber die Verkehrsstörungen hören deswegen nicht auf. Passiert es uns nicht täglich auch zu normalen Zeiten, daß sich unserm Fortkommen eine Wagenburg angeammelter Straßenbahnwagen widersteht? Und das ohne Schnee und ohne Akkumulatoren und auf Straßen, wo nie Unterleitung war! In der Tat gibt es für eine Großstadt mit ihrem Verkehr nichts Unvollkommeneres als die Abhängigkeit von einer oder mehreren Kraftzentralen. Jedes Versagen der Zentrale legt den Verkehr nicht an einer Stelle, sondern in seiner Gesamtheit still. Aber von diesen Störungen berichtet der Straßenbahn-offiziösus nichts. Dagegen war es seine Aufgabe, zur Zeit des Akkumulatorenbetriebes jedes Versagen der Akkumulatoren zu vermeiden, das dabei seine Ursache nicht im System, sondern in der unzulänglichen Art seiner Durchführung seitens der Großen Berliner hatte. Nicht die technische Mangelhaftigkeit, sondern seine Kostspieligkeit veranlaßte die Große Berliner Straßenbahn zur Veseitigung des Akkumulatorenbetriebes. Die Akkumulatoren mußten versagen, weil sie viel zu klein und die zu kleinen noch unzulänglich geladen waren. So diente ein gern gesehener Schneefall zu ihrer Veseitigung und die wertvolle Unabhängigkeit von der Zentrale mußte der Abhängigkeit von derselben weichen, weil das Oberleitungssystem nicht etwa das vollkommene, sondern weil es das billigere war!

Die Große Berliner führte dann gezwungenweise an einer Reihe von Stellen provisorisch die Unterleitung ein. Sie dachte so wenig daran, diese Unterleitung zu einem Definitivum zu machen, daß sie nicht einmal alle Wagen mit der Einrichtung für den Unterleitungsbetrieb versah! Unter den Linden hängte man einfach an den Wagen sogenannte Pflüge an, die hinterhergeschleift und nach Passieren des Opernplatzes wieder abgenommen wurden. Und die Unterleitung zeigte denn auch alle Mängel eines Provisoriums. Diese Mängel des Provisoriums ließ dann die Große Berliner von ihrem Offiziösus als Mängel des Systems ausschreiben, und die Zeitungen nahmen diese Meldungen gläubig auf, obgleich unter ihnen eine ganze Reihe von Mängeln des Zentralisierungssystems, nicht der Unterleitung figurieren. Nach der großen Störung am Opernplatz ließ die Große Berliner verbreiten, durch die Überlastung in der Unterleitung seien die Maschinen der Uniformstation am Rathaus zusammengebrochen. Brechen bei Überlastung der Oberleitung die Maschinen nicht zusammen? Aber die Große Berliner hatte die Unterleitung so sehr als Provisorium angesehen, daß sie nicht einmal die sofortige Speisung von einer anderen Zentrale in den Konstruktionsplan eingefügt hatte, um solche Störungen zu vermeiden. Die Unterleitung war auch als Provisorium so unzulänglich eingerichtet, daß die im Kanal liegenden wichtigen Teile durch Begehen des Kanals nicht erreichbar waren und jede Reparatur deswegen sich bis in die Unendlichkeit hingziehen mußte. Das Klemmen der Stromweichen und ähnliche Kleinigkeiten ließen sich in der Zeit von Minuten beseitigen, wenn man an die in Frage kommenden Teile bequem heran könnte. Der Großen Berliner kommt es aber beim Unterleitungsbetrieb genau so wie beim Akkumulatorenbetrieb darauf an, seine Unzulänglichkeit zu beweisen, weil seine funktionsfähige Herstellung, die technisch wohl möglich ist, teurer als die des Oberleitungsbetriebes ist.

Man sehe sich heute einmal die „provisorische“ Oberleitung über die Linden an. Wenn die so unvollkommen wäre, wie es die Unterleitung an derselben Stelle war, würde sie auch nicht funktionieren! Aber diese „provisorische“ Oberleitung hat sogar schon die Sicherheitsbügel, welche die Große Berliner erst nach Jahren in ihrem Oberleitungssystem einführt, als ihr die Entschädigungskosten für durch Herabfallen von Drähten Verletzte gar zu teuer wurden. Wenn die Unterleitung Unter den Linden mit der Sorgfalt hergestellt worden wäre, wie jetzt die Oberleitung, so hätte sie ebenso einwandfrei funktioniert!

Gestern ruhte nun der Betrieb bis in die Nachmittagsstunden überall. Der Schneefall, der das bewirkte, ist nicht plötzlich gekommen. Er setzte bereits am Abend vorher ein. Die Nacht wurde aber nur unzureichend benutzt, die Schienen für den kommenden Morgen freizuhalten. Die Große Berliner ergab sich in das Schicksal des Einschneidens, weil die Ausgaben für Durchführung des Verkehrs größer gewesen wären als der Einnahmeverlust bei vorübergehender Einstellung des Betriebes. Die Millionen-Gesellschaft hat nicht einmal genügende technische Hilfsmittel zur Veseitigung der Hindernisse. Die Salzstreuwagen stammen noch aus der guten alten Zeit des Pferdebetriebes. Maschinell betriebene Gerätewagen, die mit Hilfe von Pflügen und Bürsten den Schnee aus den Gleisen entfernen und die Schienenrillen reinigen, hat dieser „Rufierbetrieb“, wenn überhaupt, nur in unzureichender Anzahl. Ihre Anschaffung und Unterhaltung wird rechnungsmäßig vermuthlich auch mehr kosten, als die Hilfe der lieben Sonne, die ja schließlich den Schnee doch beseitigt. Dafür läßt die Gesellschaft durch ihren Offiziösus auf die Automobilomnibusse schimpfen, „die mit ihren breiten Rädern den Schnee in den Schienenrillen festdrücken“. Als ob die „Autobusse“ die Schienen aussuchten, auf denen eine Anzahl flügelhämmer Straßenbahnwagen den Berliner Verkehr ver-hindern!

Wie schon neulich, brachte auch der gestrige Tag mit seinem Schneefall den Beweis, daß die Große Berliner zwar alle Vorkehrungen getroffen hat, die Großen der Berliner einzusteden, aber keine, den Verkehr zu ermöglichen. Je eher diese Gesellschaft von den Berliner Straßen verschwindet, desto besser!

Der Triumph des Automobils.

Im Schnee feierte gestern das Automobil Triumphe. Körgel-sichtige Feinde aller Neuerungen hatten gerade ihm das völlige Versagen beim ersten Schneefall vorausgesagt. Es kam umgekehrt. Während die Straßenbahn gar nicht den Versuch machte, den Kampf mit den Schneemassen aufzunehmen, während die Pferde nach immer wieder untergenommenen Versuchen zum Vorwärtskommen den Kampf als vergeblich resigniert aufgaben und betrübt und verzweifelt stehen blieben, stürmten die Automobilwagen mit kaum vermindeter Geschwindigkeit vorwärts. Wo ein nicht mit Motor versehenes Fuhrwerk den Weg sperrte, flogen sie pfeifend den über meterhohen Schnee an den Vordrängern auseinander und fanden ihren Weg aus den verzweifeltesten Situationen heraus. Die zwölfpferdigen Droschken leisteten den Schnee ebenso, wie die fünf- und sechspferdigen Lastwagen und die neunpferdigen Privatluxusgefährte. Ein Glüd gefiehn für den, der an der Endhaltestelle einer Automobilomnibuslinie wohnte. Die Automobilomnibusse waren in den Vormittagsstunden die einzigen Gefährte, die den öffentlichen Verkehr vermittelten. Eine Ueberfüllung der Wagen abzuwehren, waren die Schaffner bei dem Andrang nicht in der Lage; trotzdem taten die Motore fast ausnahmslos ihre Pflicht, und in der Königsstraße, wo die Wagen verschiedener Linien zeitweilig zu gleicher Zeit die Straße passierten, sah man förmliche Wettfahrten zwischen mehr und minder geschickten Fahrern. Die völlige Entblühung der Straße von anderen Fuhrwerken, welche die Benutzung der gesamten Straßenbreite ermöglichte, gestattete ausnahmsweise solche Extrabestellungen. Der Reiz der Fußgänger, welche die raschen Gefährte an sich vorbeirauschen sehen mußten, äußerte sich in einem förmlichen Schneeballbombardement auf die Gläschen, welche die Deckste der Autoomnibusse okkupiert hatten. Natürlich kamen bei der Ueberlastung der Autoomnibusse auch schwache Stunden über den einen oder anderen Motor; die Ueberlegenheit des Automobilbetriebes über den Straßenbahnbetrieb war jedoch so über jeden Zweifel erhaben, daß die Lehre, welche dieser Schneefall über die Verkehrsmöglichkeiten in der Großstadt unter anomalen Verhältnissen gab, nicht vergessen werden darf.

Der Reiz ist die Wurzel alles Übels.

Es gibt gewiß Arbeitslose genug in Berlin, die bereit wären, den Schnee von den Schienen zu entfernen und die Durchführung des Verkehrs zu ermöglichen; aber die Stundenlöhne, die den Arbeitern von der Großen Berliner geboten wurden, veranlaßten sie durch ihre Niedrigkeit vielfach, die Arbeit wieder niederzulegen. So mußte denn die Gesellschaft an vielen Stellen an die Veseitigung der Schneemassen fast ohne Hilfskräfte herangehen und diese den Fahrern und Schaffnern überlassen. Fast alle wichtigen Außenstellen waren noch bis zum Abend nicht fahrbar. Zuerst gelang es, den Verkehr durch die Leipzigerstraße nach Schöneberg notdürftig aufzunehmen. Auf den übrigen Straßen war das Personal nicht an der Schalkfibel, sondern mit Gade und Spaten tätig. Und diesen überanstrengten und übermüdeten Leuten, die außerdem infolge der ungewohnten Tätigkeit erhitzt und durchgeschwitzt waren, wollte man denn vielleicht noch zumuten, sich stundenlang auf die Vorderplattform eines gegen die Winterkälte anstürmenden Straßenbahnwagens zu stellen und diesen durch die Gefahren des Berliner Verkehrs zu dirigieren! — Hätte die Gesellschaft für die Veseitigung der Schneemassen angemessene Löhne bewilligen wollen, so wäre sie ohne Ueberanstrengung der eigenen Leute in der Lage gewesen, eine baldige Betriebsaufnahme durchzuführen. So verkehrten die Linien der städtischen Straßenbahn nach Pankow und nach Treptow längst, wenn auch mit Mühe, ehe die Große Berliner noch genügend Arbeitskräfte auf der Straße hatte, um die frequentiertesten Linien freizulegen.

Was die Große Berliner nicht kann!

Während der Verkehr auf den Linien der Großen Berliner Straßenbahn still lag, war es den städtischen Linien nach Pankow und nach Treptow möglich, denselben, wenn natürlich auch unter Schwierigkeiten, aufzunehmen. In Spandau gelang es, sämtliche Straßen für den Verkehr freizubekommen. Die unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen arbeitende Köpenicker Straßenbahn vermochte den Verkehr, freilich unter Schwierigkeiten, ebenfalls durchzuführen.

Dem Gerechten müssen alle Dinge zum besten dienen!

Ihre Unfähigkeit, den Akkumulatorenbetrieb zu bewältigen und ihre unzulängliche Anlage der Unterleitung, spielte die Große Berliner aus, um die billigere Oberleitung zu erhalten. Schon sind Kräfte am Werke, ihr jungles Flascho gegen den — Jehnpfennigtarif ins Treffen zu führen.

Im „Lokal-Anzeiger“ lesen wir:

„Während die Straßenbahn, Stadtbahn, sogar die Untergrundbahn ihren Verkehr teilweise ganz lahmgelegt, teilweise stark behindert haben, vermochten die Automobilomnibusse mit selbstlicher Betriebsfähigkeit zu verkehren. In den Schuppen der Großen Berliner Straßenbahn stehen 20 Automobilomnibusse bereit, die zwei bis drei Linien ohne weiteres übernehmen könnten. Es wäre gerade bei den heute eingetretenen Umständen eine große Erleichterung für den Verkehr gewesen, wenn diese nutzlos dastehenden Wagen hätten herangezogen werden können. Die Verhandlungen, die seit Februar vorigen Jahres zwischen der Straßenbahn und den Behörden schweben, sind jedoch noch nicht zu einem Abschluß gekommen, weil die Stadt am Einheitsstarif festhält.“

„Weil die Stadt am Einheitsstarif festhält!“ Nun wüßte ichs. Offenlich halten die städtischen Behörden am Einheitsstarif fest und überlassen es eventuell dem Volksgewalt, das Odium einer Fahrpreisverteuerung für die Berliner auf sich zu nehmen. Mögen die Automobilomnibusse der Großen Berliner Straßenbahn im Schuppen verrotten. Die Kühnheit, aus Anlaß der Vorkommnisse am gestrigen Tage auch noch eine Tarifierhöhung zu erwarten, übersteigt wirklich alle Grenzen!

Für die städtische Verkehrsdeputation erwächst übrigens aus dem gestrigen Sieg des Automobilomnibus über die Straßenbahn die Pflicht, in eine erneute Prüfung der städtischen Verkehrsprojekte einzutreten. Es ist gar kein Zweifel, daß die Große Berliner die Absicht hat, ihren Straßenbahnbetrieb allmählich durch den Automobilbetrieb zu erhöhen und der Stadt dann ein durch die veränderten Verkehrsverhältnisse entwertetes Straßenbahnmateriale zu hinterlassen. Vielleicht gibt deshalb die Stadt ihren erfolglosen Kampf mit den Behörden um neue Straßenbahnstrecken auf und richtet schleunigst Automobillinien ein, um der Großen Berliner auf diesem Gebiete zuvorzukommen. Auch die Vororte, welche gestern durch die Straßenbahn völlig in Stich gelassen wurden, tun out, an Automobilverbindungen mit Berlin zu denken.

Berlin im Schnee.

Der Schneefall, der das Flascho der Großen Berliner Straßenbahn herbeiführte, setzte, wie schon mitgeteilt, am Mittwoch in den Abendstunden ein. In der Nacht wurde dann der Schnee dichter und dichter, alles mit einer weißen Decke überziehend.

In der Zeit von 1/7—1/8 Uhr morgens bot sich den Bewohnern der südwestlichen und südlichen Stadtteile ein phänomenales Schauspiel. Kurz nach 1/7 Uhr zog im Westen ein Gewitter auf mit zahlreichen Entladungen, deren Lichtstrahlen sich in den dicht herniederrieselnden Schneeflocken brachen und ein Farbenspiel von überwältigender Schönheit boten. Im ganzen wurden etwa 15 Entladungen beobachtet, während der Donner nur schwach widerhallte. Das Gewitter nahm seinen Weg von dem westlichen nach dem südlichen Himmel.

Der Verkehr war auch auf allen nicht der Großen Berliner Straßenbahn gehörigen Verkehrsmitteln unregelmäßig. Nur die Automobil-Domnibusse und Automobil-Droschken erwiesen sich als zuverlässig. Nord-, Süd- und Vorortzüge liefen mit Verspätungen von mehr als einer Stunde ein. Die Hoch- und Untergrundbahn konnte den Betrieb aufnehmen, doch blieb der Verkehr unregelmäßig und auch hier erlitten die Züge bedeutende Verspätungen. Der private Fuhrverkehr war minimal. Vielfach blieben auch die Wagen in dem Schnee stecken und die Kutscher waren genötigt, die Pferde auszuspannen und nach dem Stalle zurückzubringen.

Einen eigenartigen Anblick boten die öffentlichen Anlagen. Bäume und Sträucher waren dicht mit Schnee bedeckt. In den Zweigen hingen förmliche Schneeballen, und die Büsche erschienen wie mit einem Leinentuch überzogen. Im Tiergarten waren die kleineren Sträucher wie auch die Rosenzweige vollständig im Schnee verschwunden. Interessant sahen die Denkmäler im Tiergarten aus. Die sämtlichen Figuren wiesen Belagungen und hohe Schneelappen auf. Bei dem Denkmal der Kaiserin Friedrich war die Figur überhaupt nicht mehr kenntlich, und die das Bismarckdenkmal umgebenden Gruppen waren vollkommen im Schnee verschwunden.

Leider hat das Unwetter auch zahlreiche Unglücksfälle zur Folge gehabt. Im Lustgarten war der Hausdiener Heinrich so unglücklich gefallen, daß er einen Beinbruch erlitt. Ein Feuerwehmann nahm sich seiner an. Fast auf sämtlichen Unfallstationen wurden Personen behandelt, die infolge der Glätte gestürzt waren und sich Verletzungen zugezogen hatten.

Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Am Sonntag, den 8. Februar, findet Flugblattverbreitung statt. Die Genossen des ersten Kreises sowie die Hilfskräfte aus dem sechsten Kreise werden ersucht, vollzählig und zeitig an den bekannten Stellen sich einzufinden. Der Vorstand.

Arbeiterwähler aus Brandenburg-Westhavelland!

Alle in Brandenburg-Westhavelland wahlberechtigten Parteigenossen, die in Berlin und Umgegend beschäftigt sind, werden hierdurch aufgefordert, auch am Stichtag — 5. Februar — zur Ausübung des Wahlrechts nach Hause zu reisen. Das ist dringend notwendig, damit keine Stimme verloren geht. Selbstverständlich dürfen auch alle die wählen, die am 25. Januar ihr Wahlrecht nicht ausgeübt haben. Vor der Rückreise nach Berlin wolle sich jeder Genosse beim Vertrauensmann des Ortes, wo er gewählt hat, melden. Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Zur Lokalkasse. In Alt-Glienitz steht und das Lokal von Paul Ebel, Friedrichstr. 86, zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung. Die Lokalkommission.

Spandau. Heute Abend finden zwei Volksversammlungen, bei Köpenick, Bicheldorferstraße, und Kunitz, Schönwalderstraße, statt. Referenten sind die Genossen Eugen Bräuker-Berlin und Wolfgang Heine-Berlin. Parteigenossen! Sorgt für Rosenbesuch dieser Versammlungen.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Die Stadtverordneten hatten gestern, in ihrer ersten Sitzung nach den Reichstagswahlen, über eine Angelegenheit zu verhandeln, die noch kurz vor dem Wahltag sehr verheißungsvoll als eine bedeutende Tat des Magistrats angekündigt worden war. Die allerneueste Magistratsvorlage über die Regelung der Lehrergehälter sollte ein Beweis des Entgegenkommens sein, zu dem der Magistrat bereit sei. In der gestrigen Sitzung wurde von keiner einzigen der fünf Gruppen der Versammlung dem Herrn Oberbürgermeister verhehlt, daß bis jetzt von einem Entgegenkommen immer noch nicht viel zu merken sei. Für die sozialdemokratische Fraktion gab Genosse Singer die Erklärung ab, daß sie in dieser Vorlage keine Verbesserung sehen könne. Singer geißelte den ehergeizigen Fiskalismus, mit dem der Magistrat diese für unser Volksschulwesen so überaus wichtige Frage behandelt. Um einen Beitrag, der für den Kassenetat der Stadt Berlin wenig ins Gewicht falle, werde mit kleinstlichem Eigenfium vom Magistrat gefordert — zum Schaden der Schule, die nur dann die besten Lehrer bekommen könne, wenn sie entsprechende Gehälter zahlt. Herr Kirchner, der sich zu sofortiger Antwort erhob, lieferte in seiner Erwiderung den Beweis, daß er tatsächlich zu keinem Entgegenkommen bereit ist. Er spielte darauf an, daß es Leute gibt, die noch sehr viel weniger Einkommen als die Lehrer haben. Das ist leider richtig. Aber wenn Herr Kirchner mit diesem Einwand die weitere Erhöhung der Lehrergehälter bekämpfen zu können meint, dann hätte er auch nicht die 6000 M. Zulage einstecken dürfen, die ihm im vorigen Jahre zu seinem immerhin schon ganz hübschen Gehalt bewilligt worden sind. Uebrigens ist der Standpunkt, den hier der Herr Oberbürgermeister gegenüber den mehr Gehalt fordernden Lehrern einnimmt, genau derselbe wie derjenige, den viele Lehrer gegenüber den mehr Lohn fordernden Arbeitern einzunehmen pflegen. Nicht nur oft genug in freisinnigen Wählerversammlungen, sondern gelegentlich sogar in der Schule vor Arbeiterkindern hat Lehrermund dagegen geifert, daß Arbeiter nie genug kriegen können. Die Arbeiter finden in der Stadtverordnetenversammlung nur bei der sozialdemokratischen Fraktion eine energische Förderung ihrer Interessen. Die Lehrer sind in der angenehmen Lage, daß nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch die Freisinnigen für sie eintreten. Gestern taten das wieder alle freisinnigen Gruppen der Versammlung. Bewundert haben wir dabei besonders den Eifer, mit dem die Herren Cassel und Rosenow (Alte Linke und Neue Linke) die Verächtlichung der Lehrerforderungen anerkannten. Das klang anders als die wüsten Gekredel, mit denen

sie in der Wahlkammer gegen die Sozialdemokratie gekämpft haben, weil diese nur Unfrieden zwischen Arbeitgebern und Arbeitern stifte, indem sie den Arbeitern weismache, daß sie mehr Lohn haben müßten. Die Lehrer werden ihre Gehaltsaufbesserung, da sie den Freisinn zum Gönner haben, schließlich doch noch nach Wunsch bewilligt kriegen. Herr Kirchner ist vorläufig noch entschlossen, hart zu bleiben; aber in dem Ausschuss, dem die Vorlage überwiesen wurde, wird er sich vielleicht eines anderen besinnen. Um mögliche Beschleunigung der Angelegenheit zu erzielen, beantragte Singer, daß die Mitglieder des Ausschusses noch in der gestrigen Sitzung durch den Vorstand ernannt wurden. So wird der Ausschuss schon Anfang nächster Woche an seine Arbeit gehen können.

Wie die Sozialdemokratie die Wahlstatistik „mißbraucht“, dafür sei — so behauptet die „Freisinnige Zeitung“ — das ein bezeichnendes Beispiel, daß im „Vorwärts“ der Anteil der Sozialdemokratie an der Gesamtzahl der Wahlberechtigten als ein Maßstab ihres Fortschreitens in Groß-Verlin benutzt worden ist. Bei der Wahl komme es doch allein auf die Stimmenzahl an; im ersten Kreise sei zwar, wie im „Vorwärts“ vorgerechnet wurde, noch eine Zunahme der sozialdemokratischen Wähler von 30,38 Prozent aller Wahlberechtigten des Kreises auf 30,95 Proz. eingetreten, aber absolut sei die Stimmenzahl „um mehrere Hundert“ gefallen. (Genau: um 278 Stimmen.) Selbstverständlich wissen auch wir, daß trotz allen Fortschrittes wir da unterliegen können, wo ein bisher schwacher Gegner mit Hilfe von Wählern anderer Parteien oder von sonst indifferent gebliebenen „Nichtwählern“ noch stärkere Fortschritte als wir machen darf. Wir finden es aber höchst merkwürdig, daß die „Freisinnige Zeitung“, wie auch die gesamte übrige Presse des Freisinns sich jetzt mit einem Male gar nicht mehr für den Anteil der Sozialdemokratie an der Gesamtzahl der Wahlberechtigten interessiert. Früher wurde, wenn in einem Wahlkreise die Mehrheit der abgegebenen Stimmen sich für die Sozialdemokratie erklärte, uns regelmäßig entgegengehalten: Seht doch nach, wieviel von der großen Schar aller Wahlberechtigten ihr erst auf eurer Seite habt! Heute aber soll das plötzlich nicht mehr gelten; heute soll es sogar „Mißbrauch“ sein, wenn wir jetzt, wie auch schon bei früheren Wahlen, diesen Maßstab anlegen.

Die „Freisinnige Zeitung“ möchte jetzt auch die Aufmerksamkeit ablenken von dem Schwindel, zu dessen Verbreitung sie sich hergegeben hatte. Da war dreist behauptet worden, daß im zweiten Kreise unter Genosse Fischer diesmal rund 1700 Stimmen weniger als vor vier Jahren erhalten habe. Nachdem wir nachgewiesen haben, daß schon aus den ersten Nachrichten über die abgegebenen Stimmenzahlen (ebenso wie später aus der amtlichen Feststellung des Wahlergebnisses) die Sinnlosigkeit dieses Schwages hervorgeht, entschuldigst sich nun die „Freis. Ztg.“ mit der „mangelhaften Berichterstattung“, auf der ihre Statistik sich aufgebaut habe. Dabei war die „Freis. Ztg.“, wie ihr eigenes Extrablatt bewies, bereits am Wahlabend so gut wie jedes andere Blatt in Berlin darüber unterrichtet, daß Fischer noch annähernd 300 Stimmen mehr als vor vier Jahren erhalten hatte. Sie erzählt jetzt, sie habe erst die amtliche Feststellung abzuwarten wollen. Aber das hat sie nicht gehindert, drei Tage nach der Wahl und noch vor amtlicher Feststellung des Ergebnisses eine Darstellung zu bringen, in der dem Verhängen, trotz aller Freisinnigkeit siegreich gebliebenen Sozialdemokraten einseitigen wieviel Stimmen wegzorrigiert waren, daß wenigstens ein Stimmenrückgang herauskam.

Ein erfolgreicher Streik der Schneeschipper. Die städtische Straßenreinigungsverwaltung hat sich unter dem Druck der Verhältnisse nun doch veranlaßt gesehen, den Lohn der Schneeschipper zu erhöhen. Den letzten Anlaß dazu bot ein Streik, den drei Abteilungen dieser Schneeschipper unter den Linden, am Kreuzberg und am Besselalleeplatz inszenierten hatten. Da die jetzt vorhandenen etwa 2000 Hilfsarbeiter nicht ausreichten und ein weiterer Abgang die Katastrophe noch vergrößert hätte, begab sich der Direktor der städtischen Straßenreinigung nachmittags zum Oberbürgermeister und dieser versagte, daß der Lohn, der bisher 2,80 M. betrug, auf 3 M. erhöht werde und daß die Anzahlung ferner nicht mehr, wie bisher alle fünf Tage, sondern täglich erfolgen soll. — In Schöneberg werden schon immer 3 M. gezahlt, in Charlottenburg sogar 3,60 M. — Diese Aufbesserung bewog die Schneeschipper, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Verwaltung der städtischen Straßenreinigung hat ferner aus den Äylen für Obdachlose Leute zum Schneeschippen herangezogen. Etwa 100 Mann wurden per Kramper zur Arbeitsstelle und wieder zurückbefördert. Trotz aller dieser Anstrengungen dürfte es geraume Zeit dauern, bis die Schneeberge aus den Straßen entfernt sind; Berlin würde die schönste Ueberflutung erleben, wenn Tauwasser einträte. — Das Berliner Polizeipräsidentium hat auf Ansuchen der städtischen Verwaltung diesmal ausnahmsweise gestattet, daß die Schneewagen in die Spree und die Kanäle entleert werden können. Auf diese Weise geht der Betrieb erheblich schneller von statten, als früher, wo jeder Wagen erst bis an die Felde der Verhühler fahren mußte. — Die Wagen zur Beförderung der Schneemassen sind Tag und Nacht im Gange. Ihre Zahl ist gestern nachmittags von 1500 auf 2000 erhöht worden.

Vermehrung der Verkaufartikeln in den Berliner Markthallen. Dem Vordere der Markthallenstandhaber ist jetzt vom Bezirksauschuss ein Bescheid auf die schon im vorigen Jahre abgegebene Eingabe zugegangen, in der eine Vermehrung der in den Markthallen zulässigen Verkaufartikeln gefordert wurde, um so die Hallen gewinnfähiger zu kommunalen Lebensmittel-Warenhäusern umzugestalten. Der Bezirksauschuss verweist in seiner Antwort die Standhaber mit ihrem Gesuch an die Markthallendeputation, die gemeinsam mit dem Polizeipräsidentium für eine derartige Abänderung zuständig sei. Die Erweiterung des Marktverkehrs auf neue Waren hinge von dem Nachweis ab, daß der Marktverkehr damit der Ortsgemeinde entspreche. Für die Händler kommen vor allem kleinere Kolonialwaren sowie polierte Holzartikel in Betracht, deren Verkauf bisher zwar schon stillschweigend in den Hallen geduldet wird, aber doch jederzeit verboten werden könnte. Um dieser Rechtsunsicherheit ein Ende zu machen, sollen die Standhaber die ausdrückliche Genehmigung für diesen Handel nachsuchen, unter Hinweis darauf, daß der Verkauf solcher Artikel durch die bisherige stillschweigende Duldung ortsgewöhnlich geworden sei. Durch eine Umfrage in den einzelnen Hallen will man eine genaue Aufstellung der Artikel gewinnen, für die die Ausdehnung des Marktverkehrs gewünscht wird.

Berliner Adressbuch. Der erste Nachtrag zum diesjährigen Adressbuch gelangt von heute ab zur Ausgabe. Derselbe enthält alle seit dem Erscheinen der Hauptausgabe angemeldeten Geschäftseröffnungen, Wohnungsverlegungen, Zugänge von außerhalb usw. und bildet somit eine wesentliche Ergänzung und Veriäherung des Hauptbuchs. Der Nachtrag wird in der Hauptexpedition des „Berliner Lokal-Anzeigers“, SW. 68, Zimmerstraße 37—41, und in dessen sämtlichen Filialexpeditionen an die Besitzer der Hauptausgabe 1907 unentgeltlich verabfolgt. Der zweite Nachtrag, welcher die weiteren Veränderungen, Umzüge usw. berücksichtigen wird, erscheint Anfang Mai.

Schon wieder ein Raub im Posthalterraum. In erschreckender Weise häufen sich jetzt die Fälle, in denen junge Burischen Gelbraubersuche in Posthalterräumen ausführen. Gestern Abend in der achten Stunde rief ein etwa 22jähriger Mensch einem Mädchen, das Geld in dem Postamt 63 in der Landgrafenstrasse aufgeben wollte, 150 M. in Papier aus den Händen und ergriff die Flucht. Auf das Geschrei der Bestohlenen hin verfolgte Straßenpassanten den Dieb und machten ihn dingfest. Das Geld hatte er noch. Es wurde dem Mädchen gleich wieder zurückgegeben. Er selbst wanderte ins Polizeipräsidentium.

Mit Hilfe von Zigeunern ist gestern ein langgesuchter Wagen- und Fiedeldieb verhaftet worden. Bei einem in der Freienwalder-

straße wohnhaften Zigeuner erschien nachmittags ein junger Mann und bot Wagen und Pferd zum Verkauf an. Das Fuhrwerk gehörte dem Möbelfabrikanten Albrecht aus der Albrechtstr. 4 und war gestern vormittags vor dem Hause Rostdörferstr. 34 gestohlen worden. Da der junge Mann für Pferd und Wagen nur 130 M. verlangte, kam dem Zigeuner die Sache verdächtig vor und er schickte heimlich einen Landmann, der zufällig bei ihm war, zur Polizei. Den Verkäufer hielt er währenddessen dadurch auf, daß er scheinbar auf den Handel einging. Beim Erscheinen der Polizeibeamten verjüchte sich der Fremde zu „drücken“, doch dies gelang ihm nicht. Er wurde festgenommen und als der wohnungslose ehemalige Schlächter Willi Wasietow festgestellt. Er ist einer jener Burischen, die als Spezialität unbeaufsichtigte Fuhrwerke von der Straße wegstehlen. Auch das erwähnte Gespann hatte er gestohlen. Der Verhaftete wurde in das königl. Polizeipräsidentium eingeliefert.

Selbstmord eines Studenten. In der Wohnung seiner Dirin hat sich gestern morgen der 24 jährige Student Martin R., Chausseestraße 116, erschossen. Angeblich hatte R. mit einem jungen Mädchen ein Liebesverhältnis unterhalten, das sich in der letzten Zeit recht unglücklich gestaltete. Gestern morgen hörte die Dirin im Zimmer des Studenten plötzlich mehrere Schüsse fallen und als sie hinzueilte, fand sie R. leblos im Bett liegend auf. Er hatte sich mehrere Kugeln in die Brust gejagt und starb bald an den Folgen der Schußverletzungen. Seine letzten Worte waren: „Ich bin unglücklich!“

Das „Prater-Theater“ wird am heutigen Freitag das Redwische Schauspiel „Philippine Welser“ zur Erstaufführung bringen. Die erste Wiederholung wird dann am nächsten Sonntag, Abend stattfinden.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania finden am Sonnabend und Sonntag je eine Nachmittagsvorstellung zu kleinen Preisen statt und zwar am Sonnabend nachmittags 4 Uhr und am Sonntag bereits um 2 Uhr. Zur Darstellung gelangt an beiden Tagen der mit zahlreichen farbigen Bildern und Wandelpanoramen ausgestattete Vortrag „Frühlingstage an der Riviera“. Abends wird der Vortrag „Die Feuergefahren der Erde“ bis auf weiteres wiederholt.

Feuerwehrbericht. Gestern wurde der 475. Mann in diesem Monat bei der Berliner Feuerwehr verzeichnet, was seit Jahren nicht vorgekommen ist. In der letzten Nacht kam in der Voltastr. 34 Feuer aus. Dort brannten im Erdgeschosse Schanktische, Schaldecken, Fußböden u. a. Vor dem Hause Belle Alliancestr. 91 stand ein Automobil in Flammen und in der Rorsörferstr. 20 wurden Möbel, Betten, der Fußboden u. a. ein Raub der Flammen. Gleichzeitig brannten in der Kettleriestr. 13 Schaldecken u. a. Der 3. Zug hatte in der Velfortestr. 15 zu tun, wo Petroleum, Betten usw. in Brand geraten waren. Im Bernhards Hof-Theater, früherer Karl Weis-Theater, Große Frankfurterstraße, entsand gestern Abend Feuer. Es brannten dort im Wirtschaftskeller Brennmaterialien u. a. Abends wurde die Wehr nach der Wirtbaderstr. 69 gerufen, wo eine Frau von einem Balkon herabzufliegen versucht hatte, was aber noch verhindert werden konnte. In der Königsstr. 68 mußte ein Kellerbrand gelöscht werden. Papier und Lumpen brannten dort. Ferner hatte die Wehr in der Branngelstr. 108, Friedensstraße 9, Brunnenstr. 102, Annenstr. 12, Alt-Roadit 54, Adalbertstraße und anderen Stellen zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Zur Stichwahl in Potsdam-Osthavelland.

Vom Schrecken erholt hat sich das „Spandauer Tageblatt“, das konservative Pauli-Organ, nachdem die Freisinnigen den Beschluß gefaßt haben, für Pauli einzutreten. Das Wahlergebnis des 25. Januar schien das Blatt auf einige Tage gelähmt zu haben, nun aber hat es wieder frischen Mut. Ueber den Beschluß der Liberalen schreibt das Blatt: Nebenfalls wird dieser von wahrer Vaterlandsliebe und eigener Selbstverleugnung zeugende Beschluß der liberalen Vertrauensmänner im ganzen Wahlkreise von allen nationalgeinsten Wählern mit großer Freude aufgenommen und nun der Kampf gegen die Sozialdemokratie mit vereinten Kräften durchgeführt werden. Das Siegesgeschrei, welches die Sozialdemokratie schon seit Wochen hier in unserem Kreise in allen Versammlungen und in ihren Flugblättern angestimmt hat, wird bald verstummen und am Abend des 5. Februar ein Jagensammer folgen, der vorläufig wieder fünf Jahre anhalten dürfte. Jetzt heißt es „Alle Mann geschlossen am 5. Februar zur Wahlurne, zur Bekämpfung der verräterischen Umsturzpartei und seine Stimme für den einzigen Kandidaten der nationalen Parteien Herrn August Pauli abzugeben.“

Wenn die liberalen Wähler noch etwas politische Ehre besäßen, so mühte eine solche Lobhudelei nachgerade eine Beleidigung für sie sein. Das konservative Blatt hätte aber auch, selbst wenn der Arbeiterfeind Pauli auf Freisinnstrüden wieder in den Reichstag käme, nicht Ursache, zu frohlocken. Das Wahlergebnis der Hauptwahl hat bewiesen, daß der größte Teil der Wähler zu dem bisherigen Vertreter des Kreises kein Zutrauen mehr hat. Und wir zweifeln nicht daran, daß es einen nicht unerheblichen Teil freisinniger Wähler geben wird, die sich zur Abgabe ihrer Stimme für eine Sache der Reaktion auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und politischen Lebens nicht entschließen können.

Wenn wir diesen Gedanken aussprechen, so wollen wir selbstverständlich nicht sagen, daß die sozialdemokratischen Wähler des 25. Januar sich in Siegesgedanken wiegen können. Rein, soll unser Kandidat Dr. Karl Liebknecht am 5. Februar über die konservative-liberale Koalition siegen, so muß jeder die verzeihlichsten Anstrengungen machen, muß auch der letzte Mann besetzt werden, was es für ihn bedeutet, wenn der Arbeiterfeind Pauli wieder Vertreter des Kreises wird. Mit sicherer Tätigkeit heißt es jetzt zu arbeiten, um die Schärfe des 25. Januar auszuweichen. Verlasse sich deshalb keiner auf den anderen; jeder stelle seinen Mann, von Mund zu Mund muß agitiert werden für den alleinigen Arbeiterkandidaten und Wahrer der Volksfreiheit, für den Kandidaten der Sozialdemokratie:

Rechtsanwalt Dr. Karl Liebknecht-Berlin.

Amliches Wahlergebnis des Kreises Niederbarnim.

Endlich ist auch das genaue Wahlergebnis des Niederbarnimer Kreises ermittelt worden. Danach haben erhalten: Stadthagen (Soz.) 57.679 Stimmen, Zietzen (L) 34.455, Erzberger (Z.) 1530, v. Gjarinski (Böle) 349, Gurliit (Frei.) 50, zerplittert 177 und unglüttig waren 347 Stimmen. Demnach erhielten sämtliche bürgerliche Kandidaten (inkl. der Zerplitterten) 37.061 Stimmen. Unser Genosse Stadthagen siegte, somit mit 20.618 Stimmen absoluter Majorität. Die sozialdemokratische Stimmenzahl beträgt 52,14 Proz. der Gesamtwahlberechtigten.

Friedenau, Schöneberg, Steglitz, Wilmersdorf, Zehlendorf.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Nach eingehender Beratung mit dem Vorstand der Arbeiter-Bildungsschule Berlin und den Parteigenossen vorgezeichnete Orte wurde beschlossen in Steglitz, Ahornstr. 15, bei Schellhase eine Filiale der Schule zu errichten. Die Eröffnung des Unterrichts soll am Freitag, den 15. Februar d. J., abends 9 Uhr, erfolgen.

In Aussicht genommen ist vorerst ein Unterrichtskursus in Geschichte. Dr. W. Maurenbrecher wird in 10 Vorträgen „Die große französische Revolution“ behandeln.

Wir ersuchen nun alle diejenigen, welche gewillt sind, ihr Bissen zu bereichern, an diesem Kursus teilzunehmen und Mitglied der Arbeiter-Bildungsschule zu werden. Alles Nähere ist zu erfragen bei den Genossen Robert Junpe, Steglitz, Forststr. 18, II, und Wahrendorf, Steglitz, Schloßstraße 117, Restaurant. Der Vorstand.

Rigdorf.

Die Zahlstelle Rigdorf des deutschen Holzarbeiterverbandes hielt am Dienstag vormittags 10 Uhr eine von 400 Ausgeperrten und Arbeitslosen besuchte Versammlung ab. Der Bevollmächtigte streifte nochmals die Ursache der Ausperrung und ging dann näher auf den Stand und die Ausdehnung derselben ein. Danach sind nahezu die Hälfte aller Holzarbeiter Rigdorfs von der Ausperrung betroffen. In der Diskussion sprachen sich alle dafür aus, daß die Kontrolle der Bauten aufs schärfste vorgenommen werden muß, die Versammlung verlangte deshalb von den Einliegern das nötige Entgegenkommen. Auch wird den ledigen Kollegen dringend ans Herz gelegt, die Abreise zu beschleunigen.

Den Mitgliedern der Zahlstelle nach zur Nachricht, daß vom Montag, den 4. Februar, ab sämtliche Geschäfte in dem neuen Bureau, Jägerstr. 68, partierre erledigt werden. Die Ortsverwaltung.

Groß-Lichterfelde.

In der öffentlichen Versammlung am 25. Januar ist behauptet worden, daß der Schuhmacher Aug. Berering, Rolffestraße 28, nicht gewählt habe.

Diese Behauptung ist eine irrthümliche. Der Genannte hat, laut Nachweis durch die Listenführer, seiner Wahlpflicht genügt. Der Vorstand des Wahlvereins.

Ober-Schöneweide.

Einen qualvollen Tod in der Ausübung seines Berufes erlitt der 27jährige Fabrikarbeiter Otto Anorr. Anorr war auf dem Kabelwerk Oberspree mit dem Ziehen von Weislingstangen beschäftigt, als plötzlich eine der Stangen brach und sich dem Unglücklichen tief in den Leib hineinbohrte. Man wollte den Schwerverletzten in das Priyer Kreiskrankenhaus bringen, doch bereits auf dem Transport dorthin wurde er durch den Tod von seinen qualvollen Schmerzen erlöst.

Weißensee.

Ein bedauerlicher Vorfall ereignete sich am Mittwochabend vor dem Hause Strenstr. 123. Dort stand ein etwa 10 Jahre alter Knabe vor dem Schaufenster, um sich die darin ausgelegten Waren anzusehen. Infolge der Kälte rutschte derselbe aus und fiel mit dem Unterleib auf die vor dem Schaufenster angebrachten, dolchartig geformten Eisenspißen, so daß dieselben ihm in den Unterleib drangen. Der verletzte Knabe wurde vorläufig in die elterliche Wohnung gebracht. Diese Art des Schaufensterstiches bedeutet nicht nur eine Gefahr für Kinder, sondern auch für Frauen, die sich nur allzu oft die Kleider an den eisernen Spigen zerreißen. Sollte es keine andere Schutzvorrichtung geben, als eine solche, wodurch Menschenleben gefährdet werden? Der Knabe hat sicherlich keine böse Absicht gehabt, wenn er sich die Waren angesehen hat. Hoffentlich mahnen diese Feilen die Eltern, ihre Kinder zur Vorsicht anzuhalten, und die Hauswirte diese gefährlichen Schaufenster-Schutzvorrichtungen schnellstens durch bessere zu ersetzen.

Pankow.

Die letzte Gemeindevertreterwahl beschloß mit 20 gegen 6 Stimmen den Anlauf des Reichs v. Hornschen Parkes für 1.450.000 M., und zwar sollen bereits im Etat 1907 40.000 M. für den Anlauf eingestellt werden, obgleich erst 1909 das Gelände bezahlt werden braucht, allerdings gegen Verzinsung vom Tage der Ausfassung. Durch den Anlauf wird der Steuerzuschlag, welcher von 110 Proz. auf 100 Proz. herabgesetzt werden sollte, auf seiner alten Höhe verbleiben. Das für die technischen Lehrerinnen an der höheren Mädchenschule festgesetzte Grundgehalt von 1100 M. wurde auf 1150 Mark festgelegt. Nachdem verschiedene Etatsüberschreitungen genehmigt wurden, darunter 300 M. für die sogenannte „Polizeischule“, wurde mitgeteilt, daß das „Crisatit“ über die Anstellung eines zweiten besoldeten Schöffen sowie auch über Reifeausweisentschädigung von der Aufsichtsbehörde genehmigt sei. Für die Verlegung von Wasserleitungsrohren soll, wie dies auch bis vor einigen Jahren der Fall gewesen, wiederum ein Beitrag von den angrenzenden Besitzern erhoben werden. Die Beiträge sollen für das laufende Meter Grundstücksfront 10 M. betragen, bei Erdgrundstücken wird nur die längste der beiden Fronten berechnet.

Nieder-Schönhausen.

In der letzten Wahlvereinsversammlung, am 29. Januar im Restaurant „Wilhelmshof“, ist ein Hut (schwarzer Seidenplüschhut) veranlaßt worden. Der Parteigenosse, der ihn verlesenlich mitgenommen, wird gebeten, ihn beim Genossen Hermann Pögel, Eisenstr. 70, abzugeben.

Spandau.

Zu der hohen Strafe von einem Monat Gefängnis wurde am Mittwoch vom Spandauer Schöffengericht der Eisendreher Friedrich Kameuka aus Charlottenburg wegen Beleidigung des Polizeierobersten Köstner verurteilt. Er war am 12. November d. J. zur Zeit der Ausperrung auf dem Nonnendamm, als Kameuka mit noch zwei Kollegen die Siemensstraße am Nonnendamm entlang gehen wollte. Sie wurden von dem Polizeierobersten mit der Frage angehalten, wo sie denn hin wollten. Kameuka hörte gar nicht darauf hin, sondern ging ruhig weiter und als der Polizeieroberst ihm nachkam und nochmals fragte, wo er hin wolle, soll er gesagt haben: „Ach, quatschen Sie nicht!“ Und für diese Ausfertigung wird ein bisher ungehörter Mann zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Der Vorsitzende des Schöffengerichts begründete das Urteil damit, die Beamten hätten während des Streiks (?) einen schweren Stand gehabt und müßten wahrlich geschätzt werden. Der Vorsitzende übersteht, daß es nicht ein Streik, sondern eine Ausperrung war.

Ein Opfer des Frostes ist der Arbeiter Freitag geworden. Er war bei den Bahnbauten in Dallgow beschäftigt gewesen und hatte sich am Sonnabend auf den Heimweg begeben; bei seinen Angehörigen war er jedoch nicht eingetroffen. Er blieb seitdem spurlos verschwunden. Gestern morgen ist er von einem Vriesträger als Leiche in der Staatsener Bauernheide aufgefunden worden; er lag tief im Schnee und hat nach ärztlicher Feststellung infolge der letzten Kälte seinen Tod gefunden. Der Wochenlohn wurde noch bei ihm vorgefunden.

Soziales.

Die konservative „Milchzentrale“ pleite. Wiederholt haben wir dargelegt, daß die durch den konservativen Abgeordneten Ringins Leben gerufene Milchzentrale ein nach Millionen betragendes Defizit aufweist und daß sie unendlich viele kleine Bauern schwer geschädigt hat und daß eine strafgerichtliche Untersuchung dringend am Plage sei. Es hieß dann, die Staatsanwaltschaft habe die Sache in die Hand genommen. Vor kurzem ist bekanntlich Ring gestorben. Gegen ihn ist eine weitere Strafverfolgung unmöglich. Wie böse in der Milchzentrale gewirkt hat, zeigt eine am Dienstag abgehaltene Versammlung. Zur Beratung einer etwaigen Flüssigkeit für die Milchzentrale hatte der Rittgutsbesitzer Neuhauß-Selchow die größeren ringfreien Gutbesitzer und Gutspächter der Mark Brandenburg nach dem Klub der Landwirte geladen. Der

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 1. Februar.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Obernhaus. Figaros Hochzeit.
Kgl. Schauspielhaus. Wallenstein Tod.
Deutsches. Das Wintermärchen.
Westen. Cousin Bobby.
Vorung. Racaba.
Vessing. Der Wälschler.
Anfang 8 Uhr.
Berliner. Der Hund von Baskerville.
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Der Kaiserjäger.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Mathias Gollinger.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Häufiges Theater). Die von Hochstetel.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Neues Schauspielhaus. Weh dem der lügt.
Kleines. Ein idealer Gatte.
Neues. Die Condottieri.
Reibens. Florette und Patapon.
Kunstspielhaus. Husarenfieber.
Zentral. Künstlerblut.
Deutsch-Amerikanisches. Der Sorgenbrecher.
Thalia. Eine lustige Doppelhele.
Luise. Der Königsleutnant.
Bernhard Rose. Kean.
Trianon. Fräulein Josette — meine Frau.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Wehr. Herrnsfeld. Ein verrücktes Hotel.
Wintergarten. Saharet. Spezialitäten.
Nyoko. Die schöne Vestalin. Spezialitäten.
Kahno. Ledige Leute. Spezialität.
Volles Caprice. Im Café Abelles.
Ein Klaviergespräch. Solire bei Loty.
Passage. Berlin sah auf! Spezialitäten.
Figaro. Eine gute Partie. Die Klause.
Chicagoer Landwirt. Unterm Belt.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)
Prater-Theater. Die Hausenerle.
Waldhalla. Spezialitäten.
Karl Haverland. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Ivania. Tausendstraße 18/19.
Abends 8 Uhr: Die Feuertgewalten der Erde.
Hörsaal 8 Uhr: Dr. P. Schwahn: Gletscher und Eiszeit.
Sternwarte, Invalidenstr. 57/52.

Ferdinand Honus
Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Der Hund von Baskerville.
Sonabend, Sonntag:
Der Hund von Baskerville.

Theater des Westens
Station Zoolog. Garten, Kantstr. 12.
Durchschlagender Operetten-Erfolg!
Abends 7 1/2 Uhr:
Gastspiel Fritz Werner
Cousin Bobby.

Neues Schauspielhaus
Freitag, den 1. Februar 1907:
Weh dem der lügt.
Morgen:
Hertha's Hochzeit.
Anfang 8 Uhr

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Die Condottieri.
Morgen und folgende Tage:
Die Condottieri.

Kleines Theater.
Anfang 8 Uhr.
Ein idealer Gatte.
Sonabend, Sonntag:
Eine triviale Komödie für seriöse Leute. (Dundury.)

Lustspielhaus.
Täglich abends 8 Uhr:
Husarenfieber.

Zentral-Theater.
(Operette.) 8 Uhr
Künstlerblut.

Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Abends 8 Uhr:
Der Raub der Sabinerinnen.
Schwank in 4 Akten von G. und F. v. Schubert.
Sonabend 4 Uhr: Klein Däumling.
8 Uhr: Der Raub d. Sabinerinnen.
Sonntag 4 Uhr: Tell. 8 Uhr: Der Königsleutnant.
Montag: Sherlock Holmes.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Heute im Theater 8 Uhr:
Die Feuertgewalten der Erde.
Hörsaal 8 Uhr: Dr. P. Schwahn: Gletscher und Eiszeit.

Komische Oper.
Abends 8 Uhr:
Hoffmanns Erzählungen.
Sonabend: Tosca.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Hoffmanns Erzählungen. Abends 8 Uhr: Tosca.
Montag: Hoffmanns Erzählungen.

Lortzing-Theater
Belleallianenstr. 78.
Abends 7 1/2 Uhr:
Martha.
Abonnement gültig.
Sonabend nachmittags 3 Uhr Erstausführung: Die Montrosora. Wozu der Lärm? Abends 7 1/2 Uhr: Der Mikado.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater)
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Kaiserjäger.
Komödie in 3 Akten v. Hans Drennert und Hans Ostwald.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Die Räuber.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Maria Stuart.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Flachsman als Erzieher.

Apollo Theater
10 Uhr! Heute: 10 Uhr!
Bernhard Mörbitz.
Außerdem:
Debüt der neuen Spezialitäten.
8 Uhr: **Die schöne Vestalin.**
Operette von Viktor Holländer.
Sonntag, den 3. Februar, nachm. 3 Uhr: Doppelpart. Kleine Preise!

Bernhard Rose Theater
Große Frankfurterstr. 132
Kean oder: Genie und Leidenschaft.
Anfang 8 Uhr.
Morgen nachmittags 4 Uhr Kinderparteiung bei H. Freisen: Afsenbrödel. Abends: Die Schule des Lebens.

Schiller-Theater N.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
Abends 8 Uhr:
Die von Hochstetel.

St. Hubertus.
Sonntag: 2 Galavorstellungen.
Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Fräulein Josette — meine Frau.
Sonntag nachm.: Wo ist der Papa? und Die Schloßkellerei.

Zirkus Schumann

Heute abend prägnante 7 1/2 Uhr:
Vorwiegend humoristisches Programm und eine wirklich sensationelle Novität:
Der Motor im Globus.
Mit Ironie und Mr. Wizard Stone.
Die berühmte Reiterfamilie Cardinale.
Herner: Die neu engagierten Spezialitäten sowie sämtliche Clowns und Auguste in ihren neuesten urkomischen Entzwee.
Zum Schluss zum 43. Male:
Das größte Pracht-Manegechaussee

St. Hubertus.
Sonntag: 2 Galavorstellungen.
Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Fräulein Josette — meine Frau.
Sonntag nachm.: Wo ist der Papa? und Die Schloßkellerei.

Zirkus Busch.

Heute abend 7 1/2 Uhr.
Die in letzter Zeit von dem Weltgewand-Champion im Bogen
Herrn Joe Edwards London Berlin in Sportfesseln und in der Presse (siehe „Berl. Morgenpost“ vom 13. Januar, „Berl. Lokal-Anz.“ vom 15. Januar, „B. S. am Mittag“ vom 18. Jan., „Berl. Morgenpost“ vom 19. Januar, „B. S. am Mittag“ vom 22. Jan., „Berl. Tageblatt“ vom 22. Jan. usw. usw.) lebhaft verteidigte Ansicht, daß die Kunst des besagten Herrn Edwards gegenüber dem Faustkampf nicht zur Geltung kommen könnte, hat zu einer öffentlichen

Herausforderung
des genannten Herrn durch den Anhänger und Lehrer des Jiu Jitsu-Systems, Schüler der namhaften japanischen Lehrer Taku und Jukio Tani
Monsieur Edmond Vary, Paris geführt, welche heute Freitag, den 1. Februar, abends, im Zirkus Busch öffentlich zum Austrag gebracht werden wird. — Ungegen den Ausführungen des Herrn Edwards erklärt Herr Vary die Überlegenheit des Jiu Jitsu bei dieser Kampfdemonstration dadurch erweisen zu wollen, daß er Herrn Edwards innerhalb 4 Runden kampfunfähig macht. — Ausdrücke des portidischen Fanatismus, welche zu schweren Verletzungen führen, sind durch strenge Bestimmungen ausgeschlossen. — Die Herren Vertreter der angelegentlichsten Sportblätter haben sich erboten, als Mitglieder des Schiedsrichter-Kollegiums zu fungieren. Das Nähere besagen die Programme.
Herner Debut der Afrobraten-Familie **Manello-Harnis** und das große Gala-Programm, sowie
„ROM“.
Gr. Origin. - Kunst-Banfontime in 7 Bildern.

Warenhaus Hermann Tietz
Leipzigerstrasse Alexanderplatz

Februar
4
Montag

Beginn der
Weissen Woche

Metropol-Theater
Abends 8 Uhr:
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Viktor Holländer. Musik von Viktor Holländer. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
Masaryk, Wolff, Bender.
Stamplero, Josephi.
Rauchen überall gestattet.
Sonntag, den 3. Februar 1907, nachmittags 8 Uhr:
Auf in's Metropol.

Gebr. Herrnsfeld-
Anf. Theater Einlah 8 Uhr. 7 Uhr.
Kommandantenstr. 57.
Neuer großer durchschlagender Lach-Erfolg!
Ein verrücktes Hotel
mit dem Vorpiel:
„Hayfisch geht zur Jagd“
Komödie in 3 Akten von Anton und Donat Herrnsfeld nachmittags 8 1/2 Uhr d. haben Rasenpreisen.
Vorverl. 11-2 Uhr (Theaterkasse)
Sonntag, den 3. Februar, Endlich allein.
Fall Blumentopf.

WINTERGARTEN
SAHARET.
Otto Reutter
Riogocu-Familie, Japan. Truppe. Rudinoff, Universalakünstler. Seelöwen, vorgef. v. Matros. Walter. Abbie Mitchell, Kreolische Sängerin. 4 Sisters Leamy, Gymn. Produktion. Leonard Gautier, in der Szene „Ein Spielwagneladen“.
Morton und Elliot, Instrumentalisten und Papiermanipulatoren.
Auf dem Ball. Tanzszenen, ausgef. von der Tiller-Truppe, London.
Der Biograph.
Ende 11 Uhr

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage
Anfang 8 Uhr.

Florette und Patapon.
Schwank in 3 Akten v. M. Hennequin und Pierre Veber.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Der Stellvertreter.

Brunnen-Theater
Gesundbrunnen, Badstr. 58.
Direktion: Bernhard Rose.
Sodom und Gomorra.
Schwank in 4 Akten v. F. v. Schönthan.
Aufführung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Billetverkauf von 10-2 Uhr an der Theaterkasse.

Prater-Theater
Kastanien - Allee 7-9.
Zum ersten Male:
Philippine Welfer.
Schauspiel in 4 Akten von Bedwig.
Morgen:
Geschlossen.

Gustav Behrens Theater,
Berlin O., Frankfurter Allee 85.
Das einzig dastehende
Elite-Februar-Programm.
24 Nummern.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 4 1/2 Uhr

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Oll. Blumenstr. 16.
Faust.
Die Gretchenrolle v. J. B. v. Goethe.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Chen- und Vorkursarten gültig.
Wittwoch, den 6. Februar: Großes Münchener Bobbier-Fest.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Anfang Sonntag 8, Sonntag 7 Uhr.
Reichshallen-Restaurant
Bockbier-Fest.

Kasino-Theater
Lothringenstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Ledige Leute.
Komödie in 3 Akten v. Felix Dörmann.
Vorher das vollständig neue erste Kaffeebunte Februarprogramm.
Sonntag 4 Uhr: Mutter Grabert.

Otto Pritzkow, Münzstr. 16.
Welt-Ausstellungs-Biograph-(St. Louis)
Theater lebender Photographien.
Auf Wunsch Vorführung in Vereinen jederzeit.
Verbindung mit größter Filmfabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.
Den ganzen Tag Vorstellung.

**Verächtlichmachung von
Staats Einrichtungen.**

Der Geniestreich des Hauptmanns von Köpenick, der seinerzeit in den Blättern aller Parteien von den verschiedensten Richtungen aus beleuchtet wurde, gab auch der anarchistischen Zeitschrift „Der freie Arbeiter“ Anlaß zu einer scharfen Kritik des Militarismus, die sich auch an die Verpöschung des Köpenicker Falles anlehnte. Zwei Artikel in der „Antimilitarismus“ behandelten die Verpöschung des Köpenicker Falles als Verächtlichmachung von Staats Einrichtungen. In beiden Artikeln glaubte die Staatsanwaltschaft einen Verstoß gegen den § 131 des Strafgesetzbuches zu finden. Dieser Paragraph bedroht denjenigen mit Strafe, welcher erdichtete oder entstellte Tatsachen, wissend, daß sie erdichtet oder entstellt sind, öffentlich behauptet oder verbreitet, um dadurch Staats Einrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen. — Der verantwortliche Redakteur des genannten Blattes, Rudolf Oestreich, hatte sich gestern vor der neunten Strafammer am Landgericht I zu verantworten. — Die beiden Artikel wurden verlesen. Der nicht in den Fergängen einer staatsbehaltenden Juristerei bewanderte Zuhörer mußte sich erklaeren, was denn eigentlich strafbares in den Artikeln enthalten sei. Wohl werden scharfe, auch schmähernde Ausdrücke in bezug auf den Militarismus, auf die maßlose Uebertreibung der Disziplin, auf den Kadavergehorsam usw. gebraucht, aber Tatsachen und noch dazu erdichtete und entstellte, vermag ein Laienverstand in keinem der Artikel zu entdecken. Was sie an Tatsachen enthielten, das waren die allgemein bekannten des Köpenicker Geniestreiches und diese sind, wie alle Welt weiß, weder erdichtet noch entstellt, sondern vor Gericht festgestellt.

Erst aus der Anklage des Staatsanwaltschaftsrats Lindow erfuhr man, was die Anklagebehörde als erdichtete und entstellte Tatsachen ansieht. Eine Kritik des Militarismus, selbst eine Verächtlichmachung des Heeres genügt nicht, um den Tatbestand des § 131 zu erfüllen. Das mußte ja der Staatsanwalt zugeben. Aber, so plädierte er weiter, in den Artikeln ist gesagt, der Militarismus erziehe die Soldaten zu willenlosen Automaten des Nordes und des Raubes, gessentlich werde in den jungen Männern der Mensch getötet und nur das Tier bleibt übrig. Das seien, so sagte der Staatsanwalt, erdichtete und entstellte Tatsachen. Der Kampf des Angeklagten richtete sich gegen den Militarismus, gegen das deutsche Heer, also gegen eine Staats Einrichtung. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Halpert, zerplückte Punkt für Punkt die Argumente des Staatsanwalts. Die politische Anschauung des Angeklagten unterliege nicht der Beurteilung des Gerichts. Der Staatsanwalt habe dem Angeklagten den Rat gegeben, wenn er sich schäme, ein Deutscher zu sein, dann solle er doch auswandern. Damit sei der Staatsanwalt über seine Berufspflichten hinausgegangen und auf das politische Gebiet abgewichen. Sein Rat widerspreche auch dem Gesetz und der Verfassung, wonach jeder Staatsbürger das Recht habe, Staats Einrichtungen zu kritisieren und auf deren Änderung hinzuwirken. Das Vaterland gehöre nicht nur den politischen Gegnern des Angeklagten, sondern uns allen. — Nach der Anschauung des Angeklagten sei der Militarismus ein Uebel, das er bekämpfe. Auch Leute, welche auf dem Boden des heutigen Staates stehen, bekämpfen den Militarismus, so beispielsweise die Friedensliga. Wenn etwa ein Mitglied der Friedensliga den Militarismus in ähnlicher Weise bekämpft hätte wie der Angeklagte, würde dann der Staatsanwalt auch ein so ungewöhnlich hohes Strafmaß beantragen? Gewiß nicht. Er wolle also die politische Anschauung des Angeklagten treffen. — Der Streich des Hauptmanns von Köpenick habe den Politikern Stoff zu Betrachtungen über den Militarismus gegeben. Auch der Angeklagte habe diesen Fall benutzt, um die ungeheure Ueberspannung der Disziplin, des unbedingten Gehorsams gegen die Uniform zu zeigen, er habe den Köpenicker Fall als typisch für das System des Militarismus angesehen und dies System verurteilt. Ob sein Urteil in der Sache selbst zureichend sei oder nicht, das sei hier nicht zu untersuchen, es frage sich nur, ob der Angeklagte gegen § 131 verstoßen habe. Diese Frage müsse verneint werden, denn der Angeklagte habe nur ein subjektives Urteil über den Militarismus abgegeben und das sei nicht strafbar. Tatsachen enthalten die Artikel nicht, außer denen über den Köpenicker Fall, die als gerichtlich notorisch gelten können. Wenn der Angeklagte auch begründet haben sollte, den Militarismus verächtlich zu machen, so habe er noch keine Staats Einrichtung verächtlich gemacht, denn der Militarismus sei keine Einrichtung des deutschen Staatswesens, er sei in allen Staaten anzutreffen. Nur die besonderen Formen, welche der Militarismus in Deutschland habe, also das Heer, die Wehrpflicht usw. seien Staats Einrichtungen, ebenso wie nicht die Ehe und das Eigentum, sondern die Gesetze, welche Ehe und Eigentum regeln, Staats Einrichtungen seien. Noch alledem fehlen die Voraussetzungen des § 131. Der Verteidiger beantragte deshalb Freisprechung.

Der Staatsanwalt replizierte, er habe dem Angeklagten nicht den Rat erteilt, auszuwandern, wenn ihm die Zustände in Deutschland nicht gefallen, sondern er habe gemeint, diesen Rat würde der gesunde Sinn des Volkes den unzufriedenen Elementen geben.

Der Verteidiger entgegnete: Der Staatsanwalt gehöre und rechne sich doch auch zu dem Teil des Volkes, welches mit gesundem Sinn begibt, somit mache sich also der Staatsanwalt die Auffassung zu eigen, daß derjenige, welcher mit den deutschen Zuständen nicht zufrieden sei, das Land zu verlassen habe.

Das Gericht machte sich, wie aus der Urteilsbegründung durch den Landgerichtspräsidenten, Direktor Rosen berg hervorgeht, im wesentlichen die Auffassung des Staatsanwalts zu eigen, daß in den Artikeln nicht nur eine subjektive Kundgebung vorliege, sondern Tatsachen in bezug auf den Militarismus angeführt seien, nämlich, daß die Soldaten würden zu willenlosen Werkzeugen, zu Automaten des Nordes und Raubes erzogen, das menschliche Gefühl werde in ihnen erdötet. Es sei kein Zweifel, daß der Angeklagte nicht nur den Militarismus im allgemeinen, sondern das deutsche Heer, also eine deutsche Staats Einrichtung treffen wollte. Daraus lasse eine Stelle des Artikels schließen, worin gesagt werde, daß deutsche Volk dürfe solche Zustände nicht ertragen, der Anarchismus werde das deutsche Volk zum Antimilitarismus erziehen. Der Sinn der Artikel sei der, die Militärverwaltung gehe systematisch darauf aus, alles menschliche Gefühl in den Soldaten zu töten, sowohl ihre Intelligenz, wie ihr moralisches Empfinden, in der Absicht, die Armee zu einem Werkzeug der herrschenden Massen zu machen. Es würden also Tatsachen behauptet, die der Wirklichkeit nicht entsprechen. Vom Soldaten werde zwar Gehorsam verlangt, aber nicht so weit, daß dadurch alles menschliche und moralische Gefühl gelötet werde. Im Gegenteil, die Soldaten würden sogar scharf angehalten, den Geboten der Sittlichkeit und Religion zu folgen. Aus diesen Gründen hat das Gericht den Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von sechs Wochen verurteilt.

Kritik ist absolut erforderlich für das Gedeihen und die Fortentwicklung von Staats Einrichtungen. Hastet man das, was der Kritiker als Wirkungen des Systems hinstellt, als Behauptung von Tatsachen, dann ist jede Kritik unterbunden, damit aber auch die Abstellung handgreiflicher Uebelstände, die das Gemeinwohl schädigen, außerordentlich erschwert.

Gerichts - Zeitung.

Schadenersatzpflichtige Selbsthülfe.

Als der Tischler L. in Berlin an dem Restaurant des Destillateurs E. in der Goethestraße vorüberging, wurde ihm von dem neunjährigen Sohn des E. ein Gummiball an den Kopf geschleudert, mit dem der Junge gespielt hatte. L. nahm den Ball an sich, um dann auf der Polizei den Inhaber feststellen zu lassen. Auf die Rufe des Knaben kam E. aus der Wirtschaft und drang nebst seinen ihm nachfolgenden Gästen gewaltsam auf den L. ein, um diesem den Ball wieder zu entreißen. Hierbei wurde dem L., der den Ball in der Tasche hielt, das Handgelenk verrenkt und einige Finger verdreht, sowie auch der Kopf beschädigt. Nachdem E. und seine Helfer sich entfernt hatten, machte L. gegen dieselben Schadenersatzansprüche geltend, indem er für die Zeit der Arbeitsbeeinträchtigung durch die Verrenkung eine monatliche Rente von 30 M. verlangte. Und zwar gründete er seine Ansprüche auf § 223 Absatz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs unter der Voraussetzung der §§ 127 der Strafprozessordnung und 223 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Der letztgenannte Paragraph bestimmt, daß derjenige, der zum Zwecke der Selbsthülfe eine Sache wegnimmt, oder den Widerstand des Verpflichteten gegen eine Handlung, die dieser zu dulden hat, beseitigt, nicht widerrechtlich handelt. Und § 127 der Strafprozessordnung erlaubt jedermann, einen auf frischer Tat ertappten Täter ohne richterlichen Haftbefehl festzunehmen, wenn nicht polizeiliche Hilfe zur Stelle ist. Infolgedessen erkannte auch in diesem Rechtsstreit Landgericht und Kammergericht Berlin zugunsten des Klägers, daß dieser berechtigt war, entweder die Persönlichkeit des Jungen selbst feststellen zu lassen, oder doch sich dessen Ball zwecks solcher Feststellung auf der nächsten Polizeiwache anzueignen. Denn es war nicht abzusehen, ob dem Kläger durch eine Verletzung durch den Ball ein Anspruch gegen den Vater des Knaben zustand. Da der Kläger also nicht widerrechtlich handelte, so machten sich die Beklagten der Verletzung des § 223 Absatz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs schuldig, wenn sie dem Kläger den Ball mit Gewalt zu entreißen suchten und dabei seinen Körper verletzten. Sie haben für diese Verletzung deshalb Schadenersatz zu leisten.

Die gegen dieses Urteil von den Beklagten eingelegte Revision wurde vom sechsten Zivilsenat des Reichsgerichts zurückgewiesen.

Anspruch eines Werkmeisters auf einen Unfall beim Umbau.

Für Bauherren und Bauleiter ist die Bemachung und Leitung der Bauarbeiten von größter Bedeutung. Ihnen liegt es ob, alle Anordnungen so zu treffen, daß der Bau ohne Gefährdung und mit Sicherheit ausgeführt wird. Bei Verletzung irgend welcher baupolizeilichen Vorschriften machen sie sich strafbar, während zivilrechtliche Schadenersatzansprüche gegen sie schon geltend gemacht werden können, wenn die betreffenden Leiter irgend eine im Verkehrsinteresse erforderliche Sorgfalt fabrizierweise außer acht gelassen haben und durch diese Auerachtlassung von zweckmäßigen Anordnungen ein Malheur entstanden ist. Der im nachstehenden zur wiederholten Rechtsstreit zeigt eine solche Haftbarkeit. In einem im Umbau begriffenen Hause hatte der Gipsermeister R. zu Kirchheim u. T. die Decke eines Raumbadzimmers herzustellen, wodurch die Vereinigung zweier Räume von verschiedener Höhe bezweckt wurde. Um die unteren Flächen der Balken in eine Ebene zu bringen, wurden an den höher liegenden Balken Bretter in der Stärke von 2 1/2 Zentimeter mit Drahtstiften befestigt: aufgerippt. Auf das geerbte Gebälk wurden die Bretter, die mit Spißausfrisch versehen werden sollten, genagelt: aufgesetzt. Diese Arbeit ist von vier Arbeitern des Gipsermeisters R. vorgenommen worden. Sodann trafen die Maurer auf der oberen Seite des Gebälks eine leichte Betonenschicht über die Auflagerung und schütteten auf diese eine Schlachenauffüllung. Als die Schlache eine Höhe von 8—10 Zentimeter erreicht hatten, brach die Decke herunter und beschädigte den Werkmeister Riefer zu Kirchheim. Nach den Feststellungen ist der Unfall dadurch entstanden, daß die Arbeiter des Gipsermeisters bei der Aufzippung zu schwache Drahtstifte in zu geringer Zahl und in ungeeigneter Anordnung verwendet haben.

Das gegen den Gipsermeister angestellte Strafverfahren wegen schuldhafter Körperverletzung wurde eingestellt. Dagegen aber verurteilte das Oberlandesgericht Stuttgart unter Befähigung des landgerichtlichen Urteils den Gipsermeister R. zum Schadenersatz des Verunglückten R. Es macht das Oberlandesgericht den Beklagten für den Schaden des Klägers aus § 223 des Bürgerlichen Gesetzbuchs haftbar, weil er seine Arbeiter, denen er feinerlei nähere Anweisungen erteilt hatte, ohne jede Aufsicht gelassen und die Deckenverhaltung nach der Fertigstellung nicht beaufsichtigt und auf ordnungsmäßige Ausführung geprüft habe.

Die gegen das oberlandesgerichtliche Urteil beim Reichsgericht eingelegte Revision wurde von diesem als unbegründet zurückgewiesen. Der erkennende sechste Zivilsenat führt hierzu aus, daß die Feststellungen des Vorderrichters rechtskräftig seien. Es handele sich hier um eine verantwortungsvolle Bauarbeit, deren ursachgemäße Ausführung den Abwurf der Decke und unheilvolle Folgen für die Insassen des Zimmers hätte nach sich ziehen können. Es sei deshalb geboten gewesen, die voraussichtliche Besetzung der Decke zu erkunden, weil sich danach die Stärke der Befestigung der Decke zu richten hätte. Eine solche Arbeit hätte der Beklagte bei Anwendung der erforderlichen Sorgfalt seinen Arbeitern nicht ohne jede Aufsicht und Kontrolle überlassen dürfen. Auch wären die Mängel der Befestigung nachträglich leicht zu entdecken und unschwer zu beseitigen gewesen, wenn der Beklagte seiner Kontrollpflicht gehörig nachgekommen wäre. Um die Stärke der Stifte zu prüfen — die, wie die Revision meint, nicht mehr zu erkennen war — hätte der Beklagte eine Reihe Löcher oder die Arbeiter darüber befragen können, wenn die Stärke der Drahtstifte sich nicht aus den Nagelköpfen schließen ließ. Aus allen diesen Gründen erkennt dann das Reichsgericht ebenfalls auf Verurteilung des Beklagten.

Zum Blasatparagrafen.

Durch nicht genehmigte öffentliche Verteilung von Zetteln, die zur Weidung des hypotekierten Lokals Annahof zu Neu-Salzdamm aufforderten, sollten die Genossen Schmidt und Weinholt die §§ 10 und 41 des preussischen Prehgesetzes übertreten haben. Die Strafkammer zu Waldenburg verurteilte sie auch auf Grund dieser Paragrafen und außerdem noch wegen Verletzung einer öffentlich bemerkbaren Arbeit am Sonntag auf Grund der schlesischen Versammlungsverordnung. Das Kammergericht hob das Urteil wegen rechtsirriger Auslegung des preussischen Prehgesetzes auf und verwies die Sache nochmal an die Strafkammer, indem es ausführte: Nach § 10 des genannten Gesetzes in der durch § 20 Absatz 2 des Reichs-Prehgesetzes erhaltenen Fassung wäre die polizeiliche Erlaubnis für ein unentgeltliches Verteilen von Aufzufen, Bekanntmachungen und Plakaten erforderlich, nicht für ein entgeltliches. Nun stelle die Strafkammer fest, daß jeder vom Auftraggeber 75 Pfg. erhalten habe. Sie meine aber, daß ein unentgeltliches Verteilen vorläge, weil ein entgeltliches eine Zahlung durch das Publikum voraussetzen würde. Das sei falsch. Die Bestimmung sei vielmehr so auszulegen, daß das Verteilen entgeltlich sei, wenn der Auftraggeber ein Entgelt gewähre. Die Strafkammer spreche ferner immer von den 75 Pfg. als von einem Tringeld. Das sei kein bestimmter Rechtsbegriff. Das Landgericht müsse deshalb in der neuen Verhandlung nachprüfen,

ob die 75 Pfg. nur geschenktweise gegeben seien, ohne Erwartung aus einem Verpflichtungsverhältnis, oder ob sie ein beabsichtigtes, gewolltes und erwartetes Entgelt gewesen seien. Im letzteren Falle müßten Angeklagte von der Beschuldigung der Uebertretung des preussischen Prehgesetzes freigesprochen werden.

Vietätsbezeugung bestraft.

Wegen Teilnahme an einem nicht genehmigten außerordentlichen Zeichenbegangnis war Hechtbäder in zweiter Instanz vom Landgericht Bochum zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Das Vereinsgesetz stellt bekanntlich an dergelei Zeichenbegangnisse den öffentlichen Aufzügen gleich, welche einer polizeilichen Erlaubnis bedürfen. Die Auhergewöhnlichkeit des in Betracht kommenden Zeichenbegangnisses sah das Landgericht darin, daß im Zuge ein Kranz mit roter Schleife getragen wurde, und zwar von H. Dadurch sei es zu einer politischen Demonstration geworden. — Angeklagter legte Revision ein und bezief sich unter anderem darauf, daß er der Schwager des Verurteilten sei und als naher Verwandter doch hätte mitgehen müssen. Das Kammergericht erklärte das jedoch für rechtlich unerheblich und verworf die Revision. Dem Landgericht falle ein Rechtsirrtum nicht zur Last.

Fällt dem Landgericht in der Tat kein „Rechtsirrtum“ zur Last? Ob die Vietätsbezeugung durch weiße, schwarze, rote, blaue oder gelbe Schleifen oder Blumen stattfindet, ändert den üblichen Charakter eines Zeichenbegangnisses und die Sitte, dem Verstorbenen durch Kranz und Schleife Vietäts zu bezeugen, nicht im geringsten. Die Annahme eines „auhergewöhnlichen“ Zeichenbegangnisses ist ein weit über einen Aktivismus hinausgehender Rechtsirrtum. Hätte das Land- und Kammergericht recht, so müßte ja auch polizeiliche Genehmigung für ein Zeichenbegangnis nachgelehrt werden, an dem abweichend von den meisten Zeichenbegangnissen eine Privatfufache oder eine Hofstufche mitfährt oder in dem ein Mensch mit auhergewöhnlicher Körpergröße teilnimmt usw. Derartige Urteile bezeugen, so kleine Objekte sie betreffen, den unaufhaltbaren geistigen Niedergang unserer Rechtsprechung.

Böhmische Streif- und Landfriedensbrecher vor dem Leipziger Schwurgericht.

Bei dem Steinbruchbesitzer Pfeiffer in Weicha streikten im November v. J. die Steinbrucharbeiter. Statt seinen alten Leuten die geringen Lohnforderungen zu bewilligen, fuhr Pfeiffer nach Oesterreich und engagierte dort ein Viertelhundert böhmischer „Arbeiter“, meistens Burfchen unter 30 Jahren und aus allen möglichen Berufen und Handwerken. Am 3. November belamen die Böhmern ihren ersten Lohn, Grund genug, um gleich den böhmischen Gasthof in Weicha aufzusuchen und die nötigen Quantitäten Bier und Schnaps zu vertilgen. Bei dieser Gelegenheit hielt der ebenfalls in dem betreffenden Lokal anwesende, stark angetrunzene Steinmeh Probst den Tscheden vor, daß sie nach Deutschland gekommen seien, um Streifbrevendienste zu leisten. Als nach einem Wortwechsel bald darauf Probst die Gaststube verließ, folgten ihm die Tscheden auf den Ruf „Böhm“, den einer von ihnen ausgesprochen hatte. Es entspann sich dann in dem Hausflur eine wilde Prügelei, so daß der Wirt keinen seiner Gäste mehr hinauslassen wollte. Trotzdem machten sich der Fleischer Engert und der Steinmeh Senf auf den Weg nach der vorderen Wohnung Engerts, wurden aber von den Ausländern verfolgt und mißhandelt. Nach kurzer Zeit eilten die tschechischen Rabaukbrüder nach dem Gehof zurück und bemähten circa 25 Stühle vom Wersen auf die friedlich am Stammtisch sitzenden Gäste, die ihr Heil in der Flucht suchen mußten. Eine Gaslampe und eine Petroleumlampe gingen bei der Werscherei in Trümmer, der Rausschleifer Berger trug eine Verletzung an der Stirn davon, hervorgerufen durch einen Schlag mit dem Bierglase, den ihm einer der Burfchen versetzte. Nachdem der Wirt die wie Vandalen hausenden Tscheden aus dem Lokal hinausgedrängt hatte, begannen diese von der Straße mit Steinen zu werfen und zerfügten dabei 18 Fensterscheiben. Wie die Unholde gewirtschafet haben, beweist der Umstand, daß insgesamt 15 Stühle, 10 Biergläser und 4 Streichholzbüchsen zerbrochen waren und beziffer der Wirt seinen Schaden auf circa 80 M. Die Tscheden schlugen insbesondere auf den Fleischer Engert los, verfolgten ihn sogar bis nach seiner Wohnung und bombardierten dann noch das Engertische Grundstück mit Steinen.

Infolge dieser Gewalttätigkeiten fanden nicht weniger als 14 Tscheden, des Landfriedensbruchs angeklagt, am Dienstagvormittag vor dem Leipziger Schwurgericht. Das Urteil lautete gegen Blaweh und Kulla auf je ein Jahr zwei Monate Gefängnis, Stonad und Simonowitsch erhielten je ein Jahr Gefängnis, Probes, Rannert und Salan wurden mit je zehn Monaten Gefängnis bestraft. Der Angeklagte Hamlice erhielt acht Monate, Hauser sieben Monate, Adolf Karas sechs Monate und Hajsky vier Monate Gefängnis. — Vierzehn und Josef wurden freigesprochen. Jeden der Verurteilten wurden zwei Monate der erlittenen Untersuchungshaft an der anerkannten Strafe in Abrechnung gebracht.

Verfammlungen.

Generalverfammlungs des Verbandes deutscher Brauerarbeiter, Sektion I (Brauer). In der sehr stark besuchten Generalverfammlungs gab zunächst der Vorsitzende den Vorstandsbericht. Derselbe soll demnächst in Broschürenform erscheinen und wird sich die folgende Verfammlungs nochmals eingehender damit befähigen. Im Berichtsjahre fanden 11 Vorstandswahl- und Vertrauensmännerversfammlungen und 11 Monatsverfammlungen statt, außerdem eine lambinierte Sitzung mit dem Vorstand und der Lohnkommission der Sektion II unter Weiseln des Hauptvorsitzenden Brauer-Hannover.

Im Bericht über den Tarifabschluß wurde der Verfammlungs bekannt gegeben, daß derselbe Montag, den 21. Januar, unterzeichnet wurde. Hobapp wandte sich alsdann gegen die Ausführungen in den Verfammlungen des Brauerarbeiterspersonals und der Brauerhandwerker. Dort wurde der Sektion I der Vorwurf gemacht, die Erringung des Reunstundentages für die Brauerhandwerker dadurch erschwert zu haben, daß die Vertreter der Sektion I der 9½stündigen Arbeitszeit am Tage — für Radfahrtsicht ist im neuen Tarif der Reunstundentag vorsehen — zustimmten. Daß die organisierten Brauer mit der 9½stündigen Arbeitszeit bei Tagelohn zufrieden seien, muß als mögliches Gerüde bezeichnet werden. Der beste Beweis dafür sei die Stimmung, die in den letzten Verfammlungen der Sektion I gegen die 9½stündige Arbeitszeit herrschte. Die Tarifkommission habe sich alle erdenkliche Mühe gegeben, den Reunstundentag auch für die Tagelöhner durchzuheben, es ist ihr dies aber nicht gelungen. Nach ernter, reichlicher Ueberzeugung ist die Kommission zu dem Entschlusse gelangt, den Mitgliedern die Annahme des Tarifes mit der 9½stündigen Arbeitszeit am Tage zu empfehlen. Hierbei wurde nicht an letzter Stelle der augenblicklichen politischen Lage gedacht. Die Vertreter der Sektion I vertraten den Standpunkt, daß, wenn selbst alle Vorbedingungen zu einem Kampfe der Brauerarbeiter für die Organisation günstig wären, ein Kampf im Brauererwerb wegen seiner fündenden Wirkung auf das Parteileben in der Zeit des Reichstagswahlkampfes noch größerer Möglichkeit zu unterbleiben habe. Diese und keine anderen Gründe haben auch die Verfammlungs der Sektion I dazu bewegt, dem Tarif in seiner jetzigen Fassung zuzustimmen. Im Bericht der Verfammlungs des Brauerarbeiterspersonals wurde der Sektion I gar Verletzung des Grinps der Solidarität zum Vorwurf gemacht und zwar deswegen, weil die Sektion I bereits angeblich den Tarif auf 9¼ Jahre abgeschlossen habe. Was die Verlängerung der Tarifdauer um

Neu anbelangende, so seien die Gründe, die die Sektion I zu dieser Anregung bewegen haben, so stichhaltig, daß sich sämtliche vertragschließende Organisationen dem Antrage der Sektion I, den Ablauf der Vertragsfrist auf den 31. März 1910 zu verlegen, zugestimmt haben.

Die Fraueneiarbeiter alle der zuständigen Organisation, dem Zentralverband deutscher Fraueneiarbeiter, zuzuführen, soll unsere Agitation in Zukunft sein.

Die Wahl der neuen Ortsverwaltung wird auf Verlangen der Versammlung in bloc vorgenommen und nach den Vorschlägen der Vertrauensmännerversammlung gewählt als 1. Vorsitzender Ludwig H. Odapp; 2. Vorsitzender Wilhelm Richter; 1. Kassierer Friedrich Schwedler; 2. Kassierer Eugen Junghans; 1. Schriftführer Max Grohsfuß; 2. Schriftführer Ernst Sawodny.

mit dem Schwedischen Schneiderverband. Der Kongress protestierte dagegen, daß dieser Verband unter anderem auch Mäntelherinnen aufnimmt, und sprach sich dafür aus, daß es dem Frauenfachverband überlassen bleibe, mindestens die Näherinnen, die nicht in der Herrensneiderei tätig sind, zu organisieren.

Die Redaktion des Agitationsorgans „Morgenbrunn“, das sechs- mal im Jahre erscheint, wurde wiederum Frau Anna Storch übertragen.

Der Kongress beriet auch über die Frage, für welche Art Literatur sich die Arbeiterinnen interessieren sollten, und beschloß, daß im Organ des Verbandes neben den Schriften der Arbeiterpartei auch andere gute Bücher empfohlen werden sollen.

Zur Unterstüßung und Entlastung des Vorstandes wird wie bisher eine Agitationskommission gewählt und besteht dieselbe aus Odapp, Tröger, Hender, Liedt und Werth.

Aus der Frauenbewegung.

Die gewerkschaftliche Zentralorganisation der schwedischen Arbeiterinnen, der „Frauenfachverband“, hat am 25. und 26. Januar im Volkskaufe zu Stockholm seinen ersten Kongress abgehalten.

Briefkasten der Redaktion.

K. D. 29. Nach der herrschenden Ansicht ja. — A. D. 47. 1. Nein. 2. Das hängt von der Höhe des Streitobjekts ab. — Z. 36. Um Teilnahme zu werden, müßten Sie einen Antrag an das Polizeipräsidium stellen, dann werden Sie beim Polizeipräsidenten (welcher unterstügt und einem leichten Examen (Rechnen, Schreiben, Lesen, Sehen u. dergl.) unterworfen. Wobann werden Sie in die Liste derjenigen eingetragen, die beabzogen werden wollen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Berlin. Montag, 4. Februar, 8 1/2 Uhr, im Neuen Klubhaus, Kommandantenstr. 72. Vortrag, Frau Bally Sepler, 10. Februar Stiftungsfest. Willetts sind zu haben im Verein und bei Fel. Waader.

Teures Fleisch — billige Seefische!! Bester Fleischersatz, schmackhaft u. durch hohen Nährgehalt sich auszeichnend! Große Fänge in lebendfrischer Ware sind soeben eingetroffen!

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“ (Größte Hochseefischerei-Gesellschaft Deutschlands.) Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8-10. Zentral-Fernsprecher: Amt III No. 2804.

Wir empfehlen besonders: Kabeljau 23 Pf. 25 Pf. Schellfisch 23 Pf. 30 Pf. Alle übrigen Sorten Seefische zu billigsten Tagespreisen.

Jedes Wort 10 Pfennig. Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pf. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (setzgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche mit farbenelementen, Niederlage Große Frankfurterstr. 9, parterre, kein Laden. Mauerhoff. +1

Rähmaschinen, Käufer dieser Woche ohne Anzahlung, Woche 1.00, erhalten Gratzungabe Delgemilde, Handmalerei. *Höpendlerstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 43, Prenzlauerstraße 69/70. +69*

Schlafstellen.

Zaubere Schlafstelle, Herrn 10,50. Neumann, Reibeltstraße 3, Hof IV (nahe Alexanderplatz). +143

Achtung! Klavierarbeiter!

Ueber die Pianofabrik Bell & Co., Andreasstr. 32 und Grüner Weg 79, die unter der Firma Neugebauer Nachf. Arbeitstellige sucht, ist nach 14wöchigem Streik die Sperre dauernd verhängt. 141/16*

Achtung! Töpfer!

Die gepulverte Firma A. H. Berndt & Co. in Wilmersdorf, Fildegardstraße 15, führt jetzt folgende Bauten aus:

Bauten der Firma Ziehe.

Charlottenburg, Laurigergest. 46. Rixdorf, Harzerstr. 3. Bauten der Firma Emmeloth, Rixdorf.

Verschiedenes.

Komiker Holz, Gropiusstraße 6. 12906*

Arbeitsmarkt.

Möblieres Zimmer für 1 oder 2 Herren vermietet Frau Salomon, Kolbergerstraße 20.

Stellengesuche.

Kreuzberggegend. Möblieres Zimmer gesucht (zwei Personen, 24-26 Mark). Offerten erbeten Bernig, Stallhreiberstraße 56.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin. Achtung! Banarbeiter! Wegen der Aussperrung in der Berliner Holzindustrie sind folgende Bauten gesperrt: 78/5

Bauten der Firma Ager, Charlottenburg.

Charlottenburg, Straße 26, Parz. 25. Bauten der Firma Jarotaki, Jagdlichhof Glienicke.

Bauten der Firma Akt.-Ges. für Bauausführung.

Hardt u. Lefter, von der Dehlstraße 12, Rittterstraße 11, Fabrikgebäude.

Vermietungen.

Möblieres Zimmer, Teilnehmer, Belfortstraße 52 IV links. 12246*

Stellenangebote.

Züchtige Fader auf Goldbleichen gesucht. Otto u. Birnie, Köpenickerstraße 111. 12456*

Bauten der Firma Plagemann.

Rixdorf, Pötsdamer Platz. Böttling, Kriegerstraße.

Bauten der Firma Gebr. Faul.

Wohrentstraße 44/45. Tegelstraße 63, Berlin. Potsdamerstr. 15.

Bauten der Firma Kussin.

Charlottenburg, Kaiser-Allee 203. Grünfeld, Sackhüttenstraße 4. Baukammer, Landshuterstraße.